KRITISCHES UND ANTIKRITISCHES ZUR THEORIE DER INDUSTRIELLEN RESERVEARMEE

ÜBERBLICK ÜBER DIE HAUPTLEHREN VON DER ENTSTEHUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT VON KARL MARX BIS ZUR GEGENWART

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

EINER

HOHEN RECHTS- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT ROSTOCK

VORGELEGT VON

HANS-WILHELM BERGMANN

DIPL.-KAUFMANN, DIPL.-VOLKSWIRT

AUS KOBLENZ

1930

GEDRUCKT BEI GEORG WESTERMANN IN BRAUNSCHWEIG

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhalt

Seite

Vorwort 7

EINLEITENDER TEIL

Grundlegung 9

1. Kapitel: Zum Begriff einer „Theorie der industriellen Reservearmee“ 9
a) Der ursprüngliche Begriff 12
b) Der erweiterte Begriff 13
c) Der heutige Begriff 15
2. Kapitel: Die Zielsetzung der Untersuchung 18
a) Die reine und politische Ökonomie 18
b) Die Bedeutung der Theorie der industriellen Reservearmee für die politische Ökonomie 21
3. Kapitel: Die Mittel der Untersuchung 22
a) Kritik und Antikritik 22
b) Methodische Voraussetzungen 23
1. Die bisherigen Methoden: Induktion, Deduktion, immanente Kritik 23
2. Verifikation durch logische Kritik 25

ERSTER HAUPTTEIL

Die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee 30

I. Abschnitt: Die Marxsche Freisetzungstheorie (Zusammenhängende Darstellung nach Marx an Hand von vier Hauptsätzen 30

II. Abschnitt: Die Kritik an der Freisetzungstheorie durch die Kompensationstheorie 36

1. Kapitel: Die Tatsache der Kompensation 37
2. Kapitel: Die Notwendigkeit der Kompensation 38
a) Produktionserweiterung aus dem Lohnfonds 38
b) Produktivitätssteigerung und Arbeitskapazität 40
c) Arbeitskapazität und „Populationsgesetz“ 47
d) Profitausgleich und Arbeitskapazität 51
e) Produktivitätssteigerung und Arbeiterstandard; die Wirkung der Arbeiterorganisation 54

ZWEITER HAUPTTEIL

Seite

Die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee..... 56

I. Abschnitt: Die erweiterte Freisetzungstheorie, eine Kritik an der Kompensationstheorie 57

1. Kapitel: Die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie 58

a) Der nichtkapitalistische Raum 58
b) Die „Schonzeit" 60

2. Kapitel: Die Verteidigung der Marxschen Grundprämisse 64

a) Das Kapitalverhältnis als Bewegungsvorgang 65
1. Die eigentliche Prämisse 65
2. Die Dynamik des Systems..... 66
b) Gesetz oder Tendenz? 68

3. Kapitel: Die Notwendigkeit der Freisetzung im reinen Kapitalismus..... 68

a) Freisetzung und Produktivitätssteigerung 69
b) Freisetzung und Unterkonsumtion 71
c) Freisetzung und Ausgleich der Profitraten 76
Zusammenfassung 79

II. Abschnitt: Die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie und ihre Wandlung zur Theorie der Surplusbevölkerung 81

1. Kapitel: Die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie..... 82

a) Die Kritik ihrer von Marx entlehnten Bestandteile 82
b) Die Kritik des positiven Beitrags zur Freisetzungstheorie 84

2. Kapitel: Die Wandlung der Freisetzungstheorie zur Theorie der Surplusbevölkerung 88

a) Die innere Surplusbevölkerung..... 89
1. Die Niederkonkurrierung des Handwerks 90
2. Die Abwanderung vom Lande..... 90
Exkurs: Amerika — Europa..... 92
Zwischenbemerkung..... 94

b) Die äußere Surplusbevölkerung..... 95
1. Der Kapitalexport 95
2. Wanderung 97
a) Auswanderung 97
b) Einwanderung 99
Schluß des zweiten Hauptteils 99

DRITTER HAUPTTEIL

Seite

Die Theorie der Arbeitslosigkeit 101

I. Abschnitt: Die Tatsache der Arbeitslosigkeit im Lichte der neuen Theorie 101

1. Kapitel: Die Tatsache der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege .. 101

2. Kapitel: Die besonderen Merkmale der Nachkriegsarbeitslosigkeit 104

3. Kapitel: Die Erweiterung der Problemstellung der neuen Theorie 105

II. Abschnitt: Die Notwendigkeit der Arbeitslosigkeit 111

1. Kapitel: Freisetzung und Arbeitslosigkeit 111

a) Freisetzung und Einkommensbildung 111

1. Einkommensbildung und Lohnhöhe 113

2. Einkommensbildung und Sozialpolitik 115

b) Freisetzung und Kapitalbildung 121

c) Freisetzung und Rationalisierung 125

2. Kapitel: Zusätzlichkeit und Arbeitslosigkeit 128

a) Arbeitslosigkeit als Wirkung 129

1. Zusätzlichkeit aus Mängeln in Einkommens- und Kapitalbildung 129

a) Die Sozialpolitik 129

b) Das Sparen 130

2. Zusätzlichkeit und Rationalisierung 133

3. Zusätzlichkeit und Bevölkerungsbewegung 134

4. Zusätzlichkeit und Wanderungen 136

5. Zusätzlichkeit und Grenzen des Industrialismus 138

b) Arbeitslosigkeit als Ursache von Arbeitslosigkeit 143

Schlußwort: Unsere Erkenntnisse 144

Literaturverzeichnis 147

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552722_0036

Vorwort

Der Titel unserer Arbeit weist in seiner Formulierung auf eine „Theorie" als Gegenstand einer kritischen und antikritischen Stellungnahme hin: die „Theorie der industriellen Reservearmee".

Dieses Teiltheorem des Marxschen Systems ist der Ausgangs- und Angelpunkt unserer Analyse der Entstehungsgründe der Arbeitslosigkeit. Wir werden sehen, daß es in den verschiedensten Nuancierungen bei allen zu unserer Untersuchung herangezogenen Theoretikern wiederkehrt.

Wir fügten daher dem Titel unserer Arbeit einen Untertitel hinzu, der ausdrückt, daß wir das Problem an Hand eines Überblicks über die Ideengeschichte des Tatbestandes Arbeitslosigkeit analysieren werden.

Unsere Aufgabe wird es sein, die verschiedenen streitenden oder sich ergänzenden Lehrmeinungen — die zeitlich nicht hintereinander, sondern neben- und durcheinander stehen — systematisch zu ordnen und in dieser Ordnung dem System der „politischen Ökonomie" einzureihen.

Die Arbeit ist deswegen nicht nur der Überblick über eine Theoriengeschichte, sondern in ihrer Systematik und in ihrer Zielsetzung ein Versuch, in den Streit um die richtige Erkenntnis selbständig einzugreifen.

Natürlich kann von einer derartigen Untersuchung nicht eine umfassende Lösung aller in ihr aufgeworfenen und behandelten Probleme erwartet werden; es ist mit ihr aber versucht worden, durch die geordnete Gegenüberstellung der streitenden Lehrmeinungen zu einer möglichst klaren Problemstellung zu gelangen und der Problemlösung um ein kleines näherzukommen.

Bei der Schwierigkeit der Materie in methodischer Beziehung und der Fülle der umstrittenen Argumentationen war es notwendig, der Arbeit dadurch eine bestimmte Richtung zu geben, daß wir der eigentlichen Untersuchung eine begriffliche und methodologische Grundlegung voranschickten, in der einerseits die große Entwicklungslinie der Theorie der industriellen Reservearmee angegeben wird, und in der sich andererseits der Inhalt dieses Theorienkomplexes bereits kritisch spiegelt, um damit der Untersuchung im Rahmen der allgemeinen eine besondere Zielsetzung

zu geben und ihr die Mittel vorzuschreiben, die zur Erreichung dieses besonderen Ziels u. E. die einzig möglichen sind.

Diese Grundlegung, die schon aus systematischen Gründen in vorliegendem Umfang an die Spitze der Untersuchung gestellt werden muß, wird erst im Zusammenhang mit der ins einzelne gehenden Analyse voll verständlich werden. Es ging aber nicht an, das Ganze — und nur als solches soll die Arbeit angesehen werden — auf Kosten einer Erleichterung des erstmaligen Verstehens in seinem grundsätzlichen systematischen Zusammenhang zu zerreißen. Auch in dieser Beziehung geschieht also die Selbständigkeit der Behandlung aus einer unserer Auffassung des Stoffes entsprechenden inneren Notwendigkeit.

Es muß bereits hier jedoch grundsätzlich betont werden, daß sich aus dem selbständigen Eingreifen in die umstrittene Materie für diese als Dissertation erscheinende Untersuchung seitens der Herren Referenten gewisse Vorbehalte in der vollen Anerkennung der Durchführung und der Ergebnisse der Arbeit herleiten. Diese Vorbehalte gelten bezüglich der Daten, der Zielsetzung und der Methode.

Es darf jedoch hervorgehoben werden, daß gerade der Umstand, daß die Untersuchung sich in diesen Punkten nicht vollständig mit der Ansicht der Herren Referenten deckt, dieser Ansicht teilweise sogar entgegengesetzt ist, ihre Durchführung besonders befruchtet hat. Der ständige Gedankenaustausch mit dem Hauptreferenten, Herrn Dr. Weigmann und die kritische Einstellung des Korreferenten, Herrn Prof. Dr. Mannstaedt, waren uns wertvolle Hilfen. Den beiden Herren sei daher besonders warmer Dank ausgesprochen.

EINLEITENDER TEIL

Grundlegung

1. Kapitel: Zum Begriff einer „Theorie der industriellen Reservearmee"

Wir sagten, daß wir das Teiltheorem des Marxschen Systems: die „Theorie der industriellen Reservearmee" als Ausgangs- und Angelpunkt einer Analyse über die Entstehungsgründe der Arbeitslosigkeit ansehen. Ausgehend von dieser Marxschen Theorie der industriellen Reservearmee als einer besonderen Fassung des Problems, die wir die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee nennen, gelangen wir über die Kritik an dieser ursprünglichen Formulierung durch die Kompensationstheorie zu einer Erweiterung des Problems, die in der als „erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee" bezeichneten Gestaltung zum Ausdruck kommt. Den Abschluß bildet die „Theorie der Arbeitslosigkeit", eine Umbildung des Problemgehalts, in der sich wiederum eine Erweiterung und Ergänzung findet, durch welche die Analyse des Problems in den Rahmen einer modernen Zirkulationstheorie gestellt wird.

Bevor wir diese drei Fassungen der Theorie der industriellen Reservearmee begrifflich und inhaltlich festlegen, sind der Begriff der industriellen Reservearmee selbst und die Formulierungen dieses Begriffes, wie sie in den einzelnen Fassungen auftreten, näher zu umgrenzen.

Zunächst genügt die Tatsache der Arbeitslosigkeit einer Person in erwerbsfähigem Alter, die auf Lohnarbeit angewiesen ist, noch nicht, diese Person zur industriellen Reservearmee zu rechnen. Mit Kumpmann[1] unterscheiden wir vorläufig folgende Arten von Arbeitslosigkeit:

---

[1] Siehe Fußnote auf S. 10.

„A. Subjektive Arbeitslosigkeit:

I. infolge von Unfähigkeit des Arbeiters
   1. aus körperlichen Gründen,
   2. aus geistigen Gründen,
   3. aus sittlichen Gründen;

II. infolge von Unwilligkeit des Arbeiters
   1. allgemeine Arbeitsscheu,
   2. bei den vorhandenen Arbeitsbedingungen
      a) freiwilliger Austritt (oder verschuldete Entlassung) des einzelnen Arbeiters,
      b) Streik und Aussperrung (soweit die Ursachen beim Arbeiter liegen).

B. Objektive Arbeitslosigkeit:

I. infolge von Unauffindbarkeit der Arbeit (mangelnder Organisation des Arbeitsmarktes);

II. infolge von „Arbeitsmangel"
   1. relativer Arbeitsmangel: der Unternehmer will keine Arbeit geben,
      a) aus persönlichen Gründen,
      b) aus wirtschaftlichen Gründen;
   2. absoluter Arbeitsmangel: der Unternehmer kann keine Arbeit geben,
      a) unregelmäßig eintretender Arbeitsmangel (Konjunkturarbeitslosigkeit), hervorgerufen
         aa) durch elementare Ursachen,
         bb) durch gesellschaftlich-politische Ursachen,
         cc) durch wirtschaftlich-technische Ursachen,
         dd) durch Umlaufstörungen;
      b) regelmäßig eintretender (periodischer) Arbeitsmangel
         aa) Modearbeitslosigkeit,
         bb) Saisonarbeitslosigkeit,
         cc) Winterarbeitslosigkeit[2]."

Wir müssen jedoch den Gruppen von Entstehungsfaktoren objektiver Arbeitslosigkeit dieses Kumpmannschen Schemas noch eine weitere hinzufügen, die weder zu der Gruppe von Faktoren gehört, die Konjunkturarbeitslosigkeit, noch zu derjenigen,

[2] Art. Arbeitslosigkeit u. Arbeitslosenversicherung im Handwörterbuch d. St. W. 4. Aufl.

die periodische Arbeitslosigkeit bedingt: die Gruppe struktureller Störungsfaktoren, die von Kumpmann zwar miterwähnt, aber nicht als solche erkannt ist, und deren Bedeutung in unserem III. Hauptteil — der Theorie der Arbeitslosigkeit — besonders hervortritt.

Die erste Kategorie des Kumpmannschen Schemas, die Kategorie von subjektiv bedingter Arbeitslosigkeit infolge Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Arbeiters zur Arbeit, hat für alle drei Fassungen unseres Problems auszuscheiden.

Dagegen finden wir in der Auffassung über die Faktoren, die objektive Arbeitslosigkeit bedingen, wesentliche Unterschiede.

Der ursprüngliche Begriff der industriellen Reservearmee, der sich aus der Marxschen Freisetzungstheorie ergibt, umfaßt nur Arbeitslosigkeit aus wirtschaftlich-technischen Ursachen: die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, die Verminderung der Arbeitsstellen im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee.

Mit der gesellschaftlich-politischen Bedingtheit dieser elementaren Ursache führt die Begriffsbildung schon zur zweiten Fassung. Diese umfaßt nach unserer Systematik aber nicht nur die gesellschaftlich-politisch bedingten wirtschaftlich-technischen Ursachen, sondern läßt die gesellschaftlich-politischen Faktoren auch Vorgänge auslösen, die, wie die Abwanderung vom Lande, zur Zusätzlichkeit von Arbeitskräften führen und damit die Arbeitslosigkeit objektiv vermehren. Mit dieser Zusätzlichkeit in unserer zweiten Fassung gelangen wir zum Begriff der Surplusbevölkerung, der sowohl die weiterwirkende Freisetzung von Arbeitskräften als auch das Auftreten zusätzlicher Arbeitskräfte umfaßt, letzteres infolge des Wirkens von Faktoren, die wir als solche der Bildung innerer und äußerer Surplusbevölkerung bezeichnen werden.

In unserer dritten Fassung des Problems unterscheiden wir zunächst zwischen Ausstellung von Arbeitskraft, Freistellung von Arbeitskraft und neuauftretender Arbeitskraft als Entstehungsfaktoren von Arbeitslosigkeit. Aus diesen Faktoren leiten wir später die Begriffe Freisetzung und Zusätzlichkeit in einem neuen, erweiterten Sinne ab. In diesen Begriffen, die die Merkmale besonderer Gruppen von Entstehungsfaktoren von Arbeitslosigkeit ausdrücken, sind einerseits teilweise die Kumpmannschen Faktoren des relativen und absoluten Arbeitsmangels enthalten, andererseits gehen diese Begriffe über das Kumpmannsche Schema hinaus.

Wir finden in ihnen die Kumpmannsche Faktorengruppe

des relativen Arbeitsmangels und des absoluten, unregelmäßig auftretenden (Konjunktur-) Arbeitsmangels. Es kommen in unserer Systematik hinzu die struktuellen Störungselemente; es werden — als für unsere Untersuchung unwesentlich — fortgelassen die Faktoren regelmäßig eintretenden Arbeitsmangels.

Bis auf unwesentliche Unterschiede verwenden — wie wir sagten — alle drei Fassungen der Theorie der industriellen Reservearmee denselben Begriff der Arbeitslosen als den eines Heeres von objektiv-arbeitslosen Lohnarbeitern.

Diese objektive Arbeitslosigkeit definieren wir in Annäherung an die jüngste deutsche Gesetzgebung mit Zinsser wie folgt:

„Arbeitslos ist, wer arbeitsfähig und arbeitswillig ist und Erwerbsarbeit sucht, jedoch zu den der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage entsprechenden Bedingungen keine oder nicht genügend Arbeit finden kann, die ihm in Anbetracht seiner körperlichen, geistigen und sittlichen Befähigung sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und Gewohnheiten billigerweise zugemutet werden kann[3]."

Gilt diese formelle Definition auch für jede unserer Fassungen der Theorie der industriellen Reservearmee, so ergeben sich jedoch — wie bereits ebenfalls hervorgehoben wurde — für die Erklärung der Entstehung und Erhaltung dieser Kategorie von Arbeitslosen wesentliche Unterschiede in bezug auf den materiellen Inhalt der drei Fassungen.

a) Der ursprüngliche Begriff

Die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee kennt nur einen Entstehungsfaktor der Arbeitslosigkeit: die Freisetzung des Arbeiters durch die Maschine, durch die Marxsche „höhere organische Zusammensetzung des Kapitals". Nur um die Freisetzung bzw. Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeiter dreht sich die Argumentation dieser ursprünglichen Freisetzungstheorie und die Auseinandersetzung zwischen ihr und der sie kritisierenden Kompensationstheorie; eine Auseinandersetzung, die, wie wir sehen werden, nichts Endgültiges für unser Problem ergeben kann.

Schon hier wird die Frage aufgeworfen, deren Beantwortung mit der Erweiterung und Wandlung der Theorie der industriellen Reservearmee immer mehr an Deutlichkeit gewinnt: Ist die Ar-

[3] Vgl. Zinsser, a. a. O., S. 1.

beitslosigkeit, die dieser Freisetzung entspringt, eine vorübergehende, läßt sich die Freisetzung durch entgegenwirkende Kräfte kompensieren oder ist dies nicht der Fall, ist Freisetzung durch „höhere organische Zusammensetzung des Kapitals", d. h. durch zunehmende Maschinenanwendung, Ursache dauernder Arbeitslosigkeit, ist es der kapitalistischen Wirtschaft auf die Dauer nicht möglich, aus den ihr eigenen ökonomischen Entwicklungsgesetzen heraus die Kräfte auszulösen, die die auftretende Arbeitslosigkeit wieder beseitigen?

Die Beantwortung dieser Frage: Muß Arbeitslosigkeit ein Dauerzustand sein? kann in dem ersten Hauptteil unserer Untersuchung, in dem die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee der Kompensationstheorie gegenübergestellt wird, nicht gegeben werden, da beide Theorien an Einseitigkeit kranken. Die Marxsche Theorie will die industrielle Reservearmee à la longue allein aus der Freisetzung erklären, die Kompensationstheorie will nur die Kompensation dieser Freisetzung erweisen. Sie hat scheinbar die größere Chance, da die Wirklichkeit lange Zeit hindurch ihre Argumentation bestätigt hat, während sie der Marxschen Theorie stark widersprach.

Kann die gegenseitige Kritik der beiden Theorien aus den methodologischen Gründen, die wir im 3. Kapitel dieser Grundlegung behandeln, auch kein positives Ergebnis zeitigen, so ist sie doch nicht unfruchtbar, weil sie den Anstoß gibt zur Erweiterung der Theorie der industriellen Reservearmee.

b) Der erweiterte Begriff

Die zweite Fassung des Problems, die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee, teilt sich in zwei Untertheorien: die erweiterte Freisetzungstheorie und die Theorie der Surplusbevölkerung. In dieser zweiten Fassung unseres Problems wird der einseitige Standpunkt der Marxschen Freisetzungstheorie verlassen. Die Theorie der industriellen Reservearmee wird dahin erweitert, daß einmal die Erscheinungen der Wirklichkeit in ein ganz anderes Licht gerückt und in das System der Freisetzungstheorie eingeordnet werden, daß ferner erkannt wird, daß die Arbeitslosigkeit keine Erscheinung ist, die eindeutig kausal aus einer einzigen Ursache heraus erklärt werden kann, sondern entsteht durch verschiedene Elemente, die sich gegenseitig beeinflussen und ablösen, und daß damit schließlich gleichzeitig die

Frage nach den säkulären Entstehungsbedingungen der industriellen Reservearmee eine erste Beantwortung findet.

Die Faktoren, die die Entstehung der industriellen Reservearmee — den begrifflichen Inhalt hatten wir für alle drei Fassungen des Problems bereits festgelegt — beeinflussen, teilen wir hier materiell ein in solche der Bildung innerer und äußerer Surplusbevölkerung.

I. Innere Surplusbevölkerung wird hervorgerufen durch:
   1. freigesetzte Arbeitskräfte,
   2. zusätzliche Arbeitskräfte;
      letztere stammen aus:
      a) Bevölkerungsvermehrung,
      b) Niederkonkurrierung des Handwerks,
      c) Abwanderung vom Lande.

II. Äußere Surplusbevölkerung wird hervorgerufen durch:
   1. Kapitalexport,
   2. Wanderungen.

Aus dieser systematischen Aufzählung von Entstehungsfaktoren der Arbeitslosigkeit erhellt bereits, daß die Fassung des Problems, die wir die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee nannten, den Rahmen der Marxschen Freisetzungstheorie wesentlich überschreitet. Wir sagen nicht, daß Marx die Bedeutung dieser Faktoren nicht gekannt hat; er hat sie aber nicht an einer Stelle und in einem Zusammenhange behandelt, wo sie der allseitigen und systematischen Erfassung der Faktoren, die zur Bildung der industriellen Reservearmee führten und weiter führen, dienlich sein konnten.

Wir stellen schon hier den freigesetzten Arbeitskräften als Bestandselement der industriellen Reservearmee die zusätzlichen Arbeitskräfte gegenüber, die aus Bevölkerungsvermehrung, Niederkonkurrierung des Handwerks und vor allem aus der Abwanderung vom Lande stammen.

Das Problem der Zusätzlichkeit ist in dieser Fassung der Theorie der industriellen Reservearmee noch nicht erschöpfend gestellt. Wir finden aber schon hier die Grundelemente, die zur Begriffsbildung der dritten Fassung unseres Problems führen, wie wir sie besonders von Wilken herleiteten[4].

[4] Wegen der Wichtigkeit des Problems der Zusätzlichkeit haben wir zur Ergänzung der Begriffsbildung in unserer Grundlegung dem dritten Hauptteil ein Kapitel über die besondere Problemstellung der Theorie der Arbeitslosigkeit eingegliedert. Vgl. S. 105 ff.

Zu den solcherart vermehrten Faktoren, die geeignet sind, die Bildung und Erhaltung der industriellen Reservearmee aus den inneren Gegebenheiten einer geschlossenen, „rein kapitalistischen" Wirtschaft zu erklären, Faktoren, die wir mit Sternberg als solche der Bildung innerer Surplusbevölkerung bezeichneten, kommen diejenigen, die bei Fortfall der Geschlossenheit und der konstruktiven Abstraktion des „reinen Kapitalismus" in Erscheinung treten: der Kapitalexport und die Wanderungen. Dabei bedürfen wir der Erkenntnis der Wirkungen des Faktors Kapitalexport in dreifacher Hinsicht.

1. zur Erklärung der Tatsache vorübergehender Kompensation, 2. als Argument für die Notwendigkeit der Einhaltung der „Spargrenze" (der Voraussetzung eines reinen Kapitalverhältnisses[5]) und 3. als Erklärungselement säkulär notwendiger Surplusbevölkerung.

Kritik an der Kompensationstheorie und Begründung der Notwendigkeit der Surplusbevölkerung ergänzen sich in wirkungsvoller Weise.

Die Berechtigung des Vorwurfs über einen Widerspruch, den man aus der Sternbergschen Analyse des Wesens des Kapitalexports ableiten zu können glaubte — so Oppenheimer[6] und Neißer[7] —, fällt, wie wir sehen werden, fort, wenn man die verschiedenartigen Funktionen dieses Entstehungsfaktors von Surplusbevölkerung auch säkulär sieht.

*

Fehlen der zweiten Fassung unseres Problems, wie sie sich in der erweiterten Theorie der industriellen Reservearmee darstellt, auch noch die ergänzenden und — nach dem Stande der heutigen Forschung — abrundenden und abschließenden Erkenntnisse der dritten Fassung, der Theorie der Arbeitslosigkeit, so ist mit ihr — wie sich zeigen wird — doch schon Wesentliches für die Klärung des Problems Arbeitslosigkeit gewonnen.

c) Der heutige Begriff[8]

Die Theorie der Arbeitslosigkeit bedeutet, wie sich herausstellen wird, eine neue Erweiterung und Ergänzung der Theorie

[5] Vgl. die späteren Ausführungen S. 61/62.

[6] Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 57. Bd., S. 496: Fritz Sternbergs Imperialismus.

[7] Kölner Sozialpol. Vierteljahrsschrift. VII. Jg., Heft 1: Imperialismus u. wirtschaftl. Gleichgewicht.

[8] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 5 ff.

der industriellen Reservearmee. In ihr sind nicht nur die bereits untersuchten Faktoren der erweiterten Fassung enthalten und neu geordnet, es vermehrt sich auch deren Zahl um einige neue, und es gewinnt der Erklärungswert der alten Kreationsfaktoren durch die Einordnung in das neue System.

Die Theorie der Arbeitslosigkeit erkennt vier Hauptelemente als treibende Kraft.

1. Subjektive Arbeitslosigkeit,
2. Arbeitslosigkeit durch Ausstellung von Arbeitskraft,
3. Arbeitslosigkeit durch Freistellung von Arbeitskraft[9],
4. Arbeitslosigkeit durch neuauftretende Arbeitskraft.

In diesen vier Ursachenfaktoren von Arbeitslosigkeit läßt sich das Gesamtproblem zusammenfassen.

Die erste Ursache bleibt in unserer Untersuchung unberücksichtigt, da wir es nur mit der Kategorie der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitskräfte als Bestandteile der industriellen Reservearmee zu tun haben.

Die zweite Ursache: Ausstellungen von Arbeitskraft, führt sich auf folgende Veranlassungen zurück:

1. freiwillige Arbeitsausstellung (Aussperrung),
2. periodisches Aussetzen natürlicher Arbeitsbedingungen (Saisonschwankungen),
3. Vernichtung der natürlichen Arbeitsbedingungen durch höhere Gewalt (Erdbeben, Mißernten, Krieg usw.),
4. Verlust von Absatzgebieten,
5. Innere Disharmonie der Zirkulation.

Die Ausstellungen als Folge der unter 1—3 genannten Veranlassungen sind vorübergehender Art und werden nicht weiter berücksichtigt; der 4. Faktor, der Verlust von Absatzgebieten, bildet die Voraussetzung bereits der erweiterten Freisetzungstheorie und wird dort ausführlich behandelt. Er bildet die Grundlage auch für den ausschlaggebenden 5. Faktor: den Ursachenkomplex der Arbeitsausstellungen infolge innerer Disharmonie der Zirkulation, der eindeutig mit dem Worte Konjunktur umschrieben wird. Die Konjunktur ist die Ursache der Arbeitslosigkeit, die aus der modernen kapitalistischen Wirtschaftsdynamik selber geboren wird.

[9] Wir sprechen vorläufig noch von Freistellung, nicht Freisetzung, weil wir für den Begriff Freisetzung einen neuen Gesichtspunkt gewinnen werden.

Die dritte Ursache: Freistellung von Arbeitskraft[10], unterscheidet sich von der Arbeitsausstellung dadurch, daß sie den Charakter der wirtschaftlichen Notwendigkeit trägt. Während es sich bei der Arbeitsausstellung immer nur um eine Zerstörung des Ablaufes des wirtschaftlichen Kreislaufs handelt, um Vorgänge, die von außen in den Wirtschaftsverlauf hineingetragen werden und seiner inneren Logik zuwiderlaufen, liegt der Freistellung von Arbeitskraft die Erfüllung dieser Logik selber zugrunde[11]. Es handelt sich dabei wiederum um folgende Veranlassungen:

1. Freistellung infolge Bedarfsverringerung bei Bedarfswandlungen,
2. Freistellung durch Produktivitätssteigerung:
   a) bei Vermehrung des Sachkapitals, zum Zwecke und mit der Wirkung der Arbeitsersparung (der bisherige Begriff der Freisetzung),
   b) bei Rationalisierung durch Organisation der Zusammenarbeit von Sachen und Personen.

Die vierte Ursache von Arbeitslosigkeit ist der erweiterten Theorie der industriellen Reservearmee bereits bekannt. Sie liegt in dem Komplex der Bildungsfaktoren neu auftretender Arbeitskräfte — innerer und äußerer Surplusbevölkerung — und ist veranlaßt durch:

1. Verarmung bzw. Vernichtung des Rentenkapitals,
2. Niederkonkurrierung des Handwerks,
3. Wanderungen im weiteren Sinne,
4. die natürliche Bevölkerungsbewegung.

Abstrahieren wir von den in 1—2 angeführten Veranlassungen, da sie ihre Aktualität immer mehr verlieren, so bleiben als wesentlich die Wanderungen und die Bevölkerungsbewegung übrig. Von den Wanderungen scheiden wir hier ferner die Einwanderungen aus, da sie — statistisch erweisbar — nur eine außerordentliche und untergeordnete Bedeutung haben, und berücksichtigen nur die inneren Wanderungen, speziell die Abwanderung vom Lande, und die Hemmungen, die sich dieser Wanderung entgegenstellen. Diese Hemmungen bestehen in der steigenden Unmöglichkeit der Auswanderung und der beschränkten Möglichkeit der Binnenwanderung: den Fluktuationshemmungen.

---

[10] Vgl. die weiteren Ausführungen S. 105 dieser Arbeit.

[11] Vgl. Wilken, auf dessen abweichende Ansicht gegenüber Zwiedineck wir noch zurückkommen (S. 107 ff.).

Die drei Ursachen von Arbeitslosigkeit: Arbeitsausstellung, Freistellung und Neuauftreten von Arbeitskraft, sollen gegenübergestellt und auf ihren inneren Zusammenhang untersucht werden. Die Begriffe: freigesetzte und zusätzliche Arbeitskräfte aus der erweiterten Theorie der industriellen Reservearmee erfahren damit eine neue Erweiterung.

2. Kapitel: Die Zielsetzung der Untersuchung

Aus dem Bestreben, zu einer möglichst klaren Problemstellung zu gelangen, erwuchs notwendig das engere Ziel der Arbeit: die Bedeutung der Theorie der industriellen Reservearmee für die „politische Ökonomie" aufzuzeigen und damit nachzuweisen, daß das Problem „Arbeitslosigkeit" nicht im Rahmen einer „reinen Ökonomie" und mit deren „Variationsmethode", sondern nur im Rahmen einer „politischen Ökonomie" gestellt und gelöst werden kann.

Die logische Notwendigkeit dieser Zielsetzung wird sich im Laufe der Untersuchung herausstellen. Zunächst ist es nötig, die beiden Systemkategorien klar zu unterscheiden.

a) Die „reine" und „politische" Ökonomie

Die scharfe Formulierung des schon von Marx erkannten Unterschiedes zwischen „reiner"[12] und „politischer" Ökonomie verdanken wir Franz Oppenheimer. Er geht davon aus, daß Deduktion und Induktion, diese mit Ziffern, jene mit Argumenten, zu demselben Ergebnis führen, daß nicht ökonomische Beziehungen zwischen Freien und Gleichberechtigten, sondern politische Beziehungen zwischen Siegern und Unterworfenen die sozialen und wirtschaftlichen Klassen geschaffen haben[13].

Die wahre Natur des Kapitals — das hat Marx als erster erkannt — ist ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Menschen, das als Klassenverhältnis die Tendenz zu seiner eigenen Reproduktion in sich birgt. Während aber Marx unter Zugrundelegung dieses Klassenverhältnisses nur die Beziehungen der Wirtschaftsgesellschaft untersucht und aus dieser Untersuchung den ökonomischen Antagonismus im kapitalistischen System aufzeigt, geht Oppenheimer weiter, indem

[12] Von Marx als bürgerliche oder Vulgärökonomie bezeichnet.

[13] Vgl. Oppenheimer, System der Soziologie, 3. Bd., Erster Halbband, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Jena 1923. S. XIII.

er in seine Theorie auch die Beziehungen der Rechtsgesellschaft hineinnimmt, die sich in der Anwendung des politischen Mittels darstellen und damit die ökonomischen Grundlagen fortwährend zu ändern vermögen[14]. Die ständige Anwendung des politischen Mittels wirkt auf die Ökonomie als fortwährende außerökonomische Störung mit ökonomischen Wirkungen[15].

Oppenheimer nimmt damit den Entstehungsfaktor des Kapitalverhältnisses, der im politischen Mittel besteht, als weiterwirkenden Faktor in die Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinein, um darauf seine spätere Theorie zu begründen, mit der er auch die Freisetzungstheorie angreift.

In der Entstehung des Kapitalverhältnisses, als durch außerökonomische Gewalt (ursprüngliche Akkumulation) geschichtlich bedingt, geht Oppenheimer mit Marx konform, nicht aber darin, daß das einmal derartig produzierte Kapitalverhältnis sich aus den eigenen Kräften der kapitalistischen Mechanik ohne neuen Eingriff äußerer Kräfte immer wieder reproduzieren muß.

Wir nehmen diese Unterscheidung vorweg, weil sie für die späteren Ausführungen von Wichtigkeit ist.

Hat Marx nach Oppenheimers Ansicht in der Ableitung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses einen Fehler gemacht, so hat die von Marx und seinen Nachfolgern als bürgerliche oder Vulgärökonomie bezeichnete Theorie denselben Fehler bei der Ableitung der Entstehung des Kapitalverhältnisses begangen.

Diese Theorie kommt nämlich zu folgendem Ergebnis: Aufbauend auf der sogenannten „Kinderfibel", d. h. der Theorie, daß alle Unterschiede in der Bildung der sozialen und wirtschaftlichen Klassen ursprünglich auf persönliche Tüchtigkeit oder Befähigung der einzelnen zurückzuführen sind, sucht diese Ökonomie, die „reine", zu beweisen, daß ihre Gesellschaftsordnung die reine und ungestörte Bildung der Schöpfung des Naturrechts selbst sei, oder daß eine Gesellschaft, in der nichts als das Naturrecht walte, sich naturnotwendig zu einer kapitalistischen Gesellschaft mit Profit, Grundrente, und „freier" Arbeiterschaft entwickeln müsse.

Die „politische" Ökonomik wird damit als die „reine" dargestellt[16].

---

[14] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 168 ff.
[15] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 176.
[16] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 31.

In seinem großen theoretischen Werk über die reine und politische Ökonomie deduziert nun Oppenheimer aus rein-ökonomischen Prämissen — unter bewußter Abstraktion von allen historischen Einwirkungen außerökonomischer Gewalt — den als „reine Ökonomie" bezeichneten ordre naturel. Mit diesem Idealbilde einer Tauschwirtschaft vergleicht er die kapitalistische Wirtschaft, d. h. er stellt diese kapitalistische Ökonomik — seine „politische Ökonomie" — dem System seiner „reinen Ökonomie" gegenüber und kommt auf Grund dieses Vergleichs zur Verurteilung des kapitalistischen Wirtschaftssystems[17].

Dieses Wirtschaftssystem ist nach der Ansicht (nicht nur) Oppenheimers und anderer Sozialisten alles andere als ein ordre naturel. Die freie Arbeiterklasse ist nicht unter der Wirkung der verschiedenen wirtschaftlichen Begabung aus einem Anfangszustande der Gleichheit heraus entstanden, sondern diese Entstehung ist der erste politische Akt jeder originären Staatsgründung und damit ihr eigentlicher Entstehungsgrund[18].

Darum ist der Kapitalismus nicht die reife Schöpfung des Naturrechts, ist keine natürliche Kategorie, sondern eine politische, und seine Theorie notwendig keine reine, sondern eine politische Ökonomie. Diese geht aus von der historisch gegebenen, durch außerökonomische Gewalt geschaffenen Gesellschaft des Klassenstaates, in dem eine Menschengruppe die andere beherrscht, um sie möglichst ausgiebig und möglichst auf die Dauer zu bewirtschaften[19].

Wir sagten mit Oppenheimer, die kapitalistische Gesellschaft sei entstanden nicht durch Anwendung des ökonomischen, sondern des politischen Mittels. Aus diesem Axiom ist das System der Ökonomik zu deduzieren, und es ergibt sich aus ihm die wichtigste Unterscheidung zur bisherigen Theorie: die Trennung zwischen reiner und politischer Ökonomie. Danach definiert Oppenheimer die reine Ökonomie als den Inbegriff des rationellen Verfahrens mit Sachen, also der im eigentlichen Sinne wirtschaftlichen Handlungen, dagegen die politische Ökonomie als den Inbegriff des rationellen Verfahrens mit Personen, also sämtliche Handlungen des Bewirtschaftens von Menschen[20].

---

[17] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 168 ff.
[18] Vgl. auch Jostock, a. a. O., S. 25.
[19] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 167 ff.
[20] Vgl. Oppenheimer, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, S. 41 a. a. O. (Siehe S. 18, Fußnote 13.)

b) Die Bedeutung der Theorie der industriellen Reservearmee für die politische Ökonomie

Wir werden in unserer Untersuchung sehen, daß seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, besonders aber seit Beginn des 20. Jahrhunderts Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung entfesselt sind, die die Ökonomie nicht zu bändigen vermag. Da wir in dem Problem der Arbeitslosigkeit das Kernproblem des modernen Kapitalismus und seiner Zirkulationsstörungen sehen[21], mußten wir notwendig von der reinen zur politischen Ökonomie gelangen. Wir stehen damit in einer Bewegung, von der die Theorie selbst erfaßt worden ist.

Die — nach Heinrich — in der jüngsten Phase des Kapitalismus immer deutlicher erscheinenden, oft kreislaufartig hervortretenden Zerrüttungen der kapitalistischen Wirtschaft veranlassen etwa um den Anfang dieses Jahrhunderts auch die Theorie zu bedeutsamen Wandlungen ihrer Auffassung von den wirtschaftlichen Bewegungen[22]. Vor allem ist die neuere Konjunktur- und Krisenforschung in hervorragender Weise geeignet, den verlorengehenden Zusammenhang der Theorien untereinander und mit dem gesamten Begriffsgebäude der Volkswirtschaftslehre wiederherzustellen.

Gewiß krankt auch die Konjunkturforschung mit ihren vielen Theorien an Uneinheitlichkeit und ist nur möglich und anwendbar, wenn sie sich logisch in das Gesamtsystem einfügt. Daß die reine Theorie und ihre Konjunkturlehre nicht in der Lage sind, sich dem logischen Zusammenhang des ökonomischen Gesamtsystems voll einzufügen, werden wir mit Löwe im 3. Kapitel dieser Grundlegung sehen.

Wohl ist aber eine Theorie, ein System, dazu in der Lage, das sich von vornherein von der statischen Grundkonstellation freigemacht hat, das „die politische Ökonomie — d. h. die heutige kapitalistische Ökonomik — nicht als die reine darstellt". Eine solche Theorie ist aber das sich in immer klareren Zügen herausbildende System der politischen Ökonomie. Unsere Untersuchung soll ein Baustein sein zum Gebäude dieses Systems.

Wir verfolgen die Theorie der industriellen Reservearmee in

---

[21] Vgl. auch Muhs, a. a. O., S. 461: „Das Phänomen der Reservearmee führt an den Höhepunkt der marxistischen Ökonomik. Das Problem ihrer Kreation und permanenten Expansion ist das Problem der gesellschaftlichen Produktionsordnung schlechthin."

[22] Vgl. Heinrich, a. a. O., S. V.

ihren von uns umrissenen Fassungen und lösen uns damit bewußt von der reinen Theorie und ihrer Variationsmethode, von dem System, das Löwe in seinem Aufsatz über die Möglichkeiten der Konjunkturtheorie als ein geschlossenes und interdependentes kennzeichnet.

Gelingt es uns, an Hand unseres Problems die Notwendigkeit des Fallenlassens der Grundsätze der Geschlossenheit und Interdependenz nachzuweisen, gelingt es uns ferner, deutlich zu machen, daß nicht die wirtschaftlichen Vorgänge schlechthin, sondern auch diejenigen Vorgänge den wirtschaftlichen Ablauf bestimmend beeinflussen, die sich innerhalb einer bestimmten, durch zahlreiche rechtliche und gesellschaftliche Vorgänge gekreuzten Wirtschaftsordnung abspielen, so tragen wir dazu bei, die logische Notwendigkeit der Forschungsmethode der politischen Ökonomie darzutun.

Sternberg stellte seinem Werk über den Imperialismus den Satz voran: „Dieses Buch will ein Marxistisches Buch sein." Auch wir hoffen, unsere Arbeit ist eine Arbeit im Marxschen Sinne. Denn, bei aller Kritik an Marx' System, der wir mit den Argumenten der Marx-Kritiker Raum geben, glauben wir, daß Marx — nicht so sehr als Ökonom wie als Soziologe — der politisch-ökonomischen Forschung die entscheidende Richtung gegeben hat.

Die Marxsche Fassung der Theorie der industriellen Reservearmee bildet den Ausgangspunkt. Mit der systematisch geordneten Aufzeigung der Weiterbildung seiner Theorie in der Umreißung unserer Fassungen einer erweiterten Theorie der industriellen Reservearmee und einer Theorie der Arbeitslosigkeit hoffen wir, dazu beizutragen, ein Vermächtnis zu erfüllen.

3. Kapitel: Die Mittel der Untersuchung

Mit der Zielsetzung unserer Arbeit sind uns gleichzeitig die Mittel zur Erreichung des Ziels vorgeschrieben. Wir werden dabei einige notwendige Umwege zu machen haben.

a) Kritik und Antikritik

Wir betonten bereits, daß wir es bei der Stellungnahme zum Problem der industriellen Reservearmee nicht mit einem System zu tun haben. Wir fügten hinzu, daß wir die einzelnen Theoreme (Fassungen) der Theorie der industriellen Reservearmee gegen-

überstellen, um damit zu einer möglichst weitgehenden Erkenntnis der Notwendigkeit der Anwendung eines Systems zu kommen, das wir mit Oppenheimer politische Ökonomie nannten. Im Rahmen dieser Zielsetzung und anknüpfend an die Marxsche Freisetzungstheorie lassen wir Kritik und Antikritik sich folgen an Hand der einzelnen, systematisch geordneten Teiltheorien der industriellen Reservearmee, die sich gegenseitig ablehnen oder ergänzen. Eine eigene Stellungnahme zeigte sich nur dort nötig, wo entweder der Rahmen der Zielsetzung überschritten oder die systematische Ordnung gestört zu werden drohte.

Aus der gegenseitigen Kritik bzw. der gegenseitigen Ergänzung von Theorien, die, wie Freisetzungs- und Kompensationstheorie, einander (und beide zusammen wieder der Oppenheimerschen Landfluchttheorie) konträr gegenüberstehen, mußten sich notwendig methodologische Schwierigkeiten ergeben, die es erforderlich machen, der Durchführung der Arbeit durch Kritik und Antikritik eine exakte methodische Grundlage zu geben.

b) Methodische Voraussetzungen

1. Die bisherigen Methoden: Induktion, Deduktion, immanente Kritik

Wenn man von der Relativität aller Erkenntnis, als auf einem Rest subjektiver Bestimmtheit der Erkenntnisobjekte beruhend, ausgeht, kommt man zu der Folgerung, daß auch der Wissenschaftswert der Forschungsmethoden ein relativer ist, sowohl der Methoden positiver als auch kritischer Forschung. Wenn eine Kritik, wie die Marxkritik, sich der empirisch-statistischen Methode bedient, so ist dies nur in ganz bestimmtem Umfange zu rechtfertigen; denn sie vermag unmittelbar nichts zu beweisen und zu widerlegen. „Sie stellt der Beweisführung nur das Material des Denkprozesses bereit[23].“ Mit der Verarbeitung muß die induktive der deduktiven Methode das Feld räumen. „Die ganze historische Schule in der Sozialökonomik hat für die Beurteilung der Marxistischen Lehren so gut wie nichts geleistet[23].“ Der Theorie kann eben nur mit Theorie begegnet werden, d. h. mit Deduktion, „und, wie Marx sein System der politischen Ökonomie auf der Grundlage der Deduktion errichtete, kann er letztlich nur durch die nämliche Methode überwunden werden[23].“

---

[23] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 7—10. Vgl. auch Oppenheimer, Grundgesetz S. 47, und Bernstein, Voraussetzungen ... S. 51. (Zitate bei Muhs.)

Aber nicht nur die empirisch-statistische, sondern auch die deduktive Methode ist einer starken Belastung durch die subjektiven Bedingungen und Verfahren ihrer Handhabung ausgesetzt. Deduktion ist Abstraktion. „Die Spaltung eines Erscheinungskomplexes in seine wesentlichen und zufälligen Komponenten ist stets das Produkt subjektiv-individueller Auffassung und Analyse[24]."

Daraus erhellt aber, daß mit der Anerkennung und Übernahme der besonderen Begriffskategorien einer Theorie, so auch der Marxschen Grundbegriffe, die Kritik sich der Voraussetzungen für eine voraussetzungslose Analyse entäußert. Deduktion mit Marxscher Prämisse kann zu keinem fruchtbaren Ergebnis führen. Andererseits bewegt die Kritik sich, wenn sie im Aufbau der sozialökonomischen Kategorien selbständig vorgeht, in einer ganz anderen Begriffssphäre und verliert damit ihre Grundlage, da sie sich selbst aufgibt und zu einer positiven Theorie wird.

Deshalb ist, wie jeder Theorie, so auch der Marxschen Theorie weder mit dem Rüstzeug der statistisch-empirischen noch mit dem der deduktiv-abstrahierenden Methode endgültig zu begegnen[25].

Muhs erkennt sehr richtig, daß die Zentralidee des gesamten Marxistischen Systems der Widerspruch zwischen den Verwertungs- und Realisationsbedingungen des Kapitals ist, der mit geschichtlicher Notwendigkeit zum Untergange der bestehenden Gesellschaftsordnung führen solle. Diese Idee sei aber — nach Muhs — in ihrer Wirklichkeitsgeltung gebunden an die Geltung sämtlicher Einzelsätze der Marxschen Ökonomik. Fiele einer von ihnen, deren jeder die Prämisse zum folgenden sei, so fiele das Ganze unvermeidlich zusammen. Damit kommt Muhs zu der von ihm angewandten Methode der immanenten Kritik, d. h. er stellt die innere Kausalverbundenheit des Marxschen Systems als Problem heraus, untersucht jedes Einzeltheorem, von der Grundprämisse über die Werttheorie, die Mehrwerttheorie, die Akkumulationstheorie, die Theorie der industriellen Reservearmee, bis zur letzten Schlußfolgerung der Überwindung des Kapitalismus[26].

Damit weicht — nach Muhs — die immanente Kritik den mit der induktiven und deduktiven Methode verbundenen Schwierig-

[24] Muhs, a. a. O., S. 9.
[25] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 13.
[26] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 14/15.

keiten aus, die vielfältig resultieren aus der theoretischen Verarbeitung empirischen Materials, aus der Anwendung selbständiger Begriffskategorien; „sie wird die gekennzeichnete Subjektivität der Erkenntnisbildung und der Gegenargumentation zwar nicht gänzlich ausschalten, wohl aber auf das Minimum des Möglichen reduzieren, die Anführung persönlicher Auffassungen zurückdrängen und den Wissenschaftswert der marxistischen Ökonomik — und damit zugleich ihren Wirklichkeitswert — lediglich an Maßstäben der allgemeinen Logik entwickeln[27]."

*

Wenn man, wie Muhs, das Marxsche System in seiner Totalität und der Verbundenheit aller seiner Teiltheoreme mit dem Ganzen untersuchen will, so kann der von ihm eingeschlagene Weg der Anwendung der Methode der immanenten Kritik der gegebene sein. Für uns ist er nicht der gegebene, trotz des von Muhs scheinbar angelegten „Maßstabes der allgemeinen Logik", denn unsere Untersuchung erstreckt sich nur auf eins, wenn auch das wichtigste der Marxschen Teiltheoreme: die Theorie der industriellen Reservearmee. Diese Theorie im Rahmen des Systems der politischen Ökonomie auf ihre innere Logik zu untersuchen, ist unsere Aufgabe.

2. Verifikation durch logische Kritik

Die Methode der immanenten Kritik ist für uns nicht gegeben; die durch immanente Kritik erkannte Richtigkeit oder Haltlosigkeit aller der Theorie der industriellen Reservearmee vorhergehenden Teiltheorien ist für uns unwesentlich. Unsere Kritik und Antikritik begibt sich deshalb aber nicht der Voraussetzungen für eine voraussetzungslose Analyse, da wir erstens die entscheidende Prämisse für unsere Theorie in dem „Kapitalverhältnis als Bewegungsvorgang" sehen. Dies ist die Prämisse, die, ohne vorher auf ihre absolute Richtigkeit prüfbar, sich erst mit der weiteren Untersuchung ihrer Konsequenzen als richtig erweisen soll.

Zweitens ist durch eine immanente Kritik für die Geltung des theoretischen Systems immer noch nichts Endgültiges gesagt, denn, wie Löwe sagt, hat die Geltung des theoretischen Systems zwar insofern nur hypothetische Bedeutung, als sie an bestimmte Daten geknüpft ist, die selbst wirtschaftstheoretisch

[27] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 15/16.

nicht zu begründen sind; aber mit der Unmöglichkeit ihrer Begründung ergibt sich auch die Unmöglichkeit ihrer theoretischen Widerlegung. Die Kritik wird, was Muhs gerade vermeiden wollte, zur positiven Theorie, und eine immanente Kritik der einen Theorie an der anderen kann eine Entscheidung nicht bringen[28], bzw. ist gar keine immanente Kritik.

Die auf theoretisch nicht zu begründenden Daten logisch einwandfrei gebildeten Schlüsse sind, wie wir wissen, in ihrem theoretischen Geltungswert durch empirische Erkenntnisse weder zu erhärten noch zu erschüttern.

Der empirischen Erkenntnis dient in immer stärkerem Maße die Konjunkturforschung. Der Konjunkturforscher lehnt es nach Löwe[28] heute im allgemeinen ab, in der Abstraktion der alten Krisentheorie zu denken, die Methode der isolierten Behandlung einzelner Kategorien von Konjunktur bedingenden Faktoren anzuwenden. Das ist vom Standpunkt der ökonomischen Theorie nicht von vornherein zu verdammen, es ist jedoch von solcher empirisch-statistischen Forschung eine wesentliche Bereicherung der Erkenntnis theoretischer Zusammenhänge nicht zu erwarten, wie man überhaupt von wachsender empirischer Einsicht eine unmittelbare Förderung der theoretischen Systembildung nicht erwarten kann.

Was aber die empirische Erkenntnis für den einzelnen theoretischen Lehrsatz und für das theoretische Gesamtsystem leisten kann, ist eine Verifikation der Daten und Schlußsätze, der Problemstellung und der logischen Konstruktion, der Problemlösung[29]. Diesen Erkenntnisvorgang der logischen Erfassung einer Kausalkette von Ursachen und Folgen nennen wir Verifikation durch logische Kritik.

Es scheint hier zunächst ein Widerspruch vorzuliegen. Wir sagten, daß der theoretische Geltungswert von Schlüssen, die auf Daten aufgebaut sind, die selbst theoretisch indiskutabel bleiben, durch empirische Erkenntnis nicht zu erhärten ist, daß also eine Verifikation durch empirische Erkenntnis nicht möglich ist.

Wir behaupteten aber andererseits mit Löwe, daß die empirische Erkenntnis doch eine Verifikation sowohl der Daten als auch der Schlußsätze bringen kann.

Dieser Widerspruch löst sich, wenn wir erkennen, daß einerseits die Daten einer Theorie, die von dieser Theorie selbst als

[28] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 166/167.
[29] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 167.

theoretisch nicht weiter begründbar oder widerlegbar angesehen werden, einer logischen Kritik dennoch zugänglich sein können, und wenn wir erkennen, daß *andererseits* die empirische Erkenntnis als Mittel der Verifikation verschieden angewandt werden kann.

Aus einem empirischen Tatbestand ist nämlich *dann keine* Verifikation der Daten und Schlußsätze abzuleiten, wenn 1. die zu verifizierende Theorie sich nicht widerspruchslos in das Gesamtsystem der Sozialökonomik einordnen läßt, und wenn 2. die empirische Erkenntnis sich auf Tatbestände bezieht, deren dauernde Gegebenheit auf keine Weise nachgewiesen ist.

Der zu verifizierenden Theorie kann die empirische Erkenntnis aber den gewünschten Dienst leisten, wenn sich 1. die Theorie in den Zusammenhang des ökonomischen Gesamtsystems widerspruchslos einordnen läßt und wenn 2. die empirischen Tatbestände auf Grund eines historisierenden Verfahrens ihres absoluten Geltungs- und Erklärungswertes entkleidet und nur in Erkenntnis ihrer Relativität der theoretischen Forschung dienstbar gemacht werden.

Wir nannten die Methode, die diese beiden Bedingungen erfüllt, die Methode der Verifikation durch logische Kritik. Sie fügt sich aus denselben Bedingungen heraus notwendig dem System der politischen Ökonomie ein.

Bezüglich der Daten und Schlußsätze nun bestehen in den einzelnen streitenden Lehrmeinungen der Konjunkturtheorie (als Gesamtkomplex) Meinungsverschiedenheiten, und zwar sowohl bezüglich des Gegenstandes und damit der Daten, also der Problemstellung, als auch bezüglich der logischen Konstruktion und damit der Schlüsse, also der Problemlösung[30]. Wie wir bereits feststellten, kann die immanente Kritik der einen Theorie an der anderen auf Grund ihrer eigenen Problemstellung oder Methode keine Entscheidung bringen.

Wenden wir das, was Löwe für die Konjunkturtheorie im allgemeinen sagt, auf die Theorie der Arbeitslosigkeit, als eine Theorie der Störungsfaktoren im Abwicklungsprozeß des kapitalistischen Wirtschaftssystems, an, so ist eine fruchtbare Lösung als Verifikation durch logische Kritik von der Lösung folgender Vorfragen abhängig:

1. Was bedeutet Arbeitslosigkeit als Erkenntnisbegriff der ökonomischen Theorie?

---

[30] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 168.

2. Welche Merkmale dieses Begriffes sind problematisch?

3. Welchen theoretischen Bedingungen muß eine theoretische Ableitung genügen, die diese Merkmale in den Systemzusammenhang einordnen will?

Diese Vorfragen müssen erst beantwortet sein, um den Weg für die inhaltliche Analyse unseres Problems frei zu haben.

1. Wie bereits im 1. Kapitel ausgeführt, bedeutet Arbeitslosigkeit eine Störung im ökonomischen Gleichgewicht durch einen Komplex von Störungsfaktoren. Wie jeder Begriff der Theorie, zielt der Begriff der Störung zunächst auf einen Tatbestand der wirtschaftlichen Erfahrung. Dieser Tatbestand war für Marx ohne Zweifel gegeben. Er verwischte sich aber zeitweilig in der Wirtschaftsepoche bis zum Kriege. Heute tritt er wieder mit zunehmender Deutlichkeit in Erscheinung. Der Begriff „Arbeitslosigkeit als Störung" will diese Störung als eine Wirkung von zunächst unbekannten Faktoren erfassen, die sich in einem empirischen Tatbestand niederschlägt. Soweit dieser Tatbestand selbst wieder Ursache von Wirkungen wird, die sich in demselben Tatbestand niederschlagen, eben als Arbeitslosigkeit, zählt er selbst zu den zunächst unbekannten Ursachenfaktoren.

2. Die Problematik des Begriffs liegt einmal darin, daß schon das Erfahrungsobjekt Arbeitslosigkeit, wie alle empirischen Gestalten, angesichts der unendlichen Gesamtgestalt der Erscheinungswelt schwer zu erfassen ist. Seine besondere Problematik erhält der Begriff der Arbeitslosigkeit aber durch den Umstand, daß ihre besonderen Merkmale, wenn man sie auf den unbekannten Ursachenkomplex zurückführen will, nicht sämtlich, ja nur zum allerkleinsten Teil mit der allgemeinen Zirkulationstheorie und ihrer Variationsmethode, eben der reinen Theorie, erklärt werden können[31].

Die Ergebnisse der Variationsmethode lassen sich gegenüber der Wirklichkeit nicht voll verifizieren.

3. Fragen wir nach den theoretischen Bedingungen für die Einordnung der problematischen Merkmale der Arbeitslosigkeit in den Systemzusammenhang, so muß daher festgestellt werden, daß die theoretischen Möglichkeiten der reinen Theorie, als eines geschlossenen interdependenten Systems, den Bedingungen für eine Ableitung der Arbeitslosigkeit nicht genügen können.

Eine reine Werttheorie oder eine reine Theorie der Preisbildung

[31] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 174.

kann die Störungen im wirtschaftlichen Gleichgewicht ebensowenig erklären wie geordnete Verhältnisse[32].

Jede Theorie, die ohne innere Widersprüche die Störungen im wirtschaftlichen Gleichgewicht erklären will, muß vielmehr die Grundlage einer ausgesprochen unstatischen Datenkonstellation haben, muß bewußt oder unbewußt jede statische Grundkonstellation preisgeben, die Geschlossenheit des Systems, seiner Interdependenz oder beide.

Nur das offene, partiell independente System, das Löwe als das dynamische bezeichnet, wahrt die Bedingungen, die ein System erfüllen muß, das dem Maßstab des logischen Zusammenhangs des ökonomischen Gesamtsystems genügen soll. Damit ist festgestellt, daß, ebenso wie das Konjunkturproblem, auch unser Problem der Arbeitslosigkeit auf statischer Grundlage unlösbar ist, und gleichzeitig, daß es nur in einem System lösbar ist, in dem die Arbeitslosigkeit den Systembedingungen ebenso analytisch entspringt, wie die störungsfreie Anpassung sich aus den Bedingungen des statischen Systems ableitet[33].

Nur das System der politischen Ökonomie vermag die Bedingungen zu erfüllen, die an ein System gestellt werden mußten, das sämtliche Merkmale der Arbeitslosigkeit in seinen Systemzusammenhang einordnen will.

---

[32] Vgl. Heinrich, a. a. O., S. VII.
[33] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 190 ff.

ERSTER HAUPTTEIL

Die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee

Der Streit zwischen der Marxschen Freisetzungstheorie, die wir als die ursprüngliche Theorie der industriellen Reservearmee bezeichnen, und der Kompensationstheorie hat den Anstoß gegeben zur Aufrollung des Problems: Arbeitslosigkeit.

Die Behauptung, daß dieser Streit letzten Endes ein Methodenstreit ist, haben wir bereits im einleitenden Teil hervorgehoben und aus ihr wesentliche Gesichtspunkte für den Aufbau der Arbeit gewonnen. Der Versuch, diese Behauptung an Hand des sich ständig erweiternden und wandelnden Theorienkomplexes zu beweisen und damit zur Frage der Stellung und Lösung unseres Problems Klärendes beizutragen, ist ein Hauptgesichtspunkt der Arbeit.

Als Grundlage und Ausgangspunkt der gesamten Diskussion stellen wir die Marxsche Freisetzungstheorie voran, die wir an Hand von vier Hauptsätzen in ihren wesentlichen Grundzügen skizzieren.

I. ABSCHNITT

Die Marxsche Freisetzungstheorie

Wir teilen die Marxsche Freisetzungstheorie in teilweiser Anlehnung an Oppenheimer[34] in vier Hauptsätze ein, an Hand derer wir seine Theorie darstellen.

1. Jede Akkumulation von Kapital in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft bedingt ein Wachsen des konstanten und ein Fallen des variablen Kapitals im Verhältnis zum Gesamtkapital; sie bedingt gleichzeitig — ceteris[35] paribus — eine dem Fallen des variablen Kapitals proportionale Verminderung der Arbeitsstellen.

2. Jede Verminderung der Arbeitsstellen im Verhältnis zum

[34] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 28.
[35] Lohn und Arbeitszeit.

Gesamtkapital bedingt auch ihre Verminderung im Verhältnis zur Zahl der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeiter, zur Größe der aktiven Arbeiterarmee.

3. Jede Verminderung der Arbeitsstellen im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee bedingt eine entsprechende Bildung bzw. ein entsprechendes Wachsen der industriellen Reservearmee.

4. Jede Vermehrung der Arbeitsstellen im Verhältnis zum Gesamtkapital kann vorübergehend eine Abnahme der industriellen Reservearmee und sogar noch eine Lohnsteigerung bedingen; die Lohnsteigerung und die Abnahme der industriellen Reservearmee sind jedoch nur vorübergehend, da sie systemwidrig sind.

1. Hauptsatz.

a) Jede Akkumulation von Kapital in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft bedingt ein Wachsen des konstanten und ein Fallen des variablen Kapitals im Verhältnis zum Gesamtkapital.

Das gesellschaftliche Gesamtkapital spaltet sich in zwei Grundformen: das konstante und das variable Kapital. In bezug auf den Wert ist das konstante Kapital der Marktwert der Produktionsmittel, das variable Kapital der Marktwert der Arbeitskraft: die Gesamtsumme der Löhne. Das Verhältnis beider zueinander ist die Wertzusammensetzung des Kapitals.

Nach der Stoffbeziehung ist das konstante Kapital die Summe der Produktionsmittel selbst, das variable Kapital die Summe von Arbeitskraft; das Verhältnis beider zueinander ist die technische Zusammensetzung des Kapitals. Sie resultiert aus dem Verhältnis zwischen der Summe der angewandten Produktionsmittel und der zu ihrer Anwendung erforderlichen Summe von Arbeitskraft.

Zwischen beiden Formen der Zusammensetzung besteht eine Wechselbeziehung. Sie drückt sich wesentlich dadurch aus, daß die Wertzusammensetzung des Kapitals durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird. Die so bestimmte Wertzusammensetzung des Kapitals nennt Marx seine organische Zusammensetzung.

Diese organische Zusammensetzung des Kapitals muß sich notwendig entsprechend der Akkumulation und mit dieser fortwährend ändern. Das variable Kapital nimmt im Verhältnis zum konstanten Kapital und im Verhältnis beider zum Gesamt-

kapital fortwährend ab; das konstante Kapital äußert die Tendenz, das variable in zuwachsendem Umfange zu verdrängen[36].

Durch die Konzentration des Kapitals auf dem Wege der Akkumulation muß eine technische Umwälzung eintreten, weil die aus dem akkumulierten Mehrwert neugebildeten Zusatzkapitalien ihre Anlage immer in den modernsten und ergiebigsten Produktionsmitteln suchen und durch ihre gesteigerte Konkurrenzfähigkeit das alte Kapital zwingen, sich ebenfalls, dem technischen Fortschritt entsprechend, umzustellen. Die technische Umwälzung wird dabei noch beschleunigt durch den Prozeß der Zentralisation, d. h. der Entstehung eines großen Kapitals auf Kosten vieler kleiner durch Vergesellschaftung oder Aufsaugung der schwachen Kapitalisten durch die starken.

b) Die Akkumulation bedingt gleichzeitig — ceteris paribus — eine dem Fallen des variablen Kapitals proportionale Verminderung der Arbeitsstellen.

Technische Umwälzung bedeutet Mehranwendung von Maschinen. Diese Mehranwendung vermindert unaufhörlich die Zahl der Arbeitsstellen. Ist nämlich das variable Kapital die Gesamtsumme der Arbeitslöhne, so läßt sich dieser Schluß — Lohn und Länge des Arbeitstages als gleichbleibend vorausgesetzt — mathematisch genau beweisen: Ist der Durchschnittslohn = 1, die Zahl der Arbeitsstellen = s und das variable Kapital = v, so ist $v = 1 \times s$. Dann ist auch $s = v : 1$, oder die Zahl der Arbeitsstellen fällt mit dem variablen Kapital[37].

2. Hauptsatz.

Jede Verminderung der Arbeitsstellen im Verhältnis zum Gesamtkapital bedingt auch ihre Verminderung im Verhältnis zur Zahl der arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeiter: zur Größe der aktiven Arbeiterarmee.

Marx drückt sich hier an einer Stelle so klar aus, daß wir ihn, unter Zugrundelegung der bisherigen Ausführungen, wörtlich zitieren[38].

---

[36] Vgl. Marx, Kapital I, S. 548/49 u. 559 ff. (Volksausgabe 1914).

[37] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 31.

[38] Vgl. Marx, Kapital I, S. 566/67; 4. Aufl. v. 1890: S. 593/94 (Volksausgabe 1914).

„Die spezifisch kapitalistische Produktionsweise, die ihr entsprechende Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der dadurch verursachte Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, halten nicht nur Schritt mit dem Fortschritt der Akkumulation oder dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums. Sie schreiten ungleich schneller, weil die einfache Akkumulation oder die absolute Ausdehnung des Gesamtkapitals von der Zentralisation seiner individuellen Elemente, und die technische Umwälzung des Zusatzkapitals von technischer Umwälzung des Originalkapitals begleitet sind.

Mit dem Fortgang der Akkumulation wandelt sich also das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital, wenn ursprünglich 1 : 1, in 2 : 1, 3 : 1, 4 : 1 etc., so daß, wie das Kapital wächst, statt $^1/_2$ seines Gesamtwertes progressiv nur $^1/_3$, $^1/_4$, $^1/_5$ etc. in Arbeitskraft, dagegen $^2/_3$, $^3/_4$, $^4/_5$ etc. in Produktionsmittel umgesetzt wird.

Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang des Gesamtkapitals, sondern durch den seines variablen Bestandteils bestimmt ist, fällt sie also progressiv mit dem Wachstum des Gesamtkapitals und in beschleunigter Progression mit dem Wachstum dieser Größe. Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals wächst zwar auch sein variabler Bestandteil, oder die ihm einverleibte Arbeitskraft, aber in beständig abnehmender Progression. Die Zwischenpausen, worin die Akkumulation als bloße Erweiterung der Produktion auf gegebener technischer Grundlage wirkt, verkürzen sich. Nicht nur wird eine in wachsender Progression beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals erheischt, um eine zusätzliche Arbeiterzahl von gegebener Größe zu absorbieren, oder selbst, wegen der beständigen Metamorphose des alten Kapitals, die bereits funktionierende zu beschäftigen. Ihrerseits schlägt diese wachsende Akkumulation und Zentralisation selbst wieder um in eine Quelle neuer Wechsel der Zusammensetzung des Kapitals oder abermaliger beschleunigter Abnahme seines variablen Bestandteils, verglichen mit dem konstanten.

Diese mit dem Wachstum des Gesamtkapitals beschleunigte relative Abnahme seines variablen Bestandteils scheint auf der anderen Seite stets rascheres absolutes Wachstum der Arbeiterbevölkerung als das des variablen Kapitals oder ihrer Arbeitsmittel. Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d. h. für die mittleren Verwertungs-

bedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung[39]."

Mit anderen Worten: das gesellschaftliche Gesamtkapital unterliegt einem bestimmten Wechsel seiner inneren Zusammensetzung. Während sich sein konstanter Bestandteil in progressiver Stufenleiter vermehrt, wächst sein variabler Bestandteil höchstens in arithmetischer Stufenleiter, nimmt also ständig relativ ab. Diese relative Abnahme wird zur absoluten Abnahme der fungierenden Arbeitskraft. Sie erscheint als stets rascheres absolutes Wachstum der Arbeiterbevölkerung im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter.

3. Hauptsatz.

Jede Verminderung der Arbeitsstellen im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee bedingt eine entsprechende Bildung bzw. ein entsprechendes Wachsen der industriellen Reservearmee.

Sind die beiden ersten Hauptsätze richtig, so ergibt sich aus ihnen unmittelbar der dritte Hauptsatz. Wir finden dafür bei Marx keine ausführliche Darstellung. Es bedarf einer solchen auch nicht, denn da, wo die Zahl der Stellen sich im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee vermindert, da wächst natürlich die Zahl der Unbeschäftigten, die industrielle Reservearmee[40].

Die Marxsche Freisetzungstheorie ist damit nichts anderes als die volle Konsequenz seines Gesetzes der Akkumulation. Da unter dem konstanten Kapital nichts anderes verstanden werden kann als die maschinelle Ausrüstung der Produktion samt den dazugehörigen Gebäuden und Grundstücken, heißt das Gesetz der Akkumulation, aus der wissenschaftlichen Terminologie ins Volkstümliche übersetzt: die Maschine setzt den Arbeiter frei[41], ohne daß es dem Produktionsprozeß auf die Dauer möglich ist, die Freigesetzten wieder zu beschäftigen.

4. Hauptsatz.

a) Jede Vermehrung der Arbeitsstellen im Verhältnis zum Gesamtkapital *kann* vorüber-

[39] Marx, Kapital I, a. a. O. (Vgl. Anm. 38.)
[40] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 33.
[41] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 49.

gehend eine Abnahme der industriellen Reservearmee und sogar noch eine Lohnsteigerung bedingen.

Damit ist die Umkehrung des dritten Hauptsatzes gegeben. Es besteht die theoretische Möglichkeit, daß der variable Kapitalbestandteil, obgleich er relativ sinkt, absolut dennoch steigt. Das Gesamtkapital wächst stärker als die Arbeiterzahl, während seine organische Zusammensetzung relativ unverändert bleibt. Die Nachfrage nach Arbeitern steigt, das Lohnniveau kann sich heben.

b) Die Lohnsteigerung und die Abnahme der industriellen Reservearmee sind jedoch nur vorübergehend, da sie systemwidrig sind[42].

Das Steigen des Arbeitslohns besagt im besten Falle nur quantitative Abnahme der unbezahlten Arbeit. Die Abnahme kann nie bis zu dem Punkte fortgehen, wo sie das kapitalistische System selbst bedroht. Denn ein aus Kapitalakkumulation entspringendes Steigen des Arbeitslohns stellt folgende Alternative:

Entweder fährt der Preis der Arbeit fort, zu steigen, weil seine Erhöhung den Fortschritt der Akkumulation nicht stört. In diesem Falle ist es augenscheinlich, daß eine Veränderung der unbezahlten Arbeit die Ausdehnung der Kapitalistenherrschaft keineswegs beeinträchtigt; oder die Akkumulation erschlafft, weil „der Stachel des Gewinns abstumpft". Mit der Abnahme der Akkumulation schwindet aber die Ursache ihrer Abnahme, die Disproportion zwischen Kapital und exploitabler Arbeitskraft. Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses beseitigt selbst die Hindernisse, die er vorübergehend schafft. Der Lohn fällt entsprechend der relativen Zunahme der industriellen Reservearmee wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau. Das Selbstregulierungsprinzip der Akkumulation beseitigt die Hindernisse, die eine stetige Reproduktion des Kapitalverhältnisses zu beeinträchtigen drohen.

Die Akkumulation bedeutet also nicht nur eine Steigerung der Produktivkraft durch Anhäufen neuen Kapitals und Vermehrung der sachlichen Produktionsmittel, sondern darin ist „eingeschlossen das Wachstum der Arbeiterbevölkerung, die Schöpfung einer dem Surpluskapital entsprechenden und sogar seine Bedürfnisse

[42] Vgl. für das Folgende Marx, Kapital I, S. 555 ff. (Volksausgabe 1914).

im großen und ganzen stets überflutenden Bevölkerung und daher Überbevölkerung von Arbeitern[43]."

„Wenn aber eine Surplusarbeiterbevölkerung notwendiges Produkt der Akkumulation ... ist, wird diese Überbevölkerung umgekehrt zum Hebel der Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise[44]."

Der Kapitalismus schafft sich durch seine eigene Reproduktion stets die Reservearmee, die er braucht. Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also im wachsenden Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz — wie jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Populationsgesetze hat —, das unabhängig ist von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme.

Wir glauben, die Marxsche Freisetzungstheorie mit vorstehenden Ausführungen hinreichend klar skizziert zu haben, so daß es vermieden werden kann, die späteren Auseinandersetzungen mit seiner Theorie durch Anführung längerer Zitate unübersichtlich zu gestalten.

II. ABSCHNITT

Die Kritik an der Freisetzungstheorie durch die Kompensationstheorie

Die Kompensationstheorie als ein Teil der „reinen Theorie" geht zunächst scheinbar[45] von demselben Gesichtspunkt aus, den wir in unserer Arbeit verfolgen: Die von ihr vertretene Theorie des harmonischen Ausgleichs an Hand der tatsächlichen Entwicklung zu verifizieren. Im Vordergrund steht daher zunächst die Tatsache der Kompensation, auf die sich der deduktive Nachweis ihrer logischen Notwendigkeit stützt. — Daß es sich hier aber um eine andere Art der Verifikation durch empirische Erkenntnisse handelt als diejenige, die wir mit Verifikation durch logische Kritik bezeichneten, wurde bereits betont und wird sich weiter herausstellen.

---

[43] Marx, Kapital III, S. 199, 4. Aufl. 1890.
[44] Marx, Kapital I, S. 596, 4. Aufl. 1890.
[45] Vgl. S. 28 dieser Arbeit.

1. Kapitel: Die Tatsache der Kompensation

Wir brauchen uns mit dem Marxschen System nicht grundsätzlich in Widerspruch zu setzen, wenn wir von einer Tatsache der Kompensation sprechen, denn Marx hat gewußt, daß viele Fälle von Kompensation bestehen. Die Bedingung dafür ist, daß das variable Kapital absolut gewachsen ist — was mit seinem relativen Sinken im Verhältnis zum konstanten Kapital vereinbar — und daß der Absatzmarkt für das Produkt sich erweitert hat. Die Maschine verbilligt die Produktion, es sind aber „Wohlfeilheit des Maschinenprodukts und das umgewälzte Transport- und Kommunikationswesen Waffen zur Eroberung fremder Märkte[46]".

Der Absatz wird forciert durch vermehrte Produktion von Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln[47]. „Eine neue Arbeiterart springt mit der Maschine ins Leben: ihr Produzent[48]"; „ergreift die Maschinerie Vor- oder Zwischenstufen, welche ein Arbeitsgegenstand bis zu seiner letzten Form zu durchlaufen hat, so vermehrt sich mit dem Arbeitsmaterial die Arbeitsnachfrage[49]."

Wenn Marx so verschiedene theoretische Kompensationsmöglichkeiten sah, so mußte er auf Grund seines ganzen Systems und auf Grund der Zeit, in der dieses System entstand, doch naturgemäß zu seiner Ablehnung der Kompensationstheorie kommen, soweit sie schon vor oder neben dem Aufbau seiner Theorie entwickelt wurde. Während Marx so zu der Zeit, als er die britische Wirtschaftsentwicklung beobachtete, zu dem Eindruck gelangen mußte, daß die industrielle Reservearmee ständig wächst, wissen wir heute, daß die damalige Freisetzung und Bildung einer industriellen Reservearmee eine in ihrer besonderen Bedingtheit vorübergehende Erscheinung war, daß die Freisetzungs- und mit ihr die Verelendungstheorie in der Phase kapitalistischer Entwicklung bis zum Weltkriege nicht verifiziert werden konnte.

Die Durchschnittszahl der Arbeitslosen war, mindestens im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, stark gesunken. Der Schluß aus dieser Entwicklung liegt nahe, daß sich die Arbeitsgelegenheit durch die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals in der Form von Maschinenanwendung nicht verringert, daß viel-

[46] Marx, Kapital I, S. 416, 4. Aufl.
[47] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 53.
[48] Marx, Kapital I, S. 409, 4. Aufl.
[49] Marx, Kapital I, S. 411, 4. Aufl.

mehr die in einem Produktionszweig freigesetzten Arbeiter durch Ausdehnung und Vermannigfaltigung der Produktion in einem anderen Zweige attrahiert werden.

Der Schluß, der in dieser Form, wenn auch mit den Vorkriegstatsachen übereinstimmend, theoretisch noch eine Behauptung ist, wird einer theoretischen Würdigung unterzogen durch eine Reihe von Nationalökonomen, deren Gedankengänge wir als Kompensationstheorie zusammengefaßt haben[50]. Die Kompensationstheorie will beweisen, daß in der Wirtschaft selbsttätige Regulierungsprinzipien vorhanden sind, die jede Störung im wirtschaftlichen Gleichgewicht auf die Dauer durch das Auftreten ausgleichender Faktoren kompensieren.

Sie will in unserem Falle beweisen, daß der Tatsache der Kompensation freigesetzter Arbeitskräfte ein theoretisch als notwendig erkannter Aus- und Angleichungsprozeß zugrunde liegt, der sich in jeder Tauschwirtschaft auf die Dauer durchsetzen muß.

2. Kapitel: Die Notwendigkeit der Kompensation

a) Produktionserweiterung aus dem Lohnfonds

Der erste Hauptsatz der Marxschen Freisetzungstheorie lautete in unserer Formulierung in seinem wesentlichen Teil: jede Akkumulation von Kapital in einer kapitalistisch produzierenden Gesellschaft bedingt ein Wachsen des konstanten und ein Fallen des variablen Kapitals im Verhältnis zum Gesamtkapital.

Marx behauptet also, daß das konstante Kapital notwendig auf Kosten des variablen wachse. Schon diese Behauptung trifft nach Ansicht der Kompensationstheorie nicht zu.

Der Unternehmer, der nach dem wirtschaftlichen Prinzip handelt, führt eine Maschine zunächst nur dann ein, wenn ihre Produktivität es ihm ermöglicht, mit ihr mindestens die gleiche Produktenmenge herzustellen, wie bisher ohne ihre Hilfe. Die Einführung der Maschine verändert nun nach Marx die organische Zusammensetzung des Kapitals derart, daß ihre Anschaffungskosten dem variablen Kapital entnommen werden und ihr

[50] Die Gedanken früher Kompensationstheoretiker, die bereits von späteren Autoren systematisch verarbeitet worden sind, haben wir als solche nicht besonders kenntlich gemacht, um die Theorie nicht unnötig zu zerreißen und zu komplizieren. So sind u. a. die Gedanken von Ricardo, Senior, J. St. Mill und besonders von Mac Culloch in der Mannstaedtschen Argumentation enthalten.

entsprechender Anschaffungswert dem konstanten Kapital zuwächst: die Maschine werde aus dem Lohnfonds bezahlt.

Bezahlte nun z. B.[51] ein Unternehmer, der bisher 150 Arbeiter beschäftigt hat, eine Maschine aus dem Lohnfonds durch Entlassung von 100 Arbeitern, und vermöchte er mit den restlichen 50 Arbeitern und der Maschine dasselbe Produkt herzustellen wie bisher, so müßten sich seine Produktionskosten, abgesehen vom Maschinenverschleiß, um die Lohnsumme der entlassenen 100 Arbeiter verringern. Bleibt der Warenpreis der gleiche, so würde sich der Gewinn des Unternehmers also um fast die ganze Lohnsumme der entlassenen Arbeiter erhöhen, d. h. das zum Ankauf verwandte Kapital würde sich mit fast 100 Prozent verzinsen, ein Fall, der in der Praxis so gut wie nie vorkommt.

Die Kosten der Produktionsverbesserungen können nur ganz selten vollständig aus dem Lohnfonds bezahlt werden, denn „eine Maschine aus dem Lohnfonds bezahlen, heißt, Kapital, das bisher zur Entlöhnung von Arbeitern verwandt wurde, wird durch die Herstellung oder Anschaffung einer Maschine gebunden und kann nicht mehr als Lohnfonds dienen. Benutzt demnach“ — aber — „ein Maschinenfabrikant zum Bau einer Maschine erspartes Kapital, wird also durch dieses neue Kapital die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vergrößert, und bestreitet der Käufer der Maschine ihre Kosten aus seinem Lohnfonds, so hat nur eine scheinbare Bezahlung aus dem Lohnfonds stattgefunden, denn der Käufer ersetzt dem Erbauer doch nur sein ursprüngliches Kapital und setzt ihn in den Stand, mit dieser Summe von neuem auf dem Arbeitsmarkt zu erscheinen. Nur das ersparte Kapital, das als neue Nachfrage auf dem Markt auftrat, ist gebunden“[52].

Wird demnach überhaupt eine Maschine mit einem Kapital gekauft, das bisher als Lohnfonds diente, so liegt d a n n nur eine scheinbare Bezahlung aus dem Lohnfonds vor, wenn der Maschinenbauer neues gespartes Kapital heranzieht, in einer Höhe, wie sie der Käufer der Maschine aus dem Lohnfonds entnahm.

Maschinenproduktion, überhaupt Produktionserweiterungen, werden aber zum allergrößten Teil mit Sparkapital finanziert, so daß sich, entgegen der Marxschen Darstellung, das konstante Kapital nur in ganz geringem Maße auf Kosten des variablen ausdehnen kann[53].

---

[51] Vgl. Mannstaedt S. 44.
[52] Mannstaedt, a. a. O., S. 45/46.
[53] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 46.

Die Freisetzungsnotwendigkeit durch Verringerung des variablen Kapitals ist somit in ihrer theoretischen Gültigkeit bereits eingeschränkt. Es ist jedoch weiter zu untersuchen, ob nicht — die Marxsche Behauptung selbst teilweise zugegeben — der Verringerung des Lohnfonds an einer Stelle, soweit sie nicht nur eine scheinbare, sondern eine tatsächliche ist, eine Vergrößerung des Lohnfonds an einer anderen Stelle gegenübersteht, wieweit also die Freisetzung an einer Stelle durch Attraktion an anderen Stellen kompensiert wird.

Wird diese Frage im Sinne der Kompensation bejahend entschieden, läßt sich die Kompensationstheorie auf die Dauer verifizieren, so kann man nicht nur, wie bisher, von einer wesentlichen Einschränkung, sondern von einer ad-absurdum-Führung der Marxschen Freisetzungstheorie sprechen, einer Theorie, die eben darauf beruht, daß die Maschine nicht nur aus dem Lohnfonds bezahlt wird, sondern daß auch eine durch Produktionsausdehnung in Form höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals erfolgende Freisetzung nie ganz kompensiert werden kann.

b) Produktivitätssteigerung und Arbeitskapazität

Die Schlußfolgerung aus dem 2. und 3. Hauptsatz der Marxschen Freisetzungstheorie lautete: die Maschine setzt den Arbeiter frei, ohne daß es dem Produktionsprozeß auf die Dauer möglich ist, die Freigesetzten wieder zu beschäftigen.

Dem gegenüber steht folgende Argumentation der Kompensationstheorie:

„Von der Produktivität der Maschine hängt der Nutzen ab, der Unternehmern und Konsumenten in Gestalt von Ersparnissen zuteil werden kann[54]." Die Maschine wird nur dann eingeführt, wenn sie den Produktionsprozeß produktiver gestaltet als die bisherige Arbeitsmethode. Die gesteigerte Maschinenanwendung kann demnach grundsätzlich mit einer gesteigerten Produktivität identisch erklärt werden. Aus der Produktivitätssteigerung ergeben sich aber wesentliche Wirkungen in Richtung der Kompensation, denn sie bedeutet Verbilligung der Produktion, die sich in drei Richtungen auswirken kann[55].

1. Bei gleichbleibendem Preisniveau und gleichem Arbeitslohn erhält der Unternehmer einen Mehrgewinn. Bleibt dieser in seiner Hand, so kann er der Produktion direkt wieder nutzbar gemacht

[54] Mannstaedt, a. a. O., S. 46.
[55] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 48 ff.

werden. Unter der Voraussetzung, daß dem stets wachsenden Angebot von Waren durch Produktionsausdehnung ein entsprechender Zuwachs an Nachfrage gegenübersteht, kann der Mehrgewinn mit seiner Wiederverwendung zu Produktionszwecken die am Anfang der Produktionsperiode freigesetzten Arbeitskräfte wieder beschäftigen.

2. Der Mehrgewinn des Unternehmers kann durch Senkung des Preisniveaus auf die Konsumenten übergehen und damit eine Konsumtionssteigerung auslösen. Sinkt der Preis der allgemeinen Bedarfsgüter, so hat der Arbeiter sofort Anteil am Produktionsfortschritt; sein Nominallohn bleibt der gleiche, denn die Ersparnisse der Konsumenten dienen als Nachfrage nach irgendwelchen Dingen, also als neuer Lohnfonds. Steigt damit der Reallohn, da die Produkte verbilligt sind, so kann diese Steigerung nicht durch ein Sinken des Nominallohns illusorisch gemacht werden, da im Verhältnis zu dem vermehrten Lohnfonds die Nachfrage nach Arbeitskräften irgendwo steigen und die Freisetzung kompensieren muß, wenn sich die Produktion entsprechend der gestiegenen Nachfrage weiter ausdehnt.

3. Der Mehrgewinn des Unternehmers kann durch Steigerung des Arbeitslohnes der Arbeiterschaft selbst direkt zugute kommen.

Scheiden wir den dritten Fall aus, da er im wesentlichen dieselben Wirkungen hat wie Fall 2, so können wir mit Dietzel die Kompensationsvorgänge folgendermaßen darstellen[56]:

„Je billiger die Maschine produziert, je mehr Arbeitskräfte sie mattsetzt, desto mehr Einkommensteile werden auch frei bei den Konsumenten der betreffenden Waren. Um einen Betrag, der im Verhältnis steht zu dem Betrag der jenen Arbeitskräften verlorengegangenen Lohnsumme, wächst die ‚effektive Nachfrage' nach irgendwelchen Waren und damit nach Händen, die zu fertigen taugen; vielleicht nach den jetzt maschinell hergestellten Waren, vielleicht nach irgendwelchen anderen[56]."

„Wie Einkommensteile bei den Konsumenten frei werden, so wird ja auch — gleichfalls im Verhältnis zu dem Betrage, der jenen Arbeitskräften verlorengegangenen Lohnsumme — variables Kapital frei, welches sich wieder zu verwerten strebt, welches den Branchen zugeführt wird, deren Produkte zufolge Verbilligung der jetzt maschinell hergestellten Produkte mehr

[56] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 52/53: Dietzel, Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit, 1903, S. 113.

Absatz finden wie bisher, deren Unternehmer daher mehr variablen Kapitals bedürfen[57 58]."

Mannstaedt bringt zur Veranschaulichung dieser Gedanken eine Formel, die die Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt genau aufzeigen soll[58].

Nimmt man zunächst an, die Maschine verursache keine Anschaffungskosten und ermögliche, die gleiche Produktenmenge wie bisher, aber mit der Hälfte der Arbeiter herzustellen, so läßt sich der Unterschied zwischen Handbetrieb und Maschinenbetrieb und damit die Kompensationsgesetzlichkeit folgendermaßen darstellen:

	Produkte	Arbeiter	Lohnfonds (à 1000)	Preis des Totalprodukts
Handbetrieb	X	100	100 000	110 000
Maschinenbetrieb.....	X	50	50 000	55 000
frei		50	50 000	55 000

Der freigesetzte Lohnfonds von 50 000 reicht aus, um die 50 freigesetzten Arbeitskräfte neu zu beschäftigen, und die Ersparnisse der Konsumenten genügen, um das sich ergebende Mehrangebot an Produkten aufzunehmen.

Ermöglicht die Anwendung der Maschine, mit der gleichen Arbeiterzahl die doppelte Warenmenge zu erzeugen, so lautet die entsprechende Formel:

	Produkte	Arbeiter	Lohnfonds (à 1000)	Preis des Totalprodukts
Handbetrieb	X	100	100 000	110 000
Maschinenbetrieb.....	2 X	100	100 000	110 000

Die theoretische Folge kann in beiden Fällen sein, daß der Produktenpreis mit der Produktionsverbesserung sofort sinkt; das ist in der Praxis zunächst nicht der Fall. Die Ersparnisse aus Produktionsverbilligung kommen vielmehr dem Produzenten als Mehrgewinn zugute.

Im Falle der ersten Formel würde der Unternehmer also einerseits den ersparten Lohnfonds von 50 000 entweder selbst zur Beschäftigung der entlassenen 50 Arbeiter verwenden oder zu

[57] Vgl. auch Muhs, a. a. O., S. 475 ff.
[58] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 53 ff.

gleichem Zweck verleihen, und er würde außerdem mit dem Betrage der übrigen 55 000 auf dem Markt als Käufer auftreten können.

Mit dieser Erkenntnis erfährt die Frage nach der Herkunft der Mittel für die Anschaffung der Maschine eine neue Beleuchtung. Da, wie im vorigen Abschnitt a) festgestellt wurde, die Produktionsfortschritte nicht letztlich aus dem Lohnfonds bezahlt werden können, müssen die Mittel dafür aus anderen Quellen stammen. Auf Grund der ersten Formel stellt Mannstaedt den Kompensationsvorgang in Verbindung mit der Kapitalbildung zwecks Produktionserweiterung folgendermaßen dar[59]:

Wird der Einfachheit halber angenommen, daß ein Unternehmer A seine Maschinenkosten bereits beglichen habe, und es sich darum handle, für einen Unternehmer B das Kapital zu beschaffen, so taucht zunächst wieder die Vermutung auf, der ersparte Lohnfonds von 50 000 — von A an B geliehen — diene als Anschaffungsfonds. Es findet nur eine scheinbare Bezahlung aus dem Lohnfonds statt, wenn nämlich der Maschinenfabrikant, um die Maschine anzufertigen, 50 Arbeiter anstellen müßte. Hierdurch fänden die entlassenen 50 Arbeiter des A eine Beschäftigung. In Wirklichkeit gehört aber dazu nicht nur die Nachfrage nach der neuen Maschine, sondern auch ein neuer Lohnfonds. Woher stammt aber das ersparte Kapital, das diesen Lohnfonds bilden muß? Es stammt aus der Produktionsverbilligung:

A leiht den ersparten Lohnfonds von 50 000 dem Maschinenfabrikanten, und die Produktionsersparnisse von 55 000 leiht er dem Unternehmer B, um ihm den Kauf der Maschine zu ermöglichen. In dem Zusammenhang wird nichts geändert, wenn sich die Produktionsverbilligung bei A schon in einer Preissenkung der Produkte des A ausgewirkt hat; in diesem Falle erhält B das Kapital nicht mehr von A, sondern von den Konsumenten der Produkte des A in Form von Sparkapital.

Verkauft der Maschinenfabrikant nun die Maschine an B, so hat er von neuem einen Lohnfonds, um 50 Arbeiter auf irgendeine Weise zu beschäftigen, etwa zum Bau einer weiteren Maschine. Gleichzeitig wird, wie gezeigt, von A oder den Konsumenten seiner Produkte eine Summe erspart, die ausreicht, die neue Maschine einzutauschen dadurch, daß diese Summe irgendwelchen Reflektanten der Maschine ausgeliehen wird. So werden

[59] Vgl. Mannstaedt S. 54.

durch die Produktivitätssteigerung selbst die Mittel gewonnen, weitere Fortschritte durchzuführen.

Kann somit von einer Freisetzung durch Maschinenanwendung keine Rede sein, soweit die Maschine ermöglicht, dasselbe Produkt mit der Hälfte von Arbeitskraft herzustellen — da ja die Freisetzung von Arbeitskräften gleichzeitig Freisetzung von Kapital bedeutet —, so kann ebensowenig von einer Verschlechterung der Arbeiterlage gesprochen werden dadurch, daß ein Betrieb einen anderen infolge von Maschinenanwendung niederkonkurriert und damit dessen Arbeiter freisetzt, indem er das doppelte Produkt (2 X) mit gleicher Arbeiterzahl produziert: der Fall der zweiten Formel.

Mannstaedt nimmt an[60], zwei Unternehmer (A und B) erzeugten vor der Maschineneinführung jeder X Produkte mit je 100 Arbeitern. Die Formel würde lauten:

	Produkte	Arbeiter	Lohnfonds	Preis des Totalprodukts
A.....	X	100	100 000	110 000 \ 220 000
B.....	X	100	100 000	110 000 /

Schafft sich nun A eine Maschine an, mit der er bei gleicher Arbeiterzahl 2 X Produkte erzeugen kann, und verkauft er sein Gesamtprodukt billiger als B, so scheint er in der Lage zu sein, B ganz zu verdrängen und damit zwar nicht Arbeiter im eigenen Betrieb freizusetzen, aber B zu zwingen, seine Arbeiter zu entlassen.

Wird angenommen, A verbillige seine 2 X Produkte um 35 bis 40 Prozent, also um etwa 60 000, so lautet die Formel:

	Produkte	Arbeiter	Lohnfonds	Preis des Totalprodukts
A.....	2 X	100	100 000	160 000

Der Gewinn des A beträgt dann statt 10 000 60 000, er hat also einen Mehrgewinn von 50 000. Die Gesamtheit der Konsumenten erspart ebenfalls beim Kauf der 2 X Produkte, die früher 220 000 kosteten, 60 000. Wird weiter angenommen, B verschleudere seine X Produkte zu 60 000, dann hat er, abzüglich seines üblichen Gewinns von 10 000, ebenfalls 50 000 zur Verfügung. „Verwendet A seinen Mehrgewinn zur Produktion irgendwelcher Dinge, die von den Konsumenten mit Hilfe ihrer jährlichen Er-

[60] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 55/56.

sparnisse erstanden werden, so kann er außer seinen 100 Arbeitern noch 50, die er von B übernimmt, beschäftigen. Für die Ausdehnung seiner Produktion verwendet A 50 000 M.; verkauft er die Waren mit 10 Prozent Nutzen, so kosten sie 55 000 M., und die Konsumenten behalten von ihren gesamten Ersparnissen von 60 000 M. noch einen Rest von 5000 M. B wird ebenfalls sein Kapital nutzbringend verwerten und entweder selbst oder vermittels anderer Unternehmer der Produktion dienstbar machen. Sein Kapital von 50 000 M. kann den Rest seiner Arbeiter beschäftigen. Als Käufer seiner Waren treten auf erstens die Konsumenten mit 5000 M., zweitens A mit 50 000 M., seinem jährlichen Mehrgewinn.

Die Arbeitsgelegenheit hat sich also durch die Produktivitätssteigerung des A in keiner Weise verringert. Sämtliche Arbeiter des B sind wieder in Lohn genommen; es hat auch in diesem Falle nur eine Verschiebung stattgefunden. Schaden hat nur der Unternehmer B erlitten[61]."

Die neue Maschinerie bewirkt also, weil sie jährliche Ersparnisse an Produktionskosten ermöglicht, eine Erweiterung der Nachfrage nach Produkten und damit nach Arbeitskräften. Ferner hat, wenn das alte Kapital „wiedergeboren" wird (d. h. nach Marx, in der vervollkommneten technischen Gestalt wiedergeboren wird, worin eine geringe Menge Arbeit genügt, eine große Maschinerie zu kommandieren) — ferner hat also zur Herstellung des neuen konstanten Kapitals der Reservefonds des alten abgenutzten gedient, nicht der Lohnfonds; folglich ist das bisherige variable Kapital unverändert und wird, wenn nicht in dem einen Betrieb, so doch in einem anderen, Arbeiter beschäftigen; irgendwo tritt es als Käufer von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt auf[62].

*

Diese Gedankengänge werden unterstrichen und erweitert von Muhs, einem Marxkritiker jüngster Zeit, den wir schon im einleitenden Teil heranzogen.

Was in der bisherigen Kritik an der Freisetzungstheorie bereits indirekt ausgesprochen wurde, bringt Muhs auf Grund seiner immanent-kritischen Methode in eine Form der direkten Kritik an der Marxschen Grundprämisse: dem reinen Kapitalverhältnis. Er stellt diese Prämisse dem scheinbar unlöslichen Widerspruch

[61] Mannstaedt, a. a. O., S. 55.
[62] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 57/58.

zwischen den Verwertungs- und Realisationsbedingungen des Kapitals gegenüber. Er meint, dieser Widerspruch, dem Marx nur das „klägliche Argument" der unausgesetzten Überproduktion gegenüberstelle, löse sich nur, wenn die Anteilnahme der übrigen Gesellschaftsklassen am Sozialprodukt Berücksichtigung fände, die Prämisse also fallen gelassen werde[63].

Während die Kompensationstheorie in ihrem Kaufkraftsteigerungsproblem die Marxsche Prämisse nur unbewußt fallen ließ — entsprechend ihrer deduktiven Methode —, tut es Muhs bewußt. Diese Feststellung ist wichtig für die spätere Kritik der erweiterten Freisetzungstheorie an der Kompensationstheorie, für den Meinungsstreit zwischen beiden Theorien, der, wie schon ausgesprochen, wesentlich auf der methodologischen Differenzierung beruht.

Aus ähnlichen Erwägungen wie Mannstaedt kommt Muhs nun zur Notwendigkeit der Kompensation, indem er die Steigerung der Arbeitskapazität der maschinellen Produktion in den Vordergrund der Untersuchung rückt.

Trotz seiner ausdrücklich ablehnenden Stellungnahme zur statistisch-empirischen Methode wird er aber selbst zum Statistiker, indem er zunächst den „Statistiker" Marx, der dieser nie gewesen ist[64], widerlegt[65], und daraus folgert, daß die theoretischen Argumente, aus denen Marx die Konstruktion der industriellen Reservearmee ableitet, ebenfalls brüchig sein müssen, sich nicht verifizieren lassen können.

Die bisherigen Ergebnisse der Kompensationstheorie sind vielmehr zu unterstreichen: „Die empirisch-statistische Beweisführung zur Freisetzung der Arbeit durch das Kapital ist also völlig gescheitert. Sie hat im Gegenteil zu dem Resultat geführt, daß die Kapazität der Industrie an Arbeitskraft mit der Verwendung der Maschinerie zuwächst; das konstante Kapital setzt das variable nicht frei, sondern mit der Akkumulation des konstanten Kapitals steigt die Akkumulation des variablen, dehnt sich die aktive Arbeiterarmee aus[66]."

Die Betrachtung der kompensierenden Wirkung der Arbeitskapazität gewinnt aber bei Muhs eine neue Beleuchtung dadurch, daß er sie ins Verhältnis zur allgemeinen Bevölkerungsvermehrung bringt und damit einen Standpunkt erreicht, der dem Inhalt

[63] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 10/11.
[64] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 47/48.
[65] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 466—68.
[66] Muhs, a. a. O., S. 468.

des vierten Hauptsatzes der Marxschen Freisetzungstheorie in unserer Darstellung und dem darin enthaltenen Populationsgesetz diametral entgegengesetzt ist.

c) Arbeitskapazität und „Populationsgesetz"

Wenn Marx im Gegensatz zu den Gedanken des ehernen Lohngesetzes die Tendenz zur Gravitation des Arbeitslohns zum natürlichen Preis der Arbeit auf den Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und die entsprechende Bildung der industriellen Reservearmee zurückführt, so ist es klar, daß die Abnahme des variablen Kapitals nur unter der Bedingung mit der Entstehung einer industriellen Reservearmee gleichbedeutend ist, daß die Aufnahmefähigkeit der gesamten Produktion an zusätzlicher Arbeitskraft hinter der allgemeinen Bevölkerungsvermehrung zurückbleibt[67].

Eine solche Minderung der Arbeitskapazität ist aber mit der nur relativen Abnahme des variablen Kapitals keineswegs ohne weiteres gegeben, da nämlich — was auch Marx zugibt — die relative Abnahme des variablen Kapitals seine absolute Zunahme nicht ausschließt.

Wenn auch infolge des Fortschritts der kapitalistischen Produktivität die Maschine mehr und mehr Arbeiter einspart, so resultiert aus dieser Entwicklung doch gleichzeitig eine derartige Ausdehnung der Produktion, daß innerhalb der Gesamtwirtschaft die Kapazität des Produktionsprozesses an menschlicher Arbeitskraft im allgemeinen der Vermehrung der Arbeiterklasse zu folgen vermag[68].

„Indem die Produktion die nationalwirtschaftlichen Schranken ihrer Absatzmärkte sprengte, die Produktion für den Weltmarkt eine stets wachsende Ausweitung erfuhr, befreite sich die Industrie von den letzten Hemmungen, die die natürlichen Grenzen ihrer eigenen Produktions- und Bevölkerungsbedingungen ihr bis dahin auferlegten, schuf sie sich schlechthin unbegrenzte Entfaltungsmöglichkeiten[69]."

Die der kapitalistischen Entwicklung immanente Tendenz zur Akkumulation, zur Ausdehnung und Intensivierung der Produktion, erzwingt stets aufs neue die Investition zusätzlicher Ka-

---

[67] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 197.
[68] Vgl. Muhs S. 198/99, a. a. O.
[69] Muhs, a. a. O., S. 199.

pitalsmassen, mit der die Investition menschlicher Arbeitskraft wenn auch nicht parallel läuft, so doch ebenfalls ständig wächst.

Marx sagte, daß die Arbeiterklasse mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation gleichzeitig im wachsenden Umfange die Mittel ihrer eigenen Überzähligmachung produziere, und daß dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz sei, das unabhängig ist von der wirklichen Bevölkerungsvermehrung[70].

Marx schaltet also die wirkliche natürliche Bevölkerungsbewegung aus. Zieht man nun in Erwägung, daß die industrielle Reservearmee sich nur dann zu bilden und auszudehnen vermag, wenn das Wachstum der Gesamtarbeiterbevölkerung die Kapazität der gesellschaftlichen Produktion an Arbeitskraft überschreibt, so ergibt sich für Muhs folgendes[71]:

Das Problem ist von Marx nicht mit der genügenden Schärfe analysiert worden. Die Spaltung der Abnahme des variablen Kapitals und damit der aktiven Arbeiterarmee in relative und absolute kann nur dann zu einer wirksamen Argumentation für das Entstehen der industriellen Reservearmee führen, wenn die Notwendigkeit der absoluten Überzähligmachung aus dem Akkumulationsprozeß als eine permanente Erscheinung abgeleitet werden kann. Das Phänomen der relativen Abnahme des variablen Kapitals, soweit diese eine absolute Zunahme der beschäftigten Arbeitskraft nicht ausschließt, ist für die Problematik der industriellen Reservearmee durchaus unwesentlich[72]. Erst wenn die relative Abnahme ein Ausmaß erreicht, das zugleich eine absolute Abnahme des variablen Kapitals bewirkt, wird sie ein Kriterium des Problems. Der Begriff der absoluten Reduktion ist aber exakt aufgefaßt, praktisch unanwendbar[73], denn er würde besagen, daß seit der Einführung des Kapitals die Zahl der Arbeiter für die gesamte Folgezeit auf die Dauer eine Abnahme erfahren hätte.

Der Begriff der absoluten Reduktion muß demnach eine Interpretation erfahren, die von seinem tatsächlichen Inhalt abweicht, eine Interpretation, die Marx nicht gegeben hat, und deren Notwendigkeit er sich augenscheinlich nicht bewußt gewesen ist, da er diesen Begriff überhaupt völlig undefiniert läßt.

Die absolute Reduktion kann — nach den bisherigen Aus-

[70] Vgl. S. 35/36 dieser Arbeit.
[71] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 468 ff.
[72] Bei Muhs gesperrt.
[73] Bei Muhs gesperrt.

führungen — nur dann aktuell werden, wenn die relative Abnahme der beschäftigten Arbeiter die absolute Zunahme auf eine Größe beschränkt, die kleiner ist als die Zunahme der Arbeiterbevölkerung. Der Begriff der absoluten Reduktion schlägt also um in den Begriff einer relativ geringeren Zunahme der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur Zunahme der Arbeiterbevölkerung.

Wenn also diese Bevölkerung stärker wächst als der Arbeitsbedarf, so ergibt sich eine im Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung geringere Zunahme der beschäftigten Arbeiter.

Durch diese Wandlung des Begriffs der absoluten Reduktion der Beschäftigten zu dem ihrer relativ geringeren Zunahme — durch die Inbeziehungsetzung also der absoluten Reduktion zur Bewegung der Arbeiterbevölkerung — erfährt das Problem eine derartige Komplizierung, daß seine Lösung vom Aspekt des Kapitals aus undurchführbar wird. Bevölkerungsbewegung und Bildung der industriellen Reservearmee verlaufen ohne jeden Zusammenhang, sind zwei voneinander unabhängige, in sich beruhende Größen. Die Kapazität des Kapitals ist technisch ökonomisch bedingt, die Bevölkerungsbewegung aber wird reguliert durch organische, physiologisch-psychologische Faktoren.

„Demgemäß ist das Problem der industriellen Reservearmee als Kausalproblem von einem ausschließlich ökonomischen Aspekt (von dem des Kapitals) aus überhaupt nicht zu stellen, es sei denn, daß man ein Funktionsverhältnis zwischen der Beschäftigungskapazität des Kapitals und der natürlichen Bewegung der Bevölkerung konstruiert und das Postulat erhebt, daß jene sich gemäß der Bevölkerungsvermehrung ausdehnen muß[74]."

Das hieße aber, an jedes Produktionssystem die Forderung stellen, die zuwachsende Bevölkerung zu beschäftigen[75], gleichgültig, wie hoch sich der Intensitätsgrad ihres Wachstums bemißt. „Das ist aber ein in sich unmögliches[75] Postulat, weil die Dynamik technisch-ökonomischer Phänomene nicht derjenigen natürlich-organischer subordiniert werden kann[76]."

Trotz dieser Erkenntnis wird von Muhs die Einwirkung der Größenbewegung des Kapitals auf diejenige der industriellen Reservearmee nicht bestritten. Er stellt dieser Einwirkung von der einen Seite aber die Einwirkung von der anderen Seite gegenüber, die Marx seiner Ansicht nach ignoriert habe.

[74] Muhs, a. a. O., S. 469/70.
[75] Sperrungen im Original.
[76] Muhs, a. a. O., S. 470.

Nicht nur das langsame Wachsen des Kapitals entsprechend der Marxschen Alternative[77] bedinge eine relative Zunahme der industriellen Reservearmee, sondern auch jedes schnellere Wachstum der Bevölkerung wirke sich als relative Abnahme des Kapitals aus, und jede Verminderung der Bevölkerung bedeute eine relative Zunahme des Kapitals[78]. Es reflektiert nicht nur die Bewegung des Kapitals in der relativen Größe und Bewegung der Arbeiterbevölkerung, sondern auch diese Bewegung in der relativen Größe des Kapitals. Beide Größen stehen voneinander in wechselseitiger Abhängigkeit[79].

Wenn aber die stärkere Fortpflanzung der Arbeiterbevölkerung im Verhältnis zu den übrigen Bevölkerungsschichten zwar eine Tatsache der Erfahrung ist, so braucht sie noch nicht der Ausdruck eines der kapitalistischen Produktion eigentümlichen Populationsgesetzes zu sein. Die Geschichte der Bevölkerungsbewegung beweist dies[80].

Ebensowenig ist die Bevölkerungsbewegung in der Arbeiterklasse ausschließlich Resultat der ökonomischen Verhältnisse überhaupt, sondern hängt, wie Muhs ausführt, wesentlich mit der minder kulturellen und voluntarischen Entwicklung dieser Klasse zusammen. Inzwischen beginnt aber auch die Arbeiterklasse „ihre Fortpflanzung nicht den natürlichen[81] Auswirkungen der sexualen Triebkräfte zu überlassen, sondern sich vielmehr unter die Botmäßigkeit rationeller[81] Momente zu stellen. Daß die „vernunftgemäße" Regulierung der Fortpflanzung aber in Widerspruch zur Konstruktion jedes irgendwie gearteten „spezifischen Populationsgesetzes" einer spezifischen Wirtschaftsformation steht, ist offensichtlich[82].

Insofern also die Bevölkerungsbewegung einen Einfluß auf die Bewegung der industriellen Reservearmee ausübt, ist „ihre soziale und ökonomische Problematik ausschließlich vom Standpunkt der kapitalistischen Produktionsweise unlösbar"[83], die Konstruktion des Marxschen Populationsgesetzes verfehlt.

*

---

[77] Vgl. S. 35 dieser Arbeit.
[78] Unterstreichung (gesperrt) von mir.
[79] Vgl. Muhs, S. 470/71, a. a. O.
[80] Vgl. Muhs, 472/73.
[81] Sperrungen im Original.
[82] Muhs, a. a. O., S. 472.
[83] Muhs, a. a. O., S. 473, Sperrung im Original.

Liegen im Gegensatz zu Marx in dem Akkumulationsprozeß des Kapitals bereits die Tendenzen, die eine Freisetzung kompensieren, und ist das Marxsche Populationsgesetz als unhaltbar erkannt worden, so ergeben sich zwei weitere Folgerungen, deren eine geeignet ist, das Bild der Kompensationstheorie abzurunden, und deren andere gestattet, die soziale Stellung der Arbeiterklasse — auf Grund der Kompensationsgesetzlichkeit und im Einklang mit der Realität — in Verbindung zu bringen mit dem geschichtlichen Sammlungs- und Organisationsprozeß der Arbeiter, um damit eine abschließende Stellungnahme zur Marxschen Freisetzungs- und Verelendungstheorie zu geben.

Es wurde festgestellt, daß die Produktivitätssteigerung der kapitalistischen Produktion durch Einführung der Maschinerie eine bedeutende Erweiterung des Produktionsprozesses verursachte. Betriebskapital und Sparkapital — variables und konstantes Kapital — wuchsen in gleicher Weise. Mit steigendem Wachstum des Gesamtkapitals erhöht sich aber die Konkurrenz der Kapitale um die Anlagesphären, und daraus resultiert die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten, die — von Marx in ein Gesetz gefaßt — den Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß des Kapitals steigern soll, um damit gleichzeitig die der Akkumulationsgesetzlichkeit entsprechenden Wirkungen zu zeitigen.

Die Tendenz zum Profitausgleich stellt aber eine immanente Kritik an der Freisetzungstheorie dar.

d) Profitausgleich und Arbeitskapazität[84]

Der Ausgleich der Profitraten bzw. die Tendenz zu diesem Ausgleich wird, infolge der Konkurrenz der Kapitale um die Anlagesphären, dadurch bewirkt, daß Kapital aus der weniger lohnenden Anwendung zurückgezogen und in der lohnenderen Anwenndung angelegt wird. Dabei wechselt das Kapital notwendig seine Form. Bis zum Augenblick des Formwechsels befindet es sich in derjenigen organischen Zusammensetzung, welche durch die Technik der Betriebe erheischt wird, denen es entzogen wird. Bei seiner Investition in einem anderen, bisher lohnenderen Erzeugungszweig wird ihm abermals eine bestimmte organische Zusammensetzung vorgeschrieben.

Die Kapitalwanderung geht nun stets von den Orten höherer Zusammensetzung, und folglich geringerer Arbeitskapazität und

[84] Vgl. Heimann, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922.

geringerer Profitraten, nach den Orten niedrigerer Zusammensetzung, also höherer Arbeitskapazität und höherer Profitraten. Es liegt also im Wesen des Profitausgleichsprozesses, wachsende Fassungskraft des Marktes für Arbeitskräfte hervorzurufen[85].

Der Wettbewerb der Kapitalisten führt zu ständiger wechselseitiger Unterbietung auf dem Markte. Dieser Wettbewerb ist erträglich und überhaupt nur möglich, wenn technische Verbesserungen die Produktionskosten herabsetzen und also gestatten, neuen Maschinen diejenigen Aufgaben zu überweisen, welche bisher durch die teuren Arbeitskräfte erfüllt wurden[86].

Dieser Prozeß erzwingt, indem er Arbeiter freisetzt, durch die Verwandlung von Lohn- in Sachkapital gleichzeitig ein dauerndes Sinken der Profitrate. Diese dynamischen Verschiebungen zum Sachkapital hin, die zur Freisetzung und zum Sinken der Profitrate führen, gehen stoßweise, bald hier, bald dort, vor sich. Immer da, wo gerade der technische Fortschritt auftritt. Sie treten also völlig planlos auf und stören unaufhörlich das kapitalistische Gleichgewicht, welches an die Gleichheit der Profite in den Produktionspreisen geknüpft ist.

Unaufhörlich ist aber auch Kapital unterwegs, um das Gleichgewicht wiederherzustellen: das statische Gesetz wirkt dem dynamischen entgegen und auf einen Ruhezustand hin. Dabei geraten die beiden Gesetze natürlich miteinander in Konflikt. Das dynamische setzt Arbeiter frei, das statische zieht sie wieder in den Arbeitsvorgang hinein. Je stärker die dynamische Tendenz, desto stärker die Gegenwirkung durch Profitausgleichung. So verhängnisvoll also auch die Freisetzung für die Betroffenen sein mag, volkswirtschaftlich handelt es sich stets nur um eine Übergangserscheinung, eine Übergangsschwierigkeit, weil, gleichzeitig mit der Tendenz zum Profitausgleich, durch die Verbilligung der Produktion, und damit der Produkte, Kaufkraft auf der Nachfrageseite freigesetzt wird und eine zusätzliche Nachfrage entfaltet[87].

Wenn auch die tatsächliche Gleichheit der Profitraten nie erreicht werden kann, so bleibt immer das Streben zum Ausgleich bestehen, d. h. der Umstand, daß der Wettbewerb um die Anlagesphären die Kapitalien, besonders die neu hinzukommenden, nach der Höhe der Profite zu verteilen sucht, diese also auszugleichen strebt.

---

[85] Vgl. Heimann, a. a. O., S. 31/32.
[86] Vgl. Heimann, a. a. O., S. 32.
[87] Vgl. Heimann, a. a. O., S. 33/34.

Das statische Ziel wird nie erreicht, der Prozeß der „Statisierung“[88] durch stets neu auftretende dynamische Profite gestört. Die Tendenz zum Profitausgleich, als im Begriff des Wettbewerbes liegend, bleibt aber logische Notwendigkeit und löst ständig die Wirkungen aus, die zur Kompensation führen[89].

*

In der Unterschätzung, ja Verkennung der steigenden Arbeitskapazität der sich erweiternden kapitalistischen Wirtschaft liegt demnach der Hauptfehler der Marxschen Freisetzungstheorie. Würde die Marxsche Analyse auch nur im entferntesten in der ökonomischen Wirklichkeit Bestätigung gefunden haben, „dann würde die kapitalistische Produktion schon längst zum Teufel gejagt worden sein, wohin sie dann auch gehörte“[90].

Die Analyse des Produktions- und Zirkulationsprozesses[91] auf der Grundlage des Marxschen Systems mußte aber im Sinne der erwähnten Auffassung scheitern an dem inneren Zwiespalt der Grundgesetze dieses Systems wie auch an dem Widerspruch zur Realität der Ökonomie: die kontinuierliche Vermehrung des variablen Kapitals, erheischt durch die wirklichen Bedingungen der Akkumulation, widerspricht dem Gesetz von der industriellen Reservearmee[92].

„Insgesamt ist also festzustellen, daß die kapitalistische Produktion aus sich heraus, aus dem ihr immanenten Trieb zur unausgesetzten Erweiterung der Produktion, das Gegenmittel zur Abwehr der Freisetzung geschaffen[93],“ und daß die Kompensationsnotwendigkeit mit allen Folgen für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sich in der Wirklichkeit bestätigt hat.

Diese Bezugnahme auf empirische Tatbestände als Mittel der Verifikation ökonomisch als notwendig erkannter Entwicklungszusammenhänge, die in diesen Gedankengängen des öfteren Erwähnung fand, wird — wie sich bereits aus der Grundlegung logisch ergeben mußte — durch die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee eine wesentliche Kritik erfahren. Diese Kritik dürfen wir uns aber nicht dadurch erleichtern, daß Zusammenhänge hier ausgelassen werden, die auch im Rahmen

[88] Von Muhs als Schumpeterscher Begriff charakterisiert.
[89] Vgl. Heimann, a. a. O., S. 60, Anm. 137.
[90] Muhs S. 549, Anm. 766.
[91] ... deren Funktionszusammenhänge wesentlich von der Transformation des Mehrprodukts in Kapital bestimmt werden.
[92] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 400.
[93] Muhs S. 478.

der Marx-Kritik bereits erkannt wurden, und die geeignet sind, einerseits eine Brücke von der „reinen" zur „politischen" Ökonomie zu schlagen, andererseits eine abschließende Stellungnahme zur Marxschen Freisetzungs- und Verelendungstheorie zu geben.

e) Produktivitätssteigerung und Arbeiterstandard; die Wirkung der Arbeiterorganisation

Die Beantwortung der in den verschiedensten Versionen immer wiederkehrenden Frage: Macht oder ökonomisches Gesetz?, die, als Grundlage des Konflikts zwischen politischer und reiner Ökonomie, in einem besonderen Sinne das letzte Ziel dieser Arbeit ist, führt uns auch zum Schluß dieses 1. Teils der Untersuchung.

Es kann nicht bestritten werden — darin sind sich Marx und ein Teil der Marx-Kritik einig —, daß die Einschränkung der freien Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die wachsende Organisation der Arbeiterklasse sich innerhalb der ökonomischen Gesetzmäßigkeit[94] auf das Arbeitsverhältnis auswirken muß — sei auch diese Gesetzmäßigkeit so, wie Marx sie sieht, oder so, wie die Kompensationstheorie sie sieht.

Die Steigerung der Produktivität des Produktionsprozesses genügt noch nicht, die Hebung des Arbeiterstandards zu erklären. Die Vermehrung der Produktionsmasse stellt lediglich die ökonomische Plattform dar, von der der Lohn abspringen kann, von der aus die unmittelbaren Agenzien der Lohnbewegung nunmehr in Wirksamkeit treten müssen[95].

Die Verkennung des Umstandes des Machteinflusses der Arbeiterorganisation hat nach Muhs bedeutende Vertreter der sozialwissenschaftlichen Theorie irregeleitet. Das erfahrungsgemäß unbestrittene Steigen des Arbeitseinkommens wurde von ihnen unmittelbar mit der Produktivität in Verbindung gebracht. So hat Dietzel die Auffassung vertreten, daß die Bewegung der volkswirtschaftlichen Produktivität die oberste und unmittelbare Ursache der Gestaltung des Lohnniveaus sei; daß der Lohn mit der Produktivität falle und steige[96]. Noch eindeutiger ist die Ansicht Ad. Webers, daß man die ökonomische Hebung des Arbeiterstandards nicht auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zu-

[94] Vgl. Zwiedinek, „Macht oder ökonomisches Gesetz, in Schmollers Jahrbuch, 49. Jg., 2. Heft, S. 19. und G. d. S. 4. Abteilung, 1. Teil, S. 389.

[95] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 204.

[96] Vgl. Dietzel, Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit, S. 86.

rückführen dürfe, sondern daß diese Hebung unmittelbare Folge der Produktivitätssteigerung sei[97]. Die Geschichte des englischen Frühkapitalismus mit großer Produktivität und niedrigsten Löhnen dürfte dieser Gesetzmäßigkeit klar widersprechen[98].

Nach Muhs muß aber auch eine reine Markttheorie von Angebot und Nachfrage, die von der Wirksamkeit jeglicher Machtfaktoren abstrahiert, am Problem der Arbeitslosigkeit scheitern. Im strengen Sinne der Markttheorie könnte sich eine Lohnsteigerung nur unter der kaum gegebenen Voraussetzung durchsetzen, daß die zuwachsende Nachfrage — besonders die Konjunkturnachfrage — den gesamten gesellschaftlichen Vorrat an Arbeitskraft absorbiert; sonst müßte der verbleibende Rest den Lohn wieder drücken. Die Theorie des reinen Spiels von Angebot und Nachfrage hätte zur Folge, daß stets der letzte nachgefragte Arbeiter für die Lohnhöhe entscheidend ist. Dieser letzte Arbeiter ist aber stets beschäftigungslos[99].

Ist nach Muhs dadurch die reine Markttheorie in ihrem Erklärungswert eingeschränkt, so ist damit aber gleichzeitig die Marxsche Akkumulations- und Freisetzungsgesetzlichkeit wiederum als irrig erkannt, denn, obgleich das Phänomen der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft schon in diesem rein markttheoretischen Sinne[100], erst recht aber im Marxschen Sinne, ein solches dauernder Art ist[101], konnte sich eine dauernde Hebung des Arbeiterstandards durchsetzen[102, 103].

Diese Erkenntnis des dem Marxschen System scheinbar eigenartigen Dualismus mache es möglich, mit der Freisetzungstheorie die Verelendungstheorie, in Einklang mit der Realität, ad absurdum zu führen.

---

[97] Vgl. Ad. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, S. 404 ff.
[98] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 529, Anm. 419.
[99] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 208.
[100] Vgl. das Beispiel des letzten Arbeiters.
[101] Vgl. Muhs, a. a. O., S. 430, Anm. 426.
[102] Vgl. die ausführlichen Bemerkungen Muhs' S. 531/33.
[103] Wir werden diesen Gedanken übrigens, allerdings mit einer ganz anderen Begründung, auch in der Oppenheimerschen Kritik an der Freisetzungstheorie wiederfinden.

ZWEITER HAUPTTEIL

Die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee

Im ersten Hauptteil unserer Untersuchung hatten wir der Marxschen Freisetzungstheorie die Kompensationstheorie gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung mit ihrer Kritik der Freisetzungstheorie durch die Kompensationstheorie hat zu dem Ergebnis geführt, daß, nach Ansicht der Kompensationstheoretiker, die Marxsche Freisetzungs- und Verelendungstheorie als überwunden zu gelten hat.

Dieses Ergebnis kann aber — wie wir aus der Grundlegung wissen — kein endgültiges sein, da die Kritik sich auf einer anderen methodologischen Grundlage bewegte und somit zur positiven Theorie wurde, die wiederum unter Anerkennung ihrer eigenen Grundlagen logisch nicht zu widerlegen ist. Gelingt es aber, diese Grundlagen wirksam zu kritisieren und gleichzeitig die Grundlagen der Freisetzungstheorie zu verifizieren durch eine logische Erfassung des Systemzusammenhangs und die Erkenntnis der universalhistorischen Bedingtheit empirischer Erkenntnis, so muß sich eine Entscheidung über den Geltungswert der Kompensationstheorie herbeiführen lassen.

An dem Material eines Theorienkomplexes, den wir die erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee nennen, werden wir versuchen, die Kompensationstheorie zu kritisieren, die Freisetzungstheorie und die Theorie der Surplusbevölkerung dagegen in diesem Sinne der Auswertung empirischer Erkenntnisse zu verifizieren.

Wir gehen dabei so vor, daß wir an Hand der Theorie, die in diesem Teil im wesentlichen Sternberg vertritt, und die wir die erweiterte Freisetzungstheorie nennen, eine Kritik an der Kompensationstheorie geben, dieser Kritik eine Antikritik durch Oppenheimer folgen lassen, und daran die Wandlung der erweiterten Freisetzungstheorie zur Theorie der Surplusbevölkerung schließen, die ihrerseits wieder eine Kritik an Oppenheimer enthält.

Damit ist es uns gleichzeitig möglich, unsere Absicht fortzuführen, bei der Untersuchung über die Entstehungsgründe der Arbeitslosigkeit allmählich von den einzelnen Entstehungsgründen, die teilweise — so von Marx und Oppenheimer — als die einzigen dargestellt werden, zu dem Komplex von Störungsfaktoren zu kommen, die, in ihrer Mannigfaltigkeit, ihrer wechselseitigen Beeinflussung und teilweisen Unabhängigkeit, die Bildung der industriellen Reservearmee beeinflussen.

Eine umfassende Betrachtung bleibt allerdings aus methodischen Gründen dem dritten Hauptteil vorbehalten.

I. ABSCHNITT

Die erweiterte Freisetzungstheorie, eine Kritik an der Kompensationstheorie

Auch hierzu bedarf es noch einer kurzen Vorbemerkung. Die erweiterte Freisetzungstheorie erhebt nicht den Anspruch auf Geschlossenheit. Sie versucht aber in ihrer Kritik an der Kompensationstheorie dadurch Wesentliches zum Problem der Arbeitslosigkeit beizutragen, daß sie in der Frage der Problemstellung, der Daten der Untersuchung und in der Frage der Problemlösung, der logischen Konstruktion, klärend in den Methodenstreit zwischen der bürgerlichen oder reinen und der politischen Ökonomie eintritt.

Wir fragten im einleitenden Teil mit Löwe: „Was bedeutet Arbeitslosigkeit als Erkenntnisbegriff der ökonomischen Theorie?“ und hoben dort den Tatbestand der wirtschaftlichen Erfahrung als Begriffsmerkmal hervor.

Die Notwendigkeit des Bestehens einer industriellen Reservearmee schien aber nicht nur von der Kompensationstheorie theoretisch widerlegt, es schien auch die Wirklichkeit diese Theorie zu verifizieren. Die erweiterte Freisetzungstheorie baut auf der Marxschen Theorie auf. Sie muß ihrer Untersuchung über Problemstellung und Problemlösung daher eine systemgemäße Erklärung des zeitweiligen Nichtbestehens der industriellen Reservearmee und der Ausschaltung der Marxschen Gesetzlichkeit voranschicken.

1. Kapitel: Die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie

a) Der nichtkapitalistische Raum

Die Tatsache, daß die industrielle Reservearmee im 19. Jahrhundert nicht zugenommen hat, im Gegenteil, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter immer mehr zugenommen hat, ist, nach Sternberg, als solche nicht strittig. In ihrer Erklärung trennt sich aber die bürgerliche Kompensationstheorie vom Marxismus, sie trennt sich hier wie in allem von ihm, da sie in der Kompensation nicht eine einmalige, historische, sondern eine sich unter allen Voraussetzungen durchsetzende Angelegenheit sieht[104].

Für Sternberg, wie schon vorher für Rosa Luxemburg (Die Akkumulation des Kapitals) und Hilferding (Das Finanzkapital), ergibt sich die Grundlage der Erklärung für die Tatsache der Kompensation und ihre Folgeerscheinungen daraus, daß wir bisher noch keinen „reinen" Kapitalismus haben, daß ein Faktor noch existent ist, dem die Kompensationstheorie nicht die genügende Beachtung geschenkt hat: der nichtkapitalistische Raum.

Der Kapitalismus hat im 19. Jahrhundert in mannigfacher Weise eine extensive Erweiterung erfahren[105]:

Erstens: Der eigene, binnenländische, vorkapitalistisch produzierende Raum der kapitalistisch vorgeschrittenen Länder Europas wurde in immer größerem Umfange durchkapitalisiert. Damit wurde in diesen Staaten der Kapitalismus nicht nur die vorherrschende, sondern die fast allein herrschende Wirtschaftsform mit einer heute annähernd rein kapitalistischen Produktionsweise. Diese Entwicklung gibt den Anstoß zu neuer Erweiterung, denn

Zweitens hat der Kapitalismus seine eigene Produktionsweise in Territorien getragen, die vorkapitalistisch produzierten, aber politisch von den kapitalistischen Staaten beherrscht wurden (Indien, Ägypten).

Drittens wurden Gebiete für kapitalistische Produktionsweise erschlossen, die sich ihre politische Souveränität erhielten (wie Japan).

---

[104] Vgl. Sternberg: Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 59. Bd., 2. Heft, S. 346. Vgl. auch für die folgenden Ausführungen über den nicht-kapitalistischen Raum und die Schonzeit, wo nicht besondere Quellenangabe: Sternberg, Imperialismus, 1. u. 2. Kapitel.

[105] Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 348 ff.

Viertens wurde der Kapitalismus in Gebiete getragen, in denen vorkapitalistische Wirtschaftsformen in größerem Umfange nicht bestanden, oder in denen überhaupt keine Produktionsweise bestand, da sie kaum besiedelt waren (U. S. A., Südamerika, Kanada, Australien).

Aus diesem Vordringen in nichtkapitalistische Räume ergeben sich für die Erklärung der zeitweisen Kompensation der industriellen Reservearmee im europäischen Kapitalismus verschiedene Argumente.

Während sich im ersten und dritten Falle die für eine Kompensation günstigen Faktoren ziemlich die Waage halten mit solchen, die in ihrer Wirkung eine Kompensation beeinträchtigen, ergeben sich aus der kapitalistischen Expansion im zweiten und vierten Falle wesentliche Folgen für die Erklärung der Kompensation.

Die Durchkapitalisierung der Territorien, die vorkapitalistisch produzierten und die ihre Souveränität an die Staaten des imperialistischen Kapitalismus[106] verloren, hatten eine Verringerung der europäischen industriellen Reservearmee zur Folge. Sternberg versucht, dies an dem Beispiel England-Indien zu zeigen[107].

Wie in Europa, so wurde auch in Indien durch Einsetzen großindustrieller Produktion ein großer Teil des Handwerks expropriiert. Während aber in Europa die so freigesetzten Handwerker der Industrie als „freie" Arbeiter zuströmten, wurden sie in Indien zunächst politisch gezwungen, aufs Land zu gehen, weil es nicht im englischen Interesse lag, daß sich dort eine einheimische Industrie bildete.

Die Folge für die englische Textilindustrie z. B. war, daß, trotz der in dieser Industrie herrschenden Tendenz zu immer höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals, die englische Textilindustrie mehr Arbeiter beschäftigen konnte, da die Niederkonkurrierung des indischen Handwerks eine große Marktausweitung bedeutete. Die Kompensation im englischen Inlande konnte vorübergehend Tatsache werden.

Ebenso wirkte die Durchkapitalisierung Gesamtamerikas durch die Aufnahme sowohl eines Teils des in Warenform akkumulierten Kapitals, als auch eines erheblichen Teils der Surplusbevölkerung. Nach Sternberg seien diese Tatsachen so klar, daß sie keiner weiteren Ausführung bedürften.

---

[106] Der Sternbergsche Begriff des imperialistischen Vorstoßes muß im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden.

[107] Vgl. Imperialismus S. 454 ff.

Wir führen hierzu jedoch noch das neueste auf diesem Gebiet Veröffentlichte an, das noch in diese Arbeit hineingenommen werden konnte.

Die Prosperität der Vorkriegswirtschaftsepoche fand bekanntlich ihren wesentlichen Niederschlag in der Kapitalgüterproduktion. Diese Kapitalgüter wanderten als „Ergebnisse der industriewirtschaftlichen Produktivität" der kapitalistisch-industriellen Staaten in die Agrarländer und finanzierten eine inländische Einfuhr, welche die Erhaltung des sehr erheblichen Bevölkerungszuwachses ebenso ermöglichte wie die Beschäftigung, also Kompensation der industriellen Reservearmee[108].

Es waren die sachlichen Voraussetzungen für die Konzentration fast der gesamten wirtschaftlichen Produktivität und Produktivitätsfortschritte auf die Produktionsmittelerzeugung vorhanden[109].

„Die Vorkriegswirtschaft hat in der Form, wie sie charakterisiert werden mußte: als überwiegende Produktivgütererzeugung nur bestehen können auf der Grundlage eines ungewöhnlichen, historisch einmaligen Marktes[110] für einen solchen Produktivgütermassenbedarf. Es war die große Reihe der unmündigen Agrarländer und Kolonialvölker, welche danach streben mußten, an den Errungenschaften einer hochkapitalistischen Wirtschaftsverfassung teilzunehmen und nicht nur teilzunehmen, sondern diese Wirtschaftsverfassung auch von sich aus zu verwirklichen, sich mit ihr selbständig zu machen[111]."

Aus der Kompensation der industriellen Reservearmee in den europäischen Staaten durch die dargestellte imperialistische Expansion des Kapitalismus in den nichtkapitalistischen, außereuropäischen Raum ergibt sich aber auch die Erklärung jener zweiten Tatsache, die eine Verifikation der Kompensationstheorie zu sein schien: der ständigen Hebung des Lebensstandards der europäischen Arbeiterschaft.

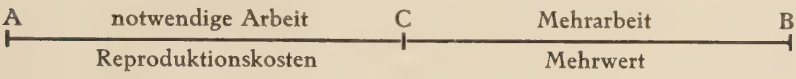
b) Die „Schonzeit"

Die Arbeiterschaft steht in der imperialistischen Phase des historischen Verlaufs des Kapitalismus nicht auf den Reproduk-

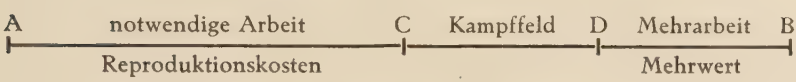
[108] Vgl. hierzu Wilken, a. a. O., S. 14.
[109] Vgl. hierzu Wilken, a. a. O., S. 16.
[110] Unterstreichung (gesperrt) von mir.
[111] Wilken, a. a. O., S. 17.

tionskosten der Arbeitskraft der Marxschen Theorie, sondern weit darüber. Zur Veranschaulichung dient folgendes Schema[112]:

1. Die Marxsche Linie des Arbeitstages



2. Die Sternbergsche Linie des Arbeitstages



Zwischen die notwendige Arbeit im Marxschen Sinne und die Mehrarbeit schiebt sich also in der Phase des imperialistischen Vorstoßes ein Kampffeld: C — D, innerhalb dessen die Arbeiterschaft durch machtpolitische Mittel eine Steigerung der Löhne durchsetzen kann. Zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses ist nur notwendig, daß es überhaupt Mehrarbeit gibt (D — B) und daß der Arbeiter „frei" bleibt, d. h. nicht akkumulieren kann. Dies ist aber auch der Fall, wenn er auf A — D steht[113].

Man hat gefragt, ob nicht die Festsetzung der A—D-Linie eine willkürliche sei, ob nicht die Löhne auch wesentlich über diesen Grenzpunkt D hinaus steigen könnten, damit also auch die Akkumulation des Kapitals störten und das Kapitalverhältnis bedrohten.

Im Sinne des Marxschen Systems gibt Sternberg hierauf folgende Antwort[114]: Der Arbeitslohn kann nur steigen bis zu der Grenze, über der der Arbeiter selbst anfangen kann, zu akkumulieren, wodurch im Bruch $\frac{\text{Kapital}}{\text{Arbeit}}$ der Nenner verringert werden könnte. An diesem Punkt ist die Grenze. Hier schlägt die Quantität in die Qualität um. Dabei ist die Alternative aber nicht so, daß die Arbeiterschaft diese Grenze nicht überschreitet, weil das Kapital sonst aufgehört hätte, zu akkumulieren[115], sondern das Kapital hat auch während des Prozesses der Verschiebung der Lohnlinie nach D hin seine Arbeiterschaft gehindert, die Grenze

[112] Imperialismus S. 65.
[113] Vgl. Imperialismus S. 65.
[114] Vgl. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 357.
[115] Vgl. die Marxsche Alternative, S. 35 dieser Arbeit.

zu überschreiten, indem es denselben Faktor, der die Schonzeit ermöglichte, die Kapitalexpansion durch Kapitalexport, zu einem Faktor der Schaffung von neuer Surplusbevölkerung machte und damit der Verringerung des Nenners im Bruch $\frac{\text{Kapital}}{\text{Arbeit}}$ eine Verringerung des Zählers gegenüberstellte.

Wir gehen auf diesen Entstehungsfaktor von Surplusbevölkerung im 2. Kapitel des 2. Abschnitts noch ein. Er mußte hier schon gestreift werden, da er zu den Begriffsmerkmalen der Sternbergschen Schonzeit gehört.

Die in der Schonzeit stattfindende Kompensation oder Überkompensation der freigesetzten Arbeitskräfte hat, wie wir sahen, eine Hebung des Arbeiterstandards, entsprechend der Verschiebung der Lohngestaltung, zur Folge.

Damit ist aber nicht nur eine Erklärung für die Tatsachen der Kompensation und der Verbesserung der Arbeiterlage gegeben, diese Tatsachen wirkten auch, nachdem sie einmal eine Zeitlang da waren, in derselben Richtung weiter. Dies beruht, wie wir schon bei der Behandlung der Kompensationstheorie sahen, auf den Zusammenhängen zwischen der industriellen Reservearmee und der Gestaltung des Reallohns. Weil die Reservearmee in einer gewissen historischen Phase nicht stieg, sondern abnahm, war in dieser Phase — besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts — eine ständig steigende Lohnkurve möglich.

Diese steigende Lohnkurve konnte folgende weitere Wirkung zeitigen: Stieg der Lohn des Arbeiters wesentlich, so war infolge gleichzeitiger Konsumsteigerung die Anlage großer Kapitalien im Inland unter Realisierung des Durchschnittsprofits möglich. Diese Neuinvestierungen bieten die Möglichkeit, große Arbeitermassen zu beschäftigen. Da also infolge des Einbruchs in vorkapitalistische Territorien nicht Zug um Zug dort koloniales Proletariat geschaffen wurde, da weiterhin im gleichen Zeitraum Kolonisation von Gebieten stattfand, die große Teile der europäischen Surplusbevölkerung aufnahmen, so war eine Überkompensation, eine Verringerung, ja zeitweise fast völlige Aufhebung der industriellen Reservearmee möglich. Die Marxsche Gesetzmäßigkeit trat daher nicht ein, sondern die Reallöhne stiegen. Dadurch war auf dem Wege der verstärkten Kapitalanlage im Inlande ein Neuaufsaugen der industriellen Reservearmee und die weitere Erhaltung der A—D-Linie gegeben.

Die Tatsache, daß sich eine dauernde Erhöhung des Arbeiter-

standards durchsetzen konnte, gewinnt also ein ganz anderes Gesicht. Der dem Marxschen System scheinbar eigenartige Dualismus ist im Sinne der Sternbergschen Schonzeit in Wirklichkeit nur eine zeitweilige Modifizierung seiner Akkumulationsgesetzlichkeit.

Damit ist aber auch für die Tatsache der Organisation der Arbeiterschaft, für die Tätigkeit der Gewerkschaften, eine neue Erklärung gewonnen. Diese Tätigkeit ist gewiß begrenzt; aber nicht so, daß die Einflußmöglichkeit auf das Arbeitsverhältnis abhängig ist von der Produktivität an sich, d. h. daß mit steigender Produktivität stets die Möglichkeit der Verbesserung des Arbeitsverhältnisses durch gewerkschaftlichen Machteinfluß gegeben ist, sondern so, daß die Möglichkeit dieses Machteinflusses abhängig ist von einer Produktivität, die nicht auf die Schranken ihrer Entfaltungsmöglichkeit stößt, von einer Produktivität, deren Früchte nur durch das Vorhandensein des nichtkapitalistischen Raums geerntet werden können. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist abhängig also von der Schonzeit. Nur innerhalb des Kampffeldes C—D kann sie sich vollziehen.

Die Möglichkeit der A—D-Linie, der Schonzeit, ist aber nur eine vorübergehende.

Denn: wie der Imperialismus als kapitalistische Expansion, so stellt auch die Schonzeit nur eine historische Phase im Ablauf des Kapitalismus dar.

Die Faktoren, die eine Überkompensation der Marxschen Gesetzlichkeit verursachen konnten, wirken heute nicht nur in weit bescheidenerem Umfange, sie wirkten und wirken auch in Richtung ihrer eigenen Aufhebung. Alle Mittel der Kolonialstaaten, das Aufkommen einer eigenen kolonialen Industrie zu verhindern, haben im besten Falle nur retardierenden Einfluß.

Der Krieg, nach Sternberg selbst ein Mittel der Durchsetzung kapitalistisch-imperialistischer Interessen, hatte besonders zur Folge, daß das Tempo des Weges zur eigenen Industrialisierung, deren Tendenzen bereits in der Vorkriegszeit zu erkennen waren, forciert wurde. So beginnt sich auch in den Kolonialstaaten ein eigenes Proletariat herauszubilden, und die Möglichkeit, daß der imperialistische Vorstoß in Kolonialgebiete die industrielle Reservearmee überkompensiert, verringert sich in gleichem Umfang.

Immer mehr „beginnt die Benutzung nichtkapitalistischer Sphären als Vehikel für die kapitalistische Expansion unmöglich zu werden[116]".

---

[116] Wilken, a. a. O., S. 19.

Auf der anderen Seite ist die Abgabe europäischer Surplusbevölkerung an reine Siedlungsgebiete zahlenmäßig lange nicht mehr so beträchtlich wie in der Vorkriegszeit[117, 118].

Wenn so ein Abnehmen des Tempos der extensiven Weiterentwicklung des Kapitalismus auf den vier von Sternberg gekennzeichneten Gebieten[119] immer mehr in Erscheinung tritt, so bedeutet dies eine fortschreitende Verifikation der Marxschen Grundprämisse, der Daten, die Marx seiner Gesetzlichkeit zugrunde legt.

Wollen wir daher im 3. Kapitel dieses Abschnittes eine Notwendigkeit der Freisetzung im „reinen" Kapitalismus deduzieren, so müssen wir im Sinne der erweiterten Freisetzungstheorie dieser Ableitung ein Kapitel voranstellen, das die methodische Richtigkeit der Marxschen Daten zu erweisen versucht.

2. Kapitel: Die Verteidigung der Marxschen Grundprämisse

Nach den Ausführungen, die unser einleitender Teil bereits über den theoretischen Geltungswert eines theoretischen Systems einerseits und über die Systeme der reinen und politischen Ökonomie andererseits enthält, können wir uns hier verhältnismäßig kurz fassen.

Die Theorie der Arbeitslosigkeit im ökonomischen System des Kapitalismus hat sich, wie wir wissen, notwendig in den Rahmen der politischen Ökonomie einzuordnen, denn wir haben es mit einem Bewirtschaften von Menschen bzw. ihrer Arbeitskraft zu tun, das seinen Ausdruck im Phänomen des Kapitalverhältnisses findet.

Dieses Kapitalverhältnis ist also begrifflich gar nicht zu erfassen, wenn man es etwa nur als das Ergebnis einer Entwicklung ansehen wollte, die bereits zu einem Gleichgewichtszustand gekommen ist bzw. zu einem solchen Zustand hinstrebt. Seine begriffliche Erfassung ist nur möglich, wenn man es in das dynamische System einbaut, es *so sieht*, wie es in diesem System nur gesehen werden kann, als Bewegungsvorgang.

Nur so können wir zu einer Verteidigung der Marxschen Grundprämisse kommen, die das Kapitalverhältnis als *die* alleinherrschende Grundlage menschlicher Produktion im Kapitalismus

[117] Vgl. auch Wilken, a. a. O., S. 17—20.
[118] Vgl. 2. Abschnitt, 2. Kapitel: Wanderung.
[119] Vgl. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 375 ff.

ansieht: zur Konstruktion des „reinen" Kapitalismus, dem wir uns jetzt zuwenden.

a) Das Kapitalverhältnis als Bewegungsvorgang

1. Die eigentliche Prämisse

Das Kapitalverhältnis, dessen Bewegungsvorgang wir verfolgen wollen, um zur Konstruktion des „reinen" Kapitalismus zu kommen, ist selbst keine Konstruktion, sondern eine empirische Kategorie. Seine historische Entstehung hat Marx — darin decken sich die Ansichten aller Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus — an Hand der englischen Wirtschaftsgeschichte einwandfrei nachgewiesen und in seinem Werk die ursprüngliche Akkumulation genannt. Wenn wir auch seine diesbezüglichen Ausführungen im XXIV. Kapitel des 1. Bandes des Kapitals im allgemeinen als bekannt voraussetzen müssen, so sei das Wesentliche doch angedeutet.

Die eigentliche Marxsche Prämisse ist das Bestehen eines Kapitalverhältnisses als Klassenverhältnis. Dazu müssen zwei Elemente der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden sein, der „freie" Arbeiter und das Kapital selbst.

Der Begriff des „freien" Arbeiters und die Geschichte der Entstehung dieser ökonomischen Kategorie darf im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden. Daß bei diesem Entstehungsprozeß nicht das ökonomische, sondern das politische Mittel in hervorragendem Maße der treibende Faktor war, wurde im 2. Kapitel der Grundlegung genügend klargelegt.

Das Kapital selbst als das zweite der Elemente der kapitalistischen Gesellschaft in seiner Bedeutung als Geldsumme, die für den ersten Produktionsprozeß auf kapitalistischer Grundlage ausreicht, entsteht ebenfalls in hervorragendem Maße durch das politische Mittel: hier ist es, wie Oppenheimer schreibt[120], „namentlich der offene, kriegerische Raub an den Eingeborenen der Kolonien, der die ersten großen Vermögen in Privathänden aufhäuft, ferner Sklavenjagd und Sklavenhandel", der ganze Komplex von Maßnahmen politischen Charakters, der das ursprüngliche Kapital schuf, mit dem der Verwertungsprozeß seinerzeit begann, und das seine Entstehung nicht dem „ökonomischen", sondern dem „politischen" Mittel verdankt[121].

---

[120] Grundgesetz S. 23.

[121] Vgl. Grundgesetz S. 22. Oppenheimers Grundgesetz wurde auch teilweise zur Auffindung der Marxschen Zitate herangezogen.

Die ursprüngliche Akkumulation und die damit verbundene originäre Schaffung eines Kapitalverhältnisses ist also die eigentliche Marxsche Prämisse.

Erst von diesem Ausgangspunkt kommen wir zur grundlegenden Abstraktion der Marxschen Theorie, zur Konstruktion der rein kapitalistischen Gesellschaft, die sich ausschließlich aus Kapitalisten und freien Arbeitern zusammensetzt. Und diese methodische Abstraktion ist nur zu verstehen, wenn sie in Verbindung mit der dem Kapitalismus eigenartigen Entwicklungstendenz gesehen wird.

2. Die Dynamik des Systems

Logisch, als wissenschaftliches System betrachtet, ist der Marxismus eine Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, welche die marxistische Geschichtsauffassung allgemein formuliert, während sie die marxistische Ökonomie auf die Epoche der Warenproduktion anwendet[122].

Die sozialistische Theorie begründet diese Theorie der Bewegungsgesetze durch eine streng wissenschaftliche Beschreibung der Ausgangspunkte der kapitalistischen Entwicklung, wie wir sie oben andeuteten. Wir formulierten aus ihnen die eigentliche Prämisse des Marxschen Systems als eines Komplexes von Momenten, in deren jedem schon die bestimmte Dynamik liegt, so daß sich durch diese Dynamik die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung und ihre Richtung bestimmen lassen[123].

Auf Grund der Ökonomie als treibender Kraft in der Geschichte ist Kampf das Grundprinzip der kapitalistischen Gesellschaft, Kampf des Menschen mit dem Menschen, der Gruppe mit der Gruppe. Dieser Kampf entwickelt sich auf der Linie des ökonomischen Fortschritts, der mit der Vervollkommnung und Umwälzung der Produktivkräfte die Machtstellung der jeweils herrschenden Klasse verändert oder entwertet und ein Gelände schafft, auf dem die bisherigen Oppositionsgruppen sich als nunmehr herrschende Klasse niederlassen. Der wirtschaftliche Fortschritt als nie rastende Dynamik zerfrißt auch ihre Macht wieder und setzt die Unterdrückten an Stelle der Unterdrücker. Dabei vermindert sich die Vielspurigkeit der Gesellschaft, bis sie im letzten Stadium der Klassenkampfperiode nur einen Gegensatz zweier großer Klassen aufweist, Bourgeoisie und Proletariat, Kapitalisten und freie Arbeiter[124].

---

[122] Vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. X.
[123] Vgl. A. Friedberg, a. a. O., S. 434.
[124] Vgl. Marx, Das kommunistische Manifest, S. 26.

Gleichzeitig liegt es in dieser Dynamik begründet, daß die sich stets steigernde Akkumulation notwendig zur Überproduktion und deren Überwindung durch das periodische Auftreten von Krisen führt mit ihrer Kapitalentwertung und Steigerung der Profitmöglichkeiten für das restliche Kapital. Doch die neue Konjunktur dauert nur kurz und wird von einer neuen schweren Krise abgelöst. Damit schmilzt die Zahl der Kapitalisten zusammen, wächst die Masse der Proletarier, verschlechtert sich der Lohn, nimmt ihr Elend zu. Auch auf diese Weise — und durch diesen Prozeß in gesteigertem Maße — verschwinden allmählich die Mittelschichten, und es bildet sich eine reine Zweiklassengesellschaft heraus von wenigen Kapitalisten und vielen Proletariern[125].

Die Grundvoraussetzung von Marx, die sich erst durch die der kapitalistischen Gesellschaft eigenen Bewegungsgesetze verwirklichen soll, ist eine empirisch nicht bewiesene und heute nicht beweisbare Behauptung, also kein Datum.

Doch ändert dies nichts an ihrem methodischen Wert. Aus der Dynamik der Theorie lassen sich die Voraussetzungen der Theorie rechtfertigen, denn der Kapitalismus strebt dahin, ob er will oder nicht, diese Voraussetzungen zu verwirklichen, um mit ihrer Verwirklichung an den ihm eigenen immanenten Widerspruch zu stoßen: die Disproportionalität zwischen den Faktoren, die die Produktivkräfte (die Verwertungsbedingungen) auf der einen und die Konsumtivkräfte (die Realisationsbedingungen) auf der anderen Seite bestimmen.

Hat die sozialistische Theorie das Wesen des Kapitalismus und seine Bewegungsgesetze richtig erkannt, so ist die methodische Voraussetzung des Marxschen Systems, daß der Kapitalismus nicht nur die vorherrschende, sondern die alleinherrschende Wirtschaftsform ist, wenn auch nicht empirisch, so doch logisch richtig, da die ökonomischen Probleme einer politischen Ökonomie unter diesen Voraussetzungen am reinsten klargelegt werden können[126, 127].

Wir sagten, die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zum reinen Kapitalismus und ihre Richtung läßt sich aus der bestimmten Dynamik der bewegenden Faktoren bestimmen. Dies könnte den Anschein haben, als ob Marx ebenso wie die Vertreter einer er-

[125] Marx, Kapital III, S. 199, 4. Aufl.
[126] Vgl. Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 345.
[127] Vgl. auch Lukacs, a. a. O., S. 20 ff.

weiterten Theorie der industriellen Reservearmee, der Ansicht wäre, daß die Richtung der kapitalistischen Entwicklung nicht nur in ihrer großen Linie erfaßt werden könne, sondern daß auch eine absolute Gesetzlichkeit in der Entwicklung zum reinen Kapitalismus bestände.

b) Gesetz oder Tendenz?

Diese Frage ist — auch im Marxschen Sinne — dahin zu beantworten, daß wir nur von einer Tendenz zum reinen Kapitalismus reden können. Nur eine solche, keine absolute Gesetzlichkeit, läßt sich, wie wir im dritten Teil noch deutlich sehen werden, feststellen.

Der Kausalnexus der Marxschen Gesetzlichkeit: ursprüngliche Akkumulation — Kapitalverhältnis — wirtschaftlicher Fortschritt — steigende Akkumulation — Überproduktion — Krise — Konzentration und Zentralisation — sinkende Durchschnittsprofitrate — neuer wirtschaftlicher Fortschritt — neue Krise — Krise in Permanenz — kann unterbrochen und modifiziert werden durch Faktoren wie diejenigen, die zur Schonzeit führen konnten. Das sah auch Marx und sagte deshalb ausdrücklich, daß solche Faktoren die Entwicklung „wohl hemmen, aber nicht aufheben können“[128], und bezeichnet deshalb das „Gesetz nur als Tendenz, deren Wirkung nur unter bestimmten Umständen und im Verlauf langer Perioden schlagend hervortritt“[129].

Wenn Marx so zwar schon erkannt hatte, daß seine Gesetzlichkeit modifiziert werden kann und sich erst auf die Dauer durchsetzt, so hat er sich doch in der Abschätzung der Zeit geirrt[130].

Diesen Irrtum versuchte die erweiterte Freisetzungstheorie durch die Theorie des nichtkapitalistischen Raums zu korrigieren; in der methodologischen Exaktheit der Grundprämisse stimmt sie jedoch mit Marx überein.

3. Kapitel: Die Notwendigkeit der Freisetzung im reinen Kapitalismus

Wenn ein bestimmtes, kapitalistisch produzierendes Land die Stufe des reinen Kapitalismus erreicht hat, d. h. wenn es im Inlande keinen durchzukapitalisierenden nichtkapitalistischen Raum mehr gibt, dann herrscht noch nicht etwa der reine Kapi-

[128] Marx, Kapital III; I, S. 229, 4. Aufl.
[129] Marx, Kapital III; I, S. 220, 4. Aufl.
[130] Vgl. Bernstein: Voraussetzungen des Sozialismus, Stuttgart 1899. V.

talismus, wie er den Marxschen Schemata zugrunde liegt. Es herrscht nur ein reinkapitalistisches Wirtschaftssystem.

Erst wenn es auf der ganzen Erde keinen nichtkapitalistischen Raum mehr gibt und wenn sich in diesem allbeherrschenden Kapitalismus das reine Kapitalverhältnis vollständig durchgesetzt hat, herrscht der reine Kapitalismus.

Es ist müßig, danach zu fragen, wann oder ob überhaupt der reine Kapitalismus Wirklichkeit werden kann. Er ist eine methodische Angelegenheit, und nur als solcher wird von ihm in dieser Arbeit gesprochen[131].

a) Freisetzung und Produktivitätssteigerung

Die Kompensationstheorie erkannte, daß ein Teil der durch die Maschine freigesetzten Arbeiter naturgemäß bei der Produktion der Maschinen neu beschäftigt wird, daß also die industrielle Reservearmee im ganzen geringer sein muß als die Zahl der Arbeiter, die durch die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals allmählich freigesetzt sind.

Diese Feststellung ist unbestritten und erfährt von seiten der erweiterten Freisetzungstheorie keine Kritik.

Anders verhält es sich aber mit der Behauptung, daß auch der Rest der freigesetzten Arbeiter kompensiert werde. Die Argumentation war, wie wir wissen, so, daß derselbe Prozeß, der die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals bedingt, eine Produktivitätssteigerung herbeiführt und mit ihr eine Verbilligung der Produkte und Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die erhöhte Kaufkraft äußert sich in neu auftretender Nachfrage und neuer Kapitalbildung durch Sparen. Damit ist es möglich, die Produktion auszudehnen, bis sie die gesteigerte Kaufkraft befriedigt. Die Ausdehnung der Produktion ermöglicht die Kompensation der Freigesetzten[132].

Man könnte nach der von Sternberg[133] wiedergegebenen Ansicht der Kompensationstheorie zwar nicht nachweisen, daß die Zahl der auf diese Weise neu Beschäftigten der Zahl der Freigesetzten genau entspricht, aber auch Marx habe keinen Beweis erbracht, daß die industrielle Reservearmee auch nach diesem Abzuge in irgendwie relevantem Maße noch bestehe. So gewiß zeitweilig Arbeiter freigesetzt würden, so gewiß sei die Marxsche

[131] Vgl. Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 371.
[132] Vgl. Sternberg, Imperialismus, S. 26 ff.
[133] Vgl. Sternberg, Imperialismus, S. 25 ff.

Argumentation kein Beweis, daß die industrielle Reservearmee ständig größer sein muß als die Zahl derer, die in der erweiterten Maschinenproduktion beschäftigt werden, plus derer, die von den Industrien aufgenommen würden, die zur Befriedigung der erhöhten Nachfrage nötig sind[134].

Hiergegen hat die erweiterte Freisetzungstheorie zunächst folgendes einzuwenden: Da die Marxsche Grundprämisse des alleinherrschenden Kapitalverhältnisses aus methodischen Gründen aufrechterhalten werden kann, müßte die Kompensationstheorie nachweisen, daß sich, auch unter dieser Voraussetzung, bei steigender Produktivität die Kaufkraft der Bevölkerung, d. h. da es außer wenigen Kapitalisten nur Lohnempfänger gibt, die Kaufkraft der Arbeiterschaft steigert.

Dieser Nachweis ist nach Sternberg nicht erbracht und kann nicht erbracht werden. Die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung ist eine Unterstellung, auf der sich das Schlußverfahren gründet. Warum diese Unterstellung vorübergehend Tatsache werden konnte, erfuhren wir im Kapitel über die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie. Im reinen Kapitalismus ist diese Kompensation nicht möglich.

Wird selbst von einer durch ursprüngliche Akkumulation entstandenen Reservearmee abgesehen, so muß der Prozeß doch folgender sein[135]:

Durch die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals werden zunächst m e h r Arbeiter freigesetzt, als in der Maschinenproduktion neubeschäftigt werden können. Wenn durch den Produktivitätsfortschritt die Produkte billiger werden, so hebt sich damit noch nicht die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung, denn der Druck der industriellen Reservearmee — sie besteht ja vorläufig noch — gestattet es dem Unternehmer, den Lohn bis auf das Existenzminimum herabzusetzen. Die Kaufkraft steigt nicht nur nicht, sie verringert sich sogar noch. Da die Kaufkraft nicht steigt, fallen aber die weiteren Schlüsse der Kompensationstheorie.

Die Marxsche Akkumulationsgesetzlichkeit bleibt bestehen, daß die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals dem Kapitalismus ständig die Möglichkeit bietet, sich eine industrielle Reservearmee zu schaffen und zu erhalten.

Im reinen Kapitalismus fällt aber auch die Möglichkeit fort, die periodisch, und in immer kürzeren Abständen periodisch, auf-

[134] Vgl. Sternberg, Imperialismus, S. 25 ff.
[135] Vgl. Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 34.

tretenden Krisen durch Kapitalexpansion abzuschwächen und zu überwinden.

Die Marxsche Krisentheorie und ihre Ausgestaltung durch Rosa Luxemburg, Hilferding und Sternberg muß im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden, um im Rahmen dieser Arbeit die aus der Krisentatsache folgenden und zu ihr hinführenden Faktoren in ihrer Einflußnahme auf unser Problem untersuchen und damit die Sternbergschen Ausführungen ergänzen zu können.

b) Freisetzung und Unterkonsumtion

Die Krisenerscheinung im reinen Kapitalismus erfährt zunächst durch die Unterkonsumtionstheorie eine Würdigung. Es muß hier eine Variante dieser Theorie Beachtung finden, wie sie uns schon bei Sismondi und Rodbertus entgegentritt. Diese Variante findet ihre Formulierung im Gesetz der fallenden Lohnquote, ein Gesetz, das wir nachher bei Rosa Luxemburg weiter ausgestaltet finden, und das auch in der Wilkenschen Zirkulationstheorie wieder anklingt.

Rodbertus argumentiert so[136]: Das Sozialprodukt wird durch den technischen Fortschritt — die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals mit anschließender Produktivitätssteigerung — ständig vermehrt. Es erfolgt aber nicht gleichzeitig ein Zuwachs an Gesamtlohn, der dem vermehrten Sozialprodukt entspräche, weil dies die besonderen Bedingungen der Lohnbildung nicht zulassen.

Wenn zwar der Betrag, um den der Anteil der Arbeiterklasse fällt, der Klasse der Rentenbezieher — gemeint ist: der Kapitalistenklasse — zuwächst, die Gesamtkaufkraft also dieselbe bleibt, so erfolgt dieser Zuwachs doch erst nach Beendigung der Krise, d. h. dem zunächst auf den Markt gebrachten Produkt steht noch kein Kaufkraftzuwachs auf seiten der Rentenbezieher gegenüber.

Wenn auch den Unternehmern zur Schätzung des Bedarfs und damit zur Bestimmung des Umfanges der Produktion die Kenntnis der bisherigen Größe der Klassenanteile am Sozialprodukt zur Verfügung steht, so kann sich das Anteilsverhältnis bis zur Fertigstellung der Produkte so wesentlich ändern, daß eine Absatzstockung dort eintritt, wo die Kaufkraft durch die Verschiebung des Anteilsverhältnisses gesunken ist. Vgl. hierzu auch Löwe, a. a. O., S. 189.

---

[136] Vgl. Rodbertus-Jagetzow, a. a. O., S. 205, 206 ff.

In seinen „Neuen Grundsätzen“[137] entwickelt Sismondi — den Jostock in seinem „Ausgang des Kapitalismus“ als Vertreter des Konservativismus herangezogen hat[128] — bereits denselben Grundgedanken, um den er ein für seine Zeit erstaunlich weitblickendes System aufgebaut hat.

Er geht aus von seiner konsumzentrischen Grundeinstellung[139], von der aus sich ihm, nach Jostock, eine unüberbrückbare Kluft in der kapitalistischen Organisation auftun mußte — eben die Kluft, die Marx mit der These „Produktion auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse“ aufzeigte.

Das Profitstreben des Kapitals, wie es erstmalig Ricardo in klassischer Form als das allbeherrschende ökonomische Schwerkraftgesetz erkannte[140], ist das allgemeine Grundgesetz der kapitalistischen Wirtschaft; die Beschäftigungsmöglichkeit, die es zu bieten vermag, ist der Regulator der Bevölkerung[141].

Infolgedessen bleibt die Masse der Bevölkerung auf dem Existenzminimum stehen und ist daher besonders geneigt, sich planlos und übermäßig zu vermehren[142]. Der hierdurch bedingte Druck auf die Einkommenslage wird verstärkt durch die steigende Anwendung der Maschine, die fortdauernd Arbeiter verdrängt, ohne daß die Gesellschaft irgendein Mittel dagegen wüßte[143].

Gleichzeitig drängt die Maschinenanwendung immer mehr zur Marktproduktion und füllt dadurch den Markt mit Dingen, die keineswegs in den Konsum der Kapitalisten einzugehen vermögen, sondern auf die Bedürfnisse der breiten Volksschichten zugeschnitten sind[144].

Da aber die Produkte nur mit Einkommen gekauft werden können — ein Fundamentalsatz Sismondis —, ergibt sich hier der

---

[137] 2. Aufl. übers. v. R. Prager, Berlin 1901, zitiert bei Jostock.

[138] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 34 ff.

[139] Études sur l'Économie politique, Paris 1837, II, S. 211, zitiert bei Jostock.

[140] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 77/78.

[141] Vgl. Sismondi, Neue Grundsätze, II, S. 220, zitiert bei Jostock.

[142] Vgl. Sismondi, a. a. O., II, S. 203, 266, zitiert bei Jostock.

[143] Vgl. auch G. Briefs, a. a. O., S. 187/88. Nach dem heutigen Stande der Kinderschutzgesetzgebung können Kinder vom 13. Jahr an, soweit sie der Schulpflicht genügt haben, jedenfalls aber vom 14. Jahr an, zur Industriearbeit herangezogen werden. Diese Kinderarbeit bedeutet aber eine besondere Einnahmequelle der Eltern und fügt dem rein triebmäßigen Drang zur Bevölkerungsvermehrung — gegenüber der von Muhs erwähnten Einschränkung durch rationelle Momente — eine Tendenz zur Steigerung durch Rentabilitätsmotive hinzu.

[144] Vgl. Sismondi, a. a. O., II, S. 258, zitiert bei Jostock.

denkbar größte Zwiespalt, verschuldet durch die Wirtschaftsverfassung, welche in der Trennung von Arbeit und Kapitalbesitz einen absoluten Interessengegensatz schuf und damit den natürlichen Lauf der Dinge, daß dem Anwachsen der Reichtümer — des Sozialprodukts — ein Anwachsen der Einkommen folgt und stets parallel läuft, vollkommen verstört und unmöglich gemacht hat[145].

Wenn zunächst zwar eine Katastrophe noch vermieden werden kann, da man bei fremden, noch nicht industrialisierten Völkern Absatz sucht und findet, so ist diese Phase nur eine vorübergehende. Denn „endlich kommt der Tag, an dem die ganze gesittete Welt nur einen einzigen Markt bildet; ... die Nachfrage des gesamten Marktes ist dann eine ganz bestimmte Menge, die die verschiedenen Industrievölker sich gegenseitig streitig machen ... Der Gesamtabsatz kann nur durch die Fortschritte des allgemeinen Wohlstandes vergrößert werden ...[146]".

Im reinen Kapitalismus ist aber weder der Absatz möglich, noch erlauben es die besonderen Bedingungen der Lohngestaltung, daß dem erhöhten Sozialprodukt ein erhöhtes Konsumenteneinkommen gegenübersteht.

Dieselben Gedanken der fallenden Lohnquote und der Absatzunmöglichkeit mit ihren Auswirkungen auf den Zirkulationsprozeß liegen der durch Rosa Luxemburg ausgestalteten Marxschen Theorie zugrunde, deren Ergebnis bekanntlich der in der geschlossenen — reinkapitalistischen — Wirtschaft nicht realisierbare Konsumtionsrest in der zweiten Gruppe der Marxschen Schemata ist[147].

---

[145] Vgl. Sismondi, a. a. O., I, S. 278/79.

[146] Sismondi, a. a. O., II, S. 242/43, zitiert Jostock.

[147] Die Reproduktion des Kapitalismus auf erweiterter Stufenleiter erfordert den Absatz einer sich stets steigernden Produktenmasse. Die Möglichkeit dieses Absatzes untersucht Marx an Hand einer schematischen Darstellung des Zirkulationsprozesses. Er teilt die Industrie in zwei Gruppen: 1. Produktionsmittelindustrien und 2. Konsumtionsmittelindustrien. Zwischen beiden Gruppen bestehen mathematisch genau bestimmbare Abhängigkeitsverhältnisse. Aus ihnen ergibt sich die Unmöglichkeit des Absatzes eines Teils der Produkte der Konsumtionsmittelindustrien. Abgesehen von der umstrittenen Größe dieses unabsetzbaren Restes von Konsumgütern ergibt sich daraus weiter das Zustandsbild der kapitalistischen Wirtschaft, wie Marx es zeichnet: Erweiterte Produktion bei einer Konsumtion auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse. Mit der Verewigung eines solchen Zustandes wird aus der dem Kapitalismus immanenten Krisennotwendigkeit die Notwendigkeit der Krise in Permanenz. Die Krise in Permanenz bedeutet die Selbstaufhebung des Kapitalismus.

Wir finden die Argumentation hier in prägnanterer Form wiederholt.

Die wachsende Akkumulation läßt — wie wir wissen — die Lohnquote sinken. Ein Teil der Abteilung 2, dessen Warenform angegeben werden kann, muß periodisch freigesetzt werden. Damit ist es für das in dieser Sphäre auf Grund der bisherigen höheren Lohnquote investierte Kapital nicht möglich, die angenommene Warenform in die Kapitalform zurückzuverwandeln, seinen Wert zu realisieren. Nur durch die der Krise eigentümliche Wertvernichtung kann ein Gleichgewicht wiederhergestellt werden.

Der schon gegen Rodbertus mögliche Einwand, daß, entsprechend dem Sinken der Lohnquote, die Profitquote steigen könne und das Überangebot in Abteilung 2 durch ein Unterangebot in Abteilung 1 kompensiert würde, ist bedeutungslos; denn die relative Senkung der Lohnquote tritt im Verlauf des Zirkulationsprozesses ein als Ergebnis des der konkurrenzwirtschaftlichen Produktion immanenten, technischen Fortschrittfaktors. Die Kaufkraft des Gesamtlohnes ist deshalb am Ende des Zirkulationsprozesses eine andere als im Anfang desselben[148].

Damit sind wir in Übereinstimmung mit Löwe aber bei dem für unsere Untersuchung wesentlichsten Punkte angelangt: der Folgerung, daß der Zirkulationsprozeß selbst dauernd eine zusätzliche industrielle Reservearmee produziert. Die relative Senkung der Lohnquote infolge der Akkumulationsgesetzlichkeit bedingt die Schaffung und Erhaltung der industriellen Reservearmee, eine Erhaltung insofern, als die industrielle Reservearmee selbst dauernde Ursache der relativen Senkung der Lohnquote ist[149].

Aus dem Auseinanderstreben der Daten des Zirkulationsprozesses folgt allerdings ein neuer Anpassungsprozeß. Eine volle Anpassung, ein Ausgleich ist aber weiter aus folgenden Gründen nicht möglich.

Die Datenkonstellation am Ende des Zirkulationsprozesses, die ja die Ursache der Diskrepanz ist, hat die Warengestalt der Marxschen Formel W-G-W angenommen. Diese W-Gestalt ist infolge des geänderten Lohndatums — des gesunkenen Gesamtlohnes — nicht mehr voll verwertbar. Erst mit der Überführung der W-Gestalt in die G-Gestalt, also mit dem Absatz auch des Konsumgüterüberschusses, ist ein neues richtiges Verhältnis, ent-

[148] Vgl. Rosa Luxemburg, interpretiert von Löwe, a. a. O., S. 188 ff.
[149] Vgl. ebenda.

sprechend der neuen Lohngröße, herzustellen. Die ausgleichende Steigerung des Gesamtprofits — der obenerwähnte mögliche Einwand — kann erst nach dieser Umwandlung der W-Form in die G-Form eintreten, die Profitsteigerung je Kapitalteil kann sich erst durchsetzen, wenn auch die Produzenten jener überschüssigen Konsumgüter durch den Absatz ihrer Waren den auf sie entfallenden Profitanteil realisiert haben[150].

Die Grundlage dieser Argumentation ist also die, daß ein Datum des Zirkulationsprozesses — die Kaufkraft für Konsumgüter — unter einen doppelten Einfluß von Änderungstendenzen gestellt ist.

Auf diese Kaufkraft wirken nicht nur die übrigen Daten des geschlossenen interdependenten Systems, sondern außerdem ein exogener Faktor, der sich mitten in den Zirkulationsprozeß hineinschiebt[151], und der in seiner kapitalistischen Gestalt, entsprechend den Akkumulationsbedingungen des konkurrenzwirtschaftlichen Kapitalismus, notwendig zu den Zirkulationsstörungen führt, die sich mit den Selbstregulierungsfaktoren der Zirkulation nicht überwinden lassen. Nach Marx und den Vertretern der erweiterten Freisetzungstheorie ist dieser Störungsfaktor die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals mit gleichzeitiger Freisetzung.

Wie Löwe sagt, ist die konkrete Gestalt dieses Störungsfaktors — dieser unabhängigen Variablen im sonst interdependenten System — logisch belanglos. Es gilt nur zu erforschen, ob ein solcher Faktor oder ihrer mehrere im System des Kapitalismus wirksam sind, in unserem Falle die industrielle Reservearmee mit den verschiedenen Quellen, aus denen sie gespeist wird[152].

Mit diesem Gedanken, der einer der Grundgedanken unserer Untersuchung ist, finden wir auch schon einen Ansatzpunkt zur Wandlung der erweiterten Freisetzungstheorie zur Theorie der Surplusbevölkerung, wie wir sie im 2. Abschnitt dieses Teiles durch die Oppenheimersche Theorie einleiten.

Es ist jedoch nötig, vorher die Tendenzen zu untersuchen, die durch den Ausgleich der Profitraten die Notwendigkeit dauernder Freisetzung in Frage zu stellen und die Krisenwirkungen abzuschwächen schienen.

---

[150] Vgl. Rosa Luxemburg, nach der Interpretation von Löwe, a. a. O., S. 188 ff.

[151] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 188.

[152] Vgl. Löwe, a. a. O., S. 188.

c) Freisetzung und Ausgleich der Profitraten[153]

Wir fassen die Argumente, die wir im Rahmen der Kompensationstheorie über die kompensierende Wirkung des Profitausgleiches brachten, noch einmal im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie zusammen:

Aus dem subjektiven Streben jedes einzelnen Kapitalisten, einen möglichst hohen Profit zu erzielen, wächst als objektives Resultat die Tendenz zur Herstellung der gleichen Durchschnittsprofitrate für alle Kapitale. Die nach Profit strebenden Kapitale treten auf dem Kapitalmarkt als Angebot der Nachfrage nach Kapital gegenüber. Es entsteht daraus ihre Konkurrenz um die Anlagesphären. Das Hinundherströmen von Kapital zwischen den Sphären mit niedrigem Profit und solchen mit hohem Profit gleicht die Profitraten aus. Die Kapitalwanderung aus Sphären mit niedrigem Profit in solche mit hohem Profit ist aber gleichbedeutend mit einer Wanderung aus Produktionssphären mit hoher in solche mit niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals. Die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten löst, gleichzeitig mit der Kompensation der Freisetzung, die Tendenz zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts aus. Nun sind aber der Kapitalabwanderung mit steigender kapitalistischer Entwicklung steigende Hindernisse gesetzt, Hindernisse, die im reinen Kapitalismus ihren Höhepunkt erreichen. Diese Hindernisse steigen in dem Maße, wie das fixe Kapital auf Kosten des zirkulierenden, das Anlagekapital auf Kosten des Betriebskapitals wächst. Dies bedeutet eine stets schwierigere Übertragbarkeit der Kapitale und eine Modifizierung ihrer Konkurrenz um die Anlagesphären. Die Freizügigkeit des Kapitals wird beschränkt.

Die Tendenz zur Herstellung der gleichen Durchschnittsprofitrate erwuchs aus dem individuellen Profitstreben. Wenn nun auch individuell — für den einzelnen Kapitalisten — die Beschränkung der Freizügigkeit durch die Mobilisierung des Kapitals im Sinne des Hilferdingschen „Finanzkapital" fortfällt, so bleibt sie für den Zirkulationsprozeß doch bestehen. Denn die Mobilisierung läßt den Produktionsprozeß und damit die wirkliche Bewegung des Kapitals bzw. die Beschränkung in dieser Bewegung unberührt. Die Schranke, die in der steigenden Fixierung des Kapitals bestand, besteht weiter, der Kapitalabfluß aus Indu-

[153] Vgl. zu diesem Abschnitt auch Muhs, 13. Kap., besonders Seite 266 ff.

strien mit steigendem fixen Kapital wird immer beschränkter[154]. Das bedeutet aber, wenn die Profite in den Industrien mit hoher organischer Zusammensetzung zunächst niedriger sind, eine Wandlung der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten zu einer Tendenz zur Senkung der Profitraten.

Wir wissen nun aber, daß das immanente Profitstreben der Hebel aller kapitalistischen Produktion ist. Wir glauben ferner, in unserer Grundlegung hinreichend deutlich gemacht zu haben, daß nicht nur das ökonomische, sondern in hervorragendem Maße das politische Mittel die kapitalistische Produktion beherrscht. Die ökonomischen Wechselwirkungen werden gestört durch außerökonomische Einflüsse, besonders Machtpositionen.

Die Tatsache der ökonomischen Wirkung solcher außerökonomischen Gestaltungselemente ändert nichts an dieser Erkenntnis, unterstreicht vielmehr die Notwendigkeit der Anwendung einer Forschungsmethode, wie es die politische Ökonomie ist.

Wir sagten, die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten wird modifiziert durch die Senkung der Profite in Industrien mit wachsender organischer Zusammensetzung. Die modifizierte Tendenz aber, als eine solche, die in Richtung einer Senkung der Profitraten wirkt, löst nun dort, wo die Kapitalkraft hinreichend stark ist, aus dem immanenten Profitstreben heraus wiederum die Gegentendenz zu ihrer Überwindung aus, die in Richtung der Ausschaltung der freien Konkurrenz wirkt.

Die Ausschaltung der freien Konkurrenz stellt sich dar in einem Konzentrationsprozeß des Kapitals, mit dem sich wegen der Stärke der Kapitalkraft immer eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals verbindet. Gleichzeitg liegt es im Wesen des industriellen Zusammenschlusses, den Profit zu steigern. Der Profitsteigerung auf der einen Seite steht eine Profitsenkung dort gegenüber, wo das Monopol steigender Profitrealisierung fehlt: bei den reinen Werken.

Das Ergebnis muß also so sein, daß dort die höchsten Profite erzielt werden, wo aus Gründen der Konzentration gleichzeitig die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals vorherrscht. Da die Kapitalabwanderung aber in d e n Sphären weniger beschränkt ist, wo niedrigere organische Zusammensetzung vorliegt, wird der Weg also in die der Heimannschen Ansicht[155] entgegengesetzte Richtung führen. Entweder schließen sich die arbeitsintensiveren Betriebe, nach erfolgter technischer Umstellung, der

[154] Vgl. Hilferding, a. a. O., S. 277 ff.
[155] Vgl. S. 51 ff. dieser Arbeit.

Zusammenschlußbewegung an, um am höheren Profit teilzuhaben, oder sie müssen liquidieren, da es ihnen am nötigen Umstellungskapital fehlt. In beiden Fällen werden Arbeiter erneut freigesetzt.

Die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten verkehrt sich, in ihrer Wirkung auf die Beschäftigungsmöglichkeit, schließlich in ihr Gegenteil. Statt in Richtung der Kompensation, wirkt sie in Richtung der Freisetzung, eine Wirkung, die noch verstärkt wird, wenn man die im reinen Kapitalismus durch Kapitalexport nicht zu kompensierenden Krisenwirkungen mit in den Rahmen der Untersuchung zieht.

Wie schon erwähnt, hat Ricardos Werk erstmalig, und gleich in klassischer Form, das allbeherrschende ökonomische Schwerkraftgesetz der kapitalistischen Wirtschaft aufgezeigt, ihm die Strenge eines Naturgesetzes beigelegt und die Bewegung nach ihm als Lebensbedingung des Systems dargetan: das Streben des Kapitals nach höchstmöglichem Profit ist das wahre Perpetuum mobile der kapitalistischen Wirtschaft[156].

Dieselbe Stellung wie bei Ricardo das Profitstreben nimmt bei Marx — in bedeutend schärferer Formulierung einer objektivierten Wirtschaft — der maßlose Verwertungsdrang des Kapitals ein, der Prozeß G-W-G_1, der für den Kapitalismus zum Selbstzweck geworden ist[157].

Verläuft der Konkurrenzprozeß der Kapitalien um die Anlagesphären daher selbst so, wie Heimann ihn sah[158], wird in den Sphären mit niedrigerer organischer Zusammensetzung der höhere Profit erzeugt, so liegt der allgemeine Einwand nahe, warum der Kapitalist nicht lieber überhaupt die Maschine draußen läßt und dafür die alte Zahl der Handarbeiter beschäftigt, denn mit der Freisetzung von Arbeitskräften sinkt der Umfang des Nährbodens der Mehrwertmasse.

Gewiß, wenn der Kapitalismus und der einzelne Kapitalist ohne Gefährdung der Existenz so verfahren könnte, wie er wollte, so wäre dieser Einwand berechtigt und damit ein Widerspruch im Marxschen System gegeben; aber der Kapitalismus wird getrieben vom Verwertungsstreben des Kapitals, und dessen Auslösung ist bestimmt durch den Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte und die niemals völlig auszuschaltende Konkurrenz der Kapita-

[156] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 77.
[157] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 82.
[158] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 83.

lien untereinander. Der Widerspruch liegt nicht im Marxschen System, sondern im System des Kapitalismus selbst:

„Sinn und Zweck ist die immer größere Akkumulation von Mehrwert, sie ist zwangsläufig, kann aber nur vonstatten gehen, indem sie ihre eigenen Quellen allmählich zuschüttet[159]."

Zusammenfassung

Die Kompensationstheorie, im besonderen ihre frühen Vertreter, Senior, Mill, Mc Culloch, geben zu, daß sich theoretisch Fälle konstruieren lassen, die die Möglichkeit der Verschlechterung der Arbeiterlage durch Maschinenanwendung und trotz Produktivitätssteigerungen beweisen, sie suchen aber nachzuweisen, daß, praktisch ausgenutzt, die Maschinenanwendung dem Arbeiter Vorteil bringt[160].

Wie wir wissen, gab die Empirie der Kompensationstheorie scheinbar recht.

Die erweiterte Freisetzungstheorie hat im Anschluß an das Marxsche System und aus ihm heraus aber den Fall konstruiert, der die Möglichkeit der Durchsetzung der Marxschen Gesetzlichkeit aufzeigt, und der erkennen läßt, daß auch der Kompensation eben bestimmte Voraussetzungen zugrunde liegen[161].

Die beiden Hauptargumente der Kompensationstheorie waren:

1. Durch Verbilligung der Waren ersparen die Konsumenten Einkommensteile zur Aufnahme des zusätzlichen Angebots der Güterproduktion.

2. Durch die Entlassung von Arbeitskräften werden Kapitalien frei bei den Unternehmern, die mit Hilfe der gesteigerten Produktivität zur Befriedigung der gleichfalls gesteigerten Nachfrage dem Produktionsprozeß wieder zugeführt werden und die entlassenen Arbeiter irgendwo wieder beschäftigen.

Das erste Argument versuchte Sternberg zu widerlegen, um mit dessen Widerlegung auch das zweite Argument zu treffen.

Durch die Entlassung von Arbeitskräften werden keine Kapitalien f r e i, sondern es ändert sich nur die organische Zusammensetzung des Kapitals. Aus dieser Änderung wächst den Unternehmern allerdings Kapital zu, das als konstantes Kapital neu ist und das sich wiederum verwerten, also produktiv tätig sein muß. Es kann aber nur produktiv tätig sein, wenn die Voraus-

---

[159] Vgl. S. 60 dieser Arbeit.
[160] Vgl. Mannstaedt, a. a. O., S. 22.
[161] Vgl. Bernstein, Zitat über Ricardo. Mannstaedt S. 67.

setzung erfüllt ist, daß dem wachsenden Angebot von Waren durch Produktionsausdehnung ein entsprechender Zuwachs an Nachfrage gegenübersteht[162]. Dies ist nach der erweiterten Freisetzungstheorie nicht der Fall[163]. Der Gedankengang sei noch einmal kurz wiederholt: Die Maschine wird eingeführt, es erfolgt eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals, Arbeitskräfte werden zunächst freigesetzt, die industrielle Reservearmee wächst. Abgesehen von den Kräften, die bei der Produktion der Maschine beschäftigt werden und um die sich die (industrielle) Reservearmee naturgemäß verringert, kann aber keine Kompensation der Freigesetzten erfolgen. Denn auf der Nachfrageseite entsteht trotz möglicher Produktionsverbilligung im reinen Kapitalismus keine neue Kaufkraft, da die bestehende Reservearmee es gestattet, den Lohn zu drücken. Entsteht keine neue Kaufkraft, so entsteht auch keine neue Nachfrage nach Arbeitskräften, die Kompensation erfolgt nicht. Auf der Kapitalseite entsteht kein neuer Lohnfonds, sondern neues konstantes Kapital. Aber selbst angenommen, ein Teil dieses neuen Kapitals diene wiederum als Lohnfonds, so ist ökonomisch auch dieses Kapital nicht geeignet, Arbeitskräfte neu zu beschäftigen, da ihm ebenfalls keine Nachfrage gegenübersteht. Es ist dabei wiederum zu beachten, daß dieser Prozeß auf die Dauer gesehen ist. Wird tatsächlich kompensiert trotz mangelnder Nachfrage, so stößt die Produktion auf die Unmöglichkeit des Absatzes, und das Problem rollt sich von dieser Seite erneut auf.

Die Bevölkerungsvermehrung vermag nichts daran zu ändern — und insofern hat Marx recht, sie auszuschalten. Denn sie könnte nur dann die Forderung erfüllen, das gesteigerte Angebot aufzunehmen, die Disproportionalität zwischen den Verwertungs- und Realisationsbedingungen zu beheben, wenn sie in genauer Proportion zur Kapitalakkumulation stände. Dies kann nie der Fall sein, denn die Kapitalakkumulation richtet sich nicht nach der Bevölkerungsvermehrung, sondern wird diktiert von der zwingenden Konkurrenzgesetzlichkeit im Kapitalismus. Die im reinen Kapitalismus nicht mehr zu behebende Disproportionalität wird zu einem permanenten Krisenfaktor. Krise in Permanenz bedeutet aber Arbeitslosigkeit in Permanenz[164].

Ist damit die Widerlegung des ersten Arguments der Kompensationstheorie gegeben und gleichzeitig die Grundvoraussetzung

[162] Vgl. S. 44/45 dieser Arbeit.
[163] Vgl. S. 69 ff. dieser Arbeit.
[164] Vgl. Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., S. 374 ff.

des zweiten Arguments als unmöglich erkannt, so fällt auch dieses Argument.

Die Kompensationstheorie scheint also in ihren wesentlichsten Punkten widerlegt, die Freisetzungstheorie scheint sich in immer stärkerem Maße verifizieren zu müssen und zu können.

II. ABSCHNITT

Die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie (durch Oppenheimer) und ihre Wandlung zur Theorie der Surplusbevölkerung

Es ist interessant, wie Franz Oppenheimer — aufbauend auf den Grundlagen seiner besonderen Theorie, die methodisch der Freisetzungstheorie eng verwandt ist — zu der Marxschen und zu der erweiterten Freisetzungstheorie Stellung nimmt.

Oppenheimer gibt eine Kritik an der Freisetzungstheorie, ohne damit die Theorie der industriellen Reservearmee abzulehnen[165], denn er setzt an Stelle eines Kreationsfaktors der industriellen Reservearmee einen anderen, an Stelle der Freisetzung setzt er die Abwanderung vom Lande.

Bevor wir uns der Oppenheimerschen Kritik zuwenden, sei noch einmal betont, daß unsere Untersuchung so aufgebaut ist, daß wir von einzelnen Kreationsfaktoren der industriellen Reservearmee zu einem Komplex von Störungsfaktoren kommen, wie er der heutigen Arbeitslosigkeit zugrunde liegt. In der Oppenheimerschen Kritik finden wir eine Unterstützung in Verfolg dieser Absicht, denn er trägt dazu bei, die nicht bestreitbare Einseitigkeit der Freisetzungstheorie aufzudecken, die darin besteht, durch e i n e Ursache, die Freisetzung, das Bestehen der industriellen Reservearmee letztlich erklären zu wollen.

In der positiven Theorie Oppenheimers aber finden wir die bei Marx kritisierte Einseitigkeit auch bei ihm selbst wieder, denn auch er glaubt das Bestehen der Surplusbevölkerung aus e i n e r Ursache, der Bodensperre, letztlich ableiten zu können[166].

So wesentliche Gesichtspunkte uns die Oppenheimersche Argumentation für unser Problem auch liefert, im besonderen für das

[165] Deshalb konnten seine Argumente auch nicht in die Kompensationstheorie aufgenommen werden, abgesehen von der ablehnenden Stellung zur reinen Theorie.

[166] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 169.

2. Kapitel dieses Abschnitts: „Die Wandlung der Freisetzungstheorie zur Theorie der Surplusbevölkerung", so kann sie, wie wir besonders im 3. Hauptteil sehen werden, nur insoweit von Bedeutung sein und Erklärungswert besitzen, als sie einen, nicht den einzigen Entstehungs- und Verstärkungsfaktor der Surplusbevölkerung, und mit ihr der Arbeitslosigkeit, darstellt.

1. Kapitel: Die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie

Wir können, gemäß der Einteilung unserer Arbeit, die Oppenheimersche Kritik in zwei Teile zerlegen, in die Kritik an der Marxschen Freisetzungstheorie und die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie. Dabei wird sich zeigen, daß die Kritik an der Marxschen Freisetzungstheorie, soweit diese (die Marxsche Theorie) von der erweiterten Freisetzungstheorie übernommen ist, gleichzeitig eine Kritik an dieser erweiterten Theorie darstellt.

Weiter wird sich aber zeigen, daß die Marx-Kritik, soweit die Marxsche Theorie wesentlich erweitert worden ist — wie wir es in der Kritik der erweiterten Freisetzungstheorie an der Kompensationstheorie zeigten —, die Oppenheimersche Kritik bereits teilweise überholt hat.

Die Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie bringt sodann erst die eigentliche, wesentliche Kritik an der Freisetzungstheorie überhaupt und deren Wandlung zur Theorie der Surplusbevölkerung.

a) Die Kritik der von Marx entlehnten Bestandteile

Der Ansatzpunkt der Oppenheimerschen Kritik liegt — ähnlich dem Ansatzpunkt der Kompensationstheorie — darin, daß sie die Hauptprämisse der Marxschen Deduktion in der Konzeption der älteren Lohnfondstheorie sieht, aus der die Begriffe des konstanten und variablen Kapitals abgeleitet werden. Die zu irgendeinem Zeitpunkt der Kapitalistenklasse zur Verfügung stehenden Kapitalgüter, die aus vergangenen Produktionsperioden stammen, bilden aber keine quantitativ bestimmbare Größe. Sie dienen lediglich als Stamm für die Weiterführung der Produktion, der im Laufe der Produktionsperiode beliebig vermehrbar ist, wenn die Absatzverhältnisse sich günstig gestalten.

Nur vom Gesamtkapital in diesem Sinne hängen Beschäftigungsgrad und Lohnhöhe ab[167].

Ist damit die Größe des konstanten Kapitals eine quantitativ nicht bestimmbare, so auch nicht die Größe des variablen Kapitals. Der Lohnfonds am Anfang der Produktionsperiode ist auch nur der Stamm, der bei günstiger Konjunktur durch Kreditoperationen beliebig vergrößert werden kann. Das variable Kapital ist zwar die „Gesamtsumme der Arbeitslöhne", also eine nachträglich feststellbare Größe, kann aber nicht von vornherein bestimmt werden, da dies hieße, erst den Lohnfonds aus dem Lohn und dann den Lohn und den Beschäftigungsgrad aus dem Lohnfonds ableiten zu wollen[168].

Von der Kritik an der so konzipierten Lohnfondstheorie kommt Oppenheimer dann zur Kritik der von uns als Marxsche Grundprämisse bezeichneten Voraussetzung der Freisetzungstheorie: der notwendigen Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses durch die ökonomischen Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses.

Wie wir wissen, führt Marx die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses auf die bekannte Alternative der Akkumulation zurück[169]. Diese Alternative beweist nach Oppenheimer aber nicht, was sie beweisen will. Wächst nämlich im ersten Falle das variable Kapital schneller als die Arbeiterbevölkerung, steigt der Lohn, so ist es absolut n i c h t „augenscheinlich, daß in diesem Falle eine Verminderung der unbezahlten Arbeit die Ausdehnung der Kapitalherrschaft keineswegs beeinträchtigt"[170].

Das Kapitalverhältnis wird gesprengt, wenn der Arbeiter anfangen kann, selbst zu sparen, zu akkumulieren. Die Lohnsteigerung kann daher die Kapitalherrschaft in erheblichem Maße stören, da in diesem Falle von Marx kein Argument beigebracht ist, das es ausschlösse, daß der Lohn die Grenze der Sparmöglichkeit überschreiten kann[171].

Zu demselben Ergebnis kommt Oppenheimer in Verfolg des zweiten Falles der Alternative, wenn er fragt: Wann hört der Kapitalist auf zu akkumulieren? Die „Abstumpfung des Gewinnstachels" ist eine sehr allgemeine Formulierung. Marx selbst sagt

[167] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 146.
[168] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 147.
[169] Vgl. S. 35 dieser Arbeit.
[170] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 148.
[171] Vgl. Oppenheimer, Kapitalismus usw., S. 148 u. Grundgesetz S. 39—41.

an anderer Stelle: „Die Minimalgrenze des Zinses ist ganz und gar unbestimmbar. Er kann bis zu jeder beliebigen Tiefe fallen[172]."

Wird aber selbst zugegeben, daß einmal die Akkumulation aufhört, so ist noch nichts dagegen gesagt, daß inzwischen der Lohn jene Spargrenze noch nicht überschritten habe, die ja das Kapitalverhältnis nach Marx gegen jeden Einfall sichert[173]. Demnach müßte der Schluß so sein, daß der Arbeitslohn nicht über ein völlig unbestimmtes[174] Maximum wachsen kann; Marx' Schluß beruht aber darauf, daß der Lohn nicht über ein ganz bestimmtes[175] Maximum steigen kann, eben die Spargrenze. Es fehlt jeder Beweis, daß jenes unüberschreitbare, unbestimmte, Maximum mit dem von Marx behaupteten, bestimmten, Maximum zusammenfallen muß[176].

In unserem Abschnitt über die Schonzeit haben wir gerade dieses Problem bereits angedeutet, indem wir die Alternative anders stellten[177]. Daraus gewinnen wir einen Standpunkt gegenüber der Oppenheimerschen Kritik, der bei der Untersuchung des Kapitalexports noch seine nähere Bestimmung finden wird. Ist der Gedankengang, den wir damit erneut andeuten, richtig, so kann die Oppenheimersche Kritik an der Marxschen Freisetzungstheorie als in ihrem wesentlichsten Punkte überholt angesehen werden.

b) Die Kritik des positiven Beitrags zur Freisetzungstheorie

Wir zeigten im vorigen Abschnitt, wie Oppenheimer kritisch an die Argumentation der Marxschen Freisetzungstheorie heranging, indem er die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses aus der Marxschen Gesetzmäßigkeit in Frage stellte. Die erweiterte Freisetzungstheorie hat diese Kritik bereits teilweise überholt, die Theorie der Surplusbevölkerung wird die vorweggenommene Antikritik ergänzen.

Aber auch die ausgestaltete Marxsche Theorie, die erweiterte Freisetzungstheorie, läßt sich an einem Vorgang kritisieren, den Oppenheimer immer wieder in den Vordergrund aller Erörterungen rückt. Dieser Vorgang, der als solcher nie bestritten ist,

[172] Marx, Kapital III, 1, S. 343.
[173] Vgl. Oppenheimer, a. a. O., S. 148, 149.
[174] Sperrung im Original.
[175] Sperrung im Original.
[176] Vgl. Oppenheimer, Grundgesetz, S. 40.
[177] Vgl. S. 61/62 dieser Arbeit.

der aber geeignet ist, in seiner Erklärung die Freisetzungstheorie anzugreifen, ist die Verstadtlichung der Bevölkerung, die Urbanisierung.

Die städtische Bevölkerung besteht, entsprechend der Marxschen Prämisse — in ihrer ungeheuren Mehrheit aus beschäftigten Proletariern. Daraus geht aber hervor, daß der städtische Kapitalismus auf die Dauer keine Arbeiter freigesetzt hat, sondern daß er im Gegenteil der Nachfrage der Arbeit viel mehr Stellen eröffnet hat, als dem Zuwachs der städtischen Bevölkerung durch ihre eigene Geburtenvermehrung entsprochen hätte[178].

Es ist nach Oppenheimer festzustellen, daß die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter zunimmt, und zwar nicht nur absolut, sondern viel stärker als die Bevölkerung im ganzen und die Industriebevölkerung im besonderen.

Wenn aber trotzdem eine industrielle Reservearmee besteht, muß sie aus anderen Quellen als der industriellen Freisetzung stammen. Sie stammt vom Lande[179].

Der landwirtschaftliche Kapitalismus kann es dabei aber nicht sein, der sie freisetzt. Wie wir wissen, schaltete die erweiterte Freisetzungstheorie in dem Verlauf des Kapitalismus eine Phase der Kompensation durch Vorstoß in den nichtkapitalistischen Raum ein. Diese Phase der Schonzeit ist nach Oppenheimer — wie wir sehen werden — falsch erklärt. Wenn nämlich zugegeben werden muß, daß in der Gesamtindustrie die Freisetzung durch Mehreinstellung kompensiert wird, so kann die Theorie deshalb nicht richtig sein, weil sie den Freisetzungsprozeß nur aus der Analyse der Industrie erklärt hat[180].

Da die erweiterte Freisetzungstheorie aber den reinen Kapitalismus zur Grundlage ihrer Argumentation macht, müßte sie die Freisetzung wenigstens aus dem kapitalistischen Gesamtprozeß erklären können.

Aber auch dies kann ihr nach Oppenheimer nicht gelingen. Die Entwicklung des Kapitalismus zeigt deutlich, daß die Akkumulation und Zentralisation des Kapitals mit dem technischen Fortschritt in der Industrie unvergleichlich schneller vorgegangen ist als in der Landwirtschaft. Wäre es demnach richtig, wie die Freisetzungstheorie aussagt, daß die Akkumulation, mit ihrem Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, ein entsprechendes Wachsen der Surplusbevölkerung be-

[178] Vgl. Grundgesetz S. 94 ff., Kapitalismus usw. S. 152.
[179] Sperrung von mir.
[180] Kapitalismus usw. S. 154, und Grundgesetz S. 59.

dingt, so müßte die Industrie einen ihrer Größe entsprechenden viel stärkeren Prozentsatz der industriellen Reservearmee liefern als die Landwirtschaft[181].

Denn die Industrie besteht aus individuellen Betrieben, die durchschnittlich auf viel höherer Produktionsstufe stehen als die individuellen Betriebe in der Landwirtschaft. Das industrielle Gesamtkapital besteht aus individuellen Kapitalien, die daher in viel stärkerem Maße durch Akkumulation und Zentralisation gewachsen sind — und daher auch zu einem viel größeren Bestandteil aus konstantem Kapital, zu einem viel kleineren aus variablem Kapital zusammengesetzt sind — als die individuellen Kapitalien, die das Gesamtkapital der Landwirtschaft bilden.

Bestände die Beziehung zwischen industrieller Reservearmee und variablem Kapital gemäß der Präzision der Marxschen Gesetzlichkeit, so müßte gerade die Industrie allein in verstärktem Grade die Erscheinungen aufweisen, die die Gesamtwirtschaft oder gar die kapitalistisch soviel weniger entfaltete Landwirtschaft zeigen.

Im Gegenteil, statt auf die Dauer Arbeitskräfte freizusetzen, saugt die Industrie noch einen großen Teil von Arbeitskräften auf, die vom Lande stammen. Während die Landwirtschaft mit einem im Verhältnis zu ihrer Kopfzahl und zu der organischen Zusammensetzung ihres Kapitals viel kleineren Prozentsatz an der Bildung der industriellen Reservearmee beteiligt sein müßte, setzt sie tatsächlich viel mehr Arbeitskräfte frei als die Industrie[182]. Diese Arbeitskräfte stammen aber nicht einmal, wie es das Gesetz der Akkumulation fordern müßte, aus den Gebieten mit kapitalistisch ausgestatteten Großbetrieben, sondern aus den Gegenden der primitivsten, maschinenlosen Pächterkleinbetriebe[183].

„Die Produktion der Surplusbevölkerung erfolgt also augenscheinlich nicht im geraden, sondern im umgekehrten Verhältnis zu der Akkumulation des Kapitals[184]."

Da nach Oppenheimer weder der industrielle noch der agrarische Kapitalismus, also auch der Gesamtkapitalismus, als Produktionsweise eine Schuld an der Bildung der Surplusbevölkerung hat, muß ein anderer Entstehungsfaktor wirken, der —

[181] Grundgesetz S. 96/97.
[182] Vgl. Kapitalismus usw. S. 155, Grundgesetz S. 96 ff.
[183] Vgl. Kapitalismus usw. S. 157.
[184] Oppenheimer, Kapitalismus usw. S. 155.

wenn auch nicht ökonomisch-zirkulatorischen Ursprungs — doch auf den Zirkulationsprozeß dauernd einwirkt.

Wir werden diesen Entstehungsfaktor, die Abwanderung vom Lande, und ihre politisch-rechtliche Voraussetzung, die Bodensperre, im nächsten Kapitel zu untersuchen haben. Es ergibt sich daraus die Ergänzung der Oppenheimerschen Kritik an der Freisetzungstheorie, die wir schon hier vorwegnehmen müssen (denn sie hat — wie schon angedeutet — auch einen besonderen Erklärungswert für die Tatsache der Kompensation und der Schonzeit).

Ist nämlich, wie Oppenheimer meint, die Hochflutwelle der ländlichen Abwanderung vorüber, hat der industrielle Kapitalismus die in ihrer Stärke außerordentliche Störung durch die Schaffung der nötigen Stellen überwunden, dann kann sich der Lohn langsam heben.

Denn erstens sind die landwirtschaftlichen Großeigentümer gezwungen, die Löhne ihrer durch die Abwanderung dezimierten Arbeiterschaft entsprechend der Mechanisierung und Kapitalisierung zu erhöhen, da intensivere Wirtschaft mehr Arbeitskräfte gebraucht. Der Landarbeiterlohn bildet aber das Normalniveau auch für die städtischen Ungelernten, weil das städtische Kapital von neuem Arbeiter vom Lande heranziehen muß, um seinen Hunger auf Arbeitskraft zu befriedigen[185].

Zweitens wird aber nach Oppenheimers Ansicht auch die absolute Zahl der städtischen Arbeiter aus dem Grunde größer und der relative Druck auf die Löhne immer kleiner, weil sich mit dem jetzt nur beständig fließenden Strom von landwirtschaftlichen Abwanderern die lohndrückende Konkurrenz innerhalb der städtischen Arbeiterschaft vermindert[186].

Damit glaubt Oppenheimer gleichzeitig eine zureichende Lohntheorie gefunden zu haben, die alle Tatsachen der Vergangenheit und der Folgezeit erklärt. Er glaubt, damit vor allem die Tatsache erklären zu können, daß Geld- und Reallohn der städtischen Arbeiter die sichtbare Tendenz hatten zu steigen, obgleich immer noch eine Reservearmee auf den Markt drückte. Dieses scheinbare Paradoxon vom Standpunkte einer industriezentrischen Ökonomik läßt sich ohne Schwierigkeiten mit einer agrozentrischen Auffassung erklären: der Arbeitslohn bestimmt sich auf dem Lande, auch der der städtischen Arbeiter. Auf dem Lande

[185] Vgl. Kapitalismus usw. S. 164.
[186] Vgl. Kapitalismus usw. S. 164.

besteht aber seit langer Zeit ein Unterangebot von Arbeit, so daß das Niveau des Landarbeiterlohns, und mit ihm die Mindesthöhe des Industriearbeiterlohns, sich regelmäßig emporheben muß[187].

Das ist die Oppenheimersche Lösung des Problems der industriellen Reservearmee[188].

*

Wir haben mit der Oppenheimerschen Kritik schon einen Teil seiner positiven Theorie vorweggenommen. Diese Vorwegnahme entsprang notwendig dem Oppenheimerschen Gesamtsystem, dessen Hauptargument gegen die Freisetzungstheorie die Behauptung ist, daß etwas, was so ist, nicht anders sein kann. Wir können diese Argumentation für unser Problem aber nicht als stichhaltig erachten, weil Oppenheimer nicht beweisen konnte, daß es nur so sein muß und nicht auch anders sein kann.

Wir sehen immer mehr, daß es sich bei unserem Problem nicht um eine einseitig geschlossene Kausalkette mit einem oder dem anderen Faktor als einzig wirkendem handelt.

In dieser Erkenntnis liegt aber gleichzeitig die Fruchtbarkeit einer Gegenüberstellung von Theorien, die, soweit sie methodisch einwandfrei und gleichartig fundiert sind, mit ihrer gegenseitigen Kritik sich nicht aufzuheben brauchen, sondern vielmehr gerade aus dieser Kritik erkennen lassen, daß es sich nur um zwei Seiten eines vielseitigen Problems handelt.

Die erweiterte Freisetzungstheorie ist durch die Oppenheimersche Kritik nicht überwunden, aber sie wandelt sich zur Theorie der Surplusbevölkerung. Die Theorie der industriellen Reservearmee erfährt damit eine neue Erweiterung.

Nur in diesem Sinne — im Sinne der Vervollständigung des Komplexes von Entstehungsfaktoren der industriellen Reservearmee — geben wir die Oppenheimerschen Gedanken wieder, die in der Ablehnung der Theorie der industriellen Freisetzung gipfeln und besagen wollen, daß die Entstehung und Erhaltung der industriellen Reservearmee nur so zu erklären ist, wie er sie erklärt: als Folge der ländlichen Freisetzung.

2. Kapitel: Die Wandlung der Freisetzungstheorie zur Theorie der Surplusbevölkerung

Das 1. Kapitel unserer Grundlegung sagte uns bereits, welche Begriffsmerkmale dem als Theorie der Surplusbevölkerung zu-

[187] Vgl. Kapitalismus usw. S. 64/65.
[188] Vgl. Kapitalismus usw. S. 165.

sammengefaßten Teiltheorem eignen, und erklärte ihre Teilung in innere und äußere Surplusbevölkerung.

Damit lassen wir eine wesentliche Voraussetzung der erweiterten Freisetzungstheorie wieder fallen: die Herrschaft des reinen Kapitalismus, soweit damit die Durchkapitalisierung der ganzen Welt gemeint war. Wir werden nämlich sehen, daß es für das Weiterbestehen der industriellen Reservearmee und damit des Kapitalverhältnisses in den hochkapitalistischen Staaten und der Wechselbeziehungen zwischen beiden nicht notwendig der Konstruktion des reinen Kapitalismus bedarf. Wenn auch die Tendenzen zur Verwirklichung des reinen Kapitalismus weiterbestehen, so wirken — das sehen wir besonders im dritten Hauptteil — neben den Faktoren, die diese Tendenzen auslösen, Kräfte (Störungselemente) im System des Kapitalismus, die das Problem der Arbeitslosigkeit schon jetzt zum zentralen Problem des wirtschaftlichen Kreislaufs zu erheben scheinen, bevor wir von einem reinen Kapitalismus als empirischem Tatbestand sprechen könnten.

a) Die innere Surplusbevölkerung

Die innere Surplusbevölkerung setzt sich zusammen aus

1. freigesetzten Arbeitskräften,
2. zusätzlichen Arbeitskräften.

1. Die Freisetzung durch höhere organische Zusammensetzung des Kapitals durch den ganzen Prozeß der kapitalistischen Akkumulation haben wir ausführlich in der Freisetzungstheorie behandelt. Da sie zu den vornehmsten Kreationsfaktoren innerer Surplusbevölkerung gehört, muß sie in einer systematischen Aufstellung an erster Stelle hervorgehoben werden.

2. Neue Arbeitskräfte wachsen der industriellen Arbeiterarmee zu durch

a) Bevölkerungsvermehrung,
b) Niederkonkurrierung des Handwerks,
c) Abwanderung vom Lande.

Die Bevölkerungsvermehrung als zusätzliche Arbeitskraft findet — soweit sie bisher noch nicht genügend berücksichtigt werden konnte — ihre Behandlung im 3. Hauptteil.

Diesem Abschnitt bleiben daher die beiden Kreationsfaktoren der industriellen Reservearmee vorbehalten, die wir in der Niederkonkurierung des Handwerks und in der Abwanderung vom Lande zu erblicken haben.

1. Die Niederkonkurrierung des Handwerks

Die industrielle Reservearmee wurde verstärkt durch denselben Prozeß der Konkurrenz, der zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals und mit dieser zur Freisetzung führte, indem die Konkurrenz den selbständigen Handwerker in zunehmendem Umfange aus der gewerblichen Produktion hinausdrängte und so den Umfang des arbeitsuchenden Proletariats vergrößerte.

Die Merkmale dieses Vorganges sind so bekannt, daß wir auf eine ausführliche Analyse verzichten können. Stellen wir der Blütezeit des Handwerks in der Periode der gebundenen Zunftwirtschaft die heutige Marktwirtschaft gegenüber, so lassen sich wesentliche fehlende Bedingungen für selbständige handwerkliche Arbeit unschwer erkennen.

Die Expropriierung des Handwerks mußte hier aber gesondert gestreift werden, weil die Freisetzung der Arbeit durch die Maschine den Kapitalismus in allen seinen historischen Phasen begleitet, während die Verstärkung der Reservearmee durch die Proletarisierung des Handwerks für jedes kapitalistische Land im wesentlichen einen einmaligen Vorgang darstellt und in den hochkapitalistischen Ländern als annähernd abgeschlossen zu betrachten ist.

Soweit sich das Handwerk erhielt, hat es sich in das kapitalistische System eingefügt und untersteht damit im wesentlichen den Bedingungen des Kapitalverhältnisses ebenso wie das industrielle Proletariat.

2. Die Abwanderung vom Lande

Wir haben im 1. Kapitel dieses Abschnittes die Tatsache der Urbanisierung als Ausgangspunkt der Oppenheimerschen Kritik an der Freisetzungstheorie gekennzeichnet. Sie ist, wie teilweise schon ersichtlich wurde, der Ausgangspunkt der Oppenheimerschen Theorie überhaupt.

Das Problem, das sich Oppenheimer stellt, ist das gleiche, das die Freisetzungstheorie zu lösen sich anschickte. Die Aufgabe ist, die Surplusbevölkerung und damit den Druck auf die Löhne der aktiven Arbeiterarmee und die ständige Reproduktion des ursprünglich durch außerökonomische Gewalt geschaffenen Kapitalverhältnisses aus den Systembedingungen des Kapitalismus selbst abzuleiten[189].

[189] Vgl. Kapitalismus usw. S. 158.

Die gegebenen Daten der Oppenheimerschen Untersuchung, die er die „Theorie vom einseitig sinkenden Druck" nennt, sind bereits in der Marxschen Grundprämisse enthalten, tragen bei Oppenheimer aber den besonderen politisch-rechtlichen Charakter.

Diese Voraussetzungen sind: Erstens das massenhafte Vorhandensein freier Arbeiter, im besonderen freier Landarbeiter. Diese sind ohne eigenen Landbesitz, haben also nicht die zur Verwirklichung ihrer Arbeitskraft nötigen Produktionsmittel, und sind politisch frei, besitzen die Freizügigkeit und die Freiheit der Arbeitswahl.

Die erste Voraussetzung ist gleichzeitig die zweite: das durch Sperrung des Bodens entstandene massenhafte Großgrundeigentum.

Drittens ist das Wachstum der Bevölkerung vorausgesetzt. Oppenheimer deduziert daraus folgendes[190]:

Wo eine Bevölkerung wächst, wächst, ceteris paribus, die gesellschaftliche Kooperation und steigt daher die Güterversorgung. Bei völlig freier Konkurrenz, ohne Einfluß irgendwelcher Monopole, müßte sich das vermehrte Sozialprodukt gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilen, mit anderen Worten: bei wachsender Bevölkerung und freier Konkurrenz hat der wirtschaftliche Druck die Tendenz, gleichmäßig zu sinken.

Die Gleichmäßigkeit der Druckminderung kann sich aber nur dann durchsetzen, wenn ein Teil des Zuwachses der Landbevölkerung fortwandert, teils in die Städte, teils ins Ausland. Das ist nötig, weil die industrielle Produktion unter dem „Gesetz der steigenden Erträge" steht, während die landwirtschaftliche Produktion dem „Gesetz der sinkenden Erträge" unterliegt. Es besteht demnach die Tendenz, den Druck über der Landwirtschaft langsamer zu senken als über der Industrie.

Diese Tendenz kann sich aber nicht durchsetzen, weil der Druckunterschied, schon im Augenblick seiner Entstehung, durch eine entsprechende Abwanderung vom Lande ausgeglichen wird. Das hat zur Folge, daß erstens die Konkurrenz in der Industrie und mit ihr der wirtschaftliche Druck etwas erhöht wird, daß zweitens neuer Boden in Anspruch genommen und damit der Preis der Urprodukte erhöht wird, und daß drittens die auf den Kopf der Landbevölkerung entfallende Nutzfläche um einen geringeren Durchschnitt gesenkt wird, als wenn der ganze Nachwuchs auf dem Lande geblieben wäre.

---

[190] Kapitalismus S. 159—161.

Dieser Prozeß gilt aber nur für die reine Ökonomie, bei der kein Ackerproletariat besteht, weil sich die „Okkupation" des Grund und Bodens nur durch selbstwirtschaftende Bauern vollzogen hat. Er gilt nicht für die politische Ökonomie, in der sich die Okkupation des Bodens durch außerökonomische Gewalt, als Sperrung in der Rechtsform des Grundeigentums, vollzogen hat.

Die oben für die Landwirtschaft abgeleitete Druckminderung kommt nämlich — soweit das Großgrundeigentum vorherrscht — nicht allen landwirtschaftlichen Produzenten zugute, sondern lediglich den Eigentümern. Die Ackerproletarier sind auf ein Einkommen gesetzt, das zwar nicht jede Veränderung ausschließt, das aber jedenfalls von der „allgemeinen" Druckminderung unabhängig ist: das vom Großgrundeigentum abhängige Ackerproletariat steht unter konstantem wirtschaftlichen Druck.

Während mit wachsender Bevölkerung und Kooperation der Druck über allen anderen Schichten der Volkswirtschaft sinkt, ihr Einkommen steigt, bleibt der Druck über dem Ackerproletariat der gleiche, das Einkommen dasselbe.

Je blühender daher sich die Kooperation in den industriellen Städten entfaltet, um so größer wird der Druckunterschied und damit das Gefälle zwischen Ackerproletariat und übriger Bevölkerung: die Abwanderung vom Lande.

Erst dadurch entsteht in den Städten Surplusbevölkerung, und diese Surplusbevölkerung, diese in die Industriebezirke einströmende Masse, ist es, die dem Kapitalismus dieselben Dienste leistet wie die von Marx konstruierte und von der erweiterten Freisetzungstehorie verteidigte Freisetzung: die Dienste einer industriellen Reservearmee.

Der Lohn der beschäftigten Arbeiter wird gedrückt, obgleich ihre Zahl im großen und ganzen zunimmt, das Kapitalverhältnis wird beständig reproduziert, die Notlage der Gesamtarbeiterschaft „verewigt"[191].

Das ist die positive Theorie Oppenheimers, mit der er uns das Problem der industriellen Reservearmee, im Rahmen seiner politischen Ökonomie, in einem anderen Lichte zeigen konnte als dem der Freisetzungstheorie.

Exkurs: Amerika – Europa

Die Oppenheimersche Erkenntnis wird unterstrichen, wenn man sie in Beziehung bringt zu der heute oft gestellten Frage

[191] Vgl. Kapitalismus usw. S. 161.

nach den Entwicklungstendenzen der Alten und Neuen Welt, der Frage: Wird sich der europäische Kapitalismus in einer Richtung entwickeln, die zu amerikanischen Verhältnissen hinführt? — Oder umgekehrt: Wird sich der amerikanische Kapitalismus in einer Richtung entwickeln, in Verlauf derer sich auch in Amerika europäische Verhältnisse herausbilden?

Betrachtet man die Verhältnisse der Vereinigten Staaten[192], so kann festgestellt werden, daß dieses Wirtschaftsgebiet seinerzeit durchkapitalisiert wurde, ohne daß es, wie in Europa und den alten Kulturländern des Orients, nötig war, vorkapitalistische Wirtschaftsformen niederzukonkurrieren. Dort wurde also die industrielle Reservearmee, soweit eine solche überhaupt entstand, nicht durch innere exogene Faktoren gestärkt.

Im Gegenteil, da es eine große terra libera gab, war dort eine starke Abwanderung aufs Land, eine Stadtflucht, möglich, zu einer Zeit, in der in Europa die Landflucht immer ernstere Formen annahm. Die Besitzergreifung des Bodens erfolgte nicht nur durch neue Einwanderer, sondern auch durch früher Eingewanderte, denen es aus ökonomischen Gründen vorteilhafter erschien, mit ihrer Arbeitskraft den Boden zu bebauen, als sie dem industriellen Unternehmer zur Verfügung zu stellen.

Trat das umgekehrte Verhältnis ein, wurden die ökonomischen Verhältnisse in der Industrie so gestaltet, daß sich dort größere Verdienstmöglichkeit bot, als dem Ertrag des Landbaues entsprochen hätte, so wurde der Besitz an Land leichtherzig aufgegeben.

Der amerikanische Arbeiter war in der Lage, seine Arbeitskraft dem kapitalistischen Arbeitsmarkte zu entziehen, er war nicht in dem Sinne „frei" wie der europäische Arbeiter.

Der Tatbestand, daß die industrielle Reservearmee durch Abwanderung aufs Land stets verringert werden konnte, daß also durch sie in Depressionszeiten kein Lohndruck stattfinden mußte, hatte dieselben Folgen wie die Kompensation auf dem Kontinent: eine Schonzeit, und zwar Schonzeit ohne die Voraussetzung des imperialistischen Vorstoßes[193].

Im Gegensatz zu den europäischen Ländern, in denen die Schonzeit erst Folge des Imperialismus war, begann der Kapitalis-

---

[192] Vgl. für das Folgende Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 379, und Brentano, in: Die Gesellschaft, „Amerika-Europa", 3. Jg., 1926, I. Bd., S. 195 ff.

[193] Vgl. Sternberg, Imperialismus, S. 578.

mus in Amerika gleichzeitig mit der Schonzeit seiner Arbeiterschaft. Daher gibt es dort auch noch keine nennenswerte Arbeiterbewegung im europäischen Sinne. Keine Arbeiterbewegung der Welt ist ihrer Struktur nach so den Kapitalismus bejahend eingestellt wie die amerikanische[193].

Es ist aber die Ansicht vieler Theoretiker, die sich gerade mit amerikanischen Verhältnissen beschäftigt haben, daß mit der völligen Okkupation der terra libera in Amerika dieselbe soziale Frage entstehen wird wie in Europa. Wird diese Prognose von der Erfahrung bestätigt, so wird sich in steigendem Umfange auch für Amerika die Theorie der industriellen Reservearmee verifizieren.

*

Der Exkurs, der im wesentlichen Sternbergsche Gedanken enthielt, wie sie allerdings schon vorher von anderen Forschern ausgesprochen wurden, zeigt, daß Sternberg nicht nur Vertreter der von uns als erweiterte Freisetzungstheorie bezeichneten Theorie ist, sondern daß er auch in die Problematik der Arbeitslosigkeit bereits tiefer eingedrungen ist als Oppenheimer, indem er die Gedanken Oppenheimers, soweit sie dazu beitragen, die Erklärung des Phänomens: „industrielle Reservearmee" zu vervollständigen, mit in seine Argumentation aufnimmt.

„Der Kapitalismus kann sich stets eine Reservearmee durch immer höhere organische Zusammensetzung des Kapitals schaffen; das ist der immanente Gegenbeweis gegen die Oppenheimersche Hauptthese. Der Landarbeiter ist nicht mehr als e i n e r der Faktoren, die in einer gewissen historischen Phase der kapitalistischen Produktionsweise die Reservearmee noch verstärken, er ist nicht der einzige, und daher ist die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auch ohne ihn möglich[194]."

Sternberg gehört also ebenso zu den Vertretern der von uns als Theorie der Surplusbevölkerung bezeichneten Theorie, zumal er uns im nächsten Kapitel noch Wesentliches über das Problem des Kapitalexports zu sagen hat.

Es sei hier bemerkt, daß es nicht Aufgabe dieser Arbeit sein kann, sich in den mehr oder weniger erfreulichen Streit zwischen Oppenheimer und Sternberg einerseits und Sternberg und Neißer andererseits einzumischen, der im Archiv für Sozialwissenschaf-

[194] Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 354.

ten und Sozialpolitik[195] bzw. in den Kölner Sozialpolitischen Vierteljahrsheften[196] ausgefochten wurde, und der zu keinem anderen Ergebnis führen konnte als dem, daß die streitenden Theoretiker davon überzeugt sind, sich gegenseitig nicht überzeugen zu können.

Wir sprachen bereits mehrfach aus, daß es wohl unsere Aufgabe ist, Klärendes zur Problemstellung und Problemlösung des Phänomens Arbeitslosigkeit beizutragen, indem wir die Argumente der wesentlichsten Lehrmeinungen sammeln und gegenüberstellen. Es ließ sich dabei nicht umgehen, daß wir — bei allem Willen zur Objektivität — aus einer bestimmten Grundeinstellung heraus einigen Lehrmeinungen einen größeren Erklärungswert beimessen mußten als anderen.

Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir behaupten, daß sich die Wirtschaftstheorie in einer ebenso starken Krise befindet wie die Wirtschaft selbst. Es wäre daher ein törichtes Unterfangen von uns, wollten wir versuchen, Endgültiges über Zusammenhänge auszusagen, die noch viel zu sehr in Fluß und Bewegung sind, um aus ihnen ein geordnetes Bild zu gewinnen.

b) Die äußere Surplusbevölkerung

1. Der Kapitalexport

„Der Vorstoß in nichtkapitalistische Territorien schafft die Unabhängigkeit des Kapitalismus von den Faktoren der inneren Surplusbevölkerung[197]."

Der imperialistische Vorstoß durch Kapitalexport verschlechtert à la longue die Position der Arbeiterklasse, da er durch Verringerung des Zählers im Bruch $\frac{\text{Kapital}}{\text{Arbeit}}$ die Reservearmee verstärkt[198].

Wie wir aus dem Kapitel über die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie bereits wissen, retardiert der Kapitalexport im Mutterlande einerseits die Entwicklung zur höheren organischen Zusammensetzung, anderer-

---

[195] Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. S. 496: Fritz Sternbergs Imperialismus.

[196] VII. Jahrg., Heft 1: Fritz Sternberg u. Hans Neißer, Imperialismus und wirtschaftliches Gleichgewicht.

[197] Sternberg, Imperialismus, S. 83.

[198] Vgl. Sternberg, Kölner Sozialpolitische Vierteljahrshefte 7. Jg., Heft 1, S. 37.

seits beschäftigt er größere Arbeitermassen, da der imperialistische Vorstoß und die Entstehung eines kolonialen Proletariats nicht zusammenfallen. Der Kapitalexport wirkt also zunächst in Richtung der Kompensation der industriellen Reservearmee.

An die Tatsache dieser Kompensation schloß sich bei Oppenheimer die Kritik an der Marxschen Alternative. Sternberg stellte diese Alternative, wie wir wissen, anders, indem er behauptete, daß der Kapitalismus die Arbeiterschaft gehindert hat, die Spargrenze, den Punkt D des Sternbergschen Schemas des Arbeitstages, zu überschreiten durch fortwährende Schaffung von Surplusbevölkerung, die noch aus anderen Quellen gespeist wurde, als Marx sie nachwies. Und eine dieser Quellen ist der Kapitalexport.

Weltwirtschaftlich ist durch Kapitalexport selbstverständlich keine Surplusbevölkerung zu schaffen, also gilt dieser Kreationsfaktor der industriellen Reservearmee auch nicht für den reinen Kapitalismus. Da er aber die Entwicklung zum reinen Kapitalismus beschleunigt, damit auch indirekt eine Verstärkung der Faktoren auslöst, die, im noch nicht völlig durchkapitalisierten Raum, zur Bildung der industriellen Reservearmee führen, so ist schon dieser Einfluß nicht zu unterschätzen.

Gleichzeitig schafft der Kapitalexport aber für das hochkapitalistische Land in der Phase des Imperialismus direkt Surplusbevölkerung.

Dabei geht ein Export von Kapital natürlich nicht so vor sich, daß — wie Oppenheimer ironisch meint — der Kapitalist, da er sein fixes Kapital nicht ausführen kann, sein variables Kapital ausführt, um damit sein fixes Kapital zu entwerten[199] — natürlich eine Unmöglichkeit —, sondern er exportiert Produktions- und Konsumtionsmittel. Der Kapitalexport besteht eben darin, daß die Zahlung für ausgeführte Güter für längere Zeit kreditiert wird.

Der Kapitalexport ist demnach ein Mittel der Schaffung von Surplusbevölkerung, das besonders dann angewandt wird, wenn die anderen Faktoren der Surplusbevölkerung: Freisetzung, Bevölkerungsvermehrung, Niederkonkurrierung des Handwerks und Abwanderung vom Lande in ihrer Wirkung beeinträchtigt oder zeitweise aufgehoben sind.

Eine ausführliche Verifikation dieser Erkenntnisse durch empirische Tatsachen und Vorgänge gibt Sternberg im historischen Teil seines Imperialismus.

---

[199] Vgl. Archiv für Sozialw. u. Sozialpol., 57, 2, S. 520.

Nicht ein Faktor oder ein anderer ist es, der die industrielle Reservearmee schafft, sondern ein Komplex von Faktoren, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und von denen bald der eine, bald der andere das Übergewicht haben kann[200].

2. Wanderung

a) Auswanderung

Auch hier können wir an das Kapitel über die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie anknüpfen. Es wurde dort betont, daß die Möglichkeit, durch imperialistischen Vorstoß in Kolonial- und reine Siedlungsgebiete die industrielle Reservearmee zu kompensieren, sich ständig verringert, da dort in steigendem Maße eigene Industrien mit eigenem Proletariat entstehen. Der Auswanderung nach solchen Gebieten stellen sich daher immer größere Schwierigkeiten entgegen.

Unterscheiden wir zwischen der Auswanderung gelernter und ungelernter Arbeiter, so kommt eine Auswanderung im wesentlichen nur noch für gelernte Facharbeiter in Frage. Diese Auswanderung bedeutet aber für das abgebende Land keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit, sondern im allgemeinen eine Verringerung der Arbeitsgelegenheit[201], denn, wenn unersetzliche Facharbeiter auswandern und damit direkt der Fortgang des Produktionsprozesses gestört werden kann, so verstärkt sich diese Störung noch dadurch, daß solche Auswanderung indirekt die Konkurrenzfähigkeit zwischen dem Einwanderungs- und Auswanderungsgebiet zuungunsten des letzteren beeinflußt.

Doch wird hiervon ganz abgesehen, so bleibt der Umstand, daß die Auswanderung ungelernter Arbeiter in steigendem Maße unmöglich wird, durch die die Bildung der industriellen Reservearmee längere Zeit retardiert werden konnte. Die Einwanderungsgebiete sperren sich immer mehr gegen den Zufluß ausländischer Arbeitskräfte. Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten, nach Kanada und Argentinien in den Jahren 1910 bis 1914 und 1921 bis 1925 bildet, nach Sternberg, eine deutliche Illustration des theoretischen Arguments[202].

---

[200] Vgl. zu den vorstehenden Ausführungen über Kapitalexport Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 353—358.

[201] Vgl. Wernsing, a. a. O., S. 40.

[202] Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., 59, 2, S. 351/52.

Nach dem bei Sternberg zitierten „Annual Report of the Commissioner General of Immigration to the Secretary of Labour" stellte sich die Einwanderung nach den U. S. A. in folgenden Zahlen dar:

1910—1914		dagegen	1921—1925	
1910	1 041 570		1921	805 228
1911	878 587		1922	309 556
1912	838 172		1923	522 919
1913	1 197 892		1924	706 896
1914	1 318 480		1925	294 314

Diese Verringerung der Auswanderung nach U. S. A. wird nicht kompensiert durch eine Vermehrung der Auswanderung nach Argentinien oder Kanada.

Die Gesamteinwanderung in Argentinien betrug nach der „Revista de Econimia Argentina, Buenos Aires 1926":

1910—1914		dagegen	1921—1925	
1910	338 828		1921	122 367
1911	281 622		1922	161 009
1912	379 117		1923	232 501
1913	364 878		1924	191 169
1914	182 672		1925	209 873

Die Einwanderung in Kanada betrug nach „The Canada Yearbook":

1910—1914		dagegen	1921—1925	
1910	208 794		1921	148 477
1911	311 084		1922	89 999
1912	354 237		1923	72 887
1913	402 432		1924	148 563
1914	384 878		1925	111 362

Die angeführten Zahlen geben im großen und ganzen ein Bild, das geeignet ist, die Sternbergschen Ausführungen zu illustrieren. Die Zahlen ließen sich noch in verschiedener Hinsicht auswerten; wir unterlassen diese Auswertung, weil es uns nur darauf ankommen konnte, mit ihnen eine grobe Illustrierung unserer Theorie zu geben, für deren theoretischen Geltungswert sie direkt nichts besagen sollen.

Wir stellten fest, daß die Kompensationsmöglichkeit in den hochkapitalistischen Staaten durch Auswanderung in die sich immer stärker durchkapitalisierenden Einwanderungsgebiete in steigendem Maße fortfallen muß. Der kontinentale Kapitalismus reagiert darauf mit einer Bewegung in Richtung des Stillstandes, ja des Rückganges der Lebensstandardverbesserung für die Arbeiterschaft. Die Reallöhne sind nicht weiter in die Höhe gegangen, oft ist bereits ein Rückgang zu verzeichnen, trotz des Widerstandes der Arbeiterorganisation[203].

Die theoretische Ableitung läßt sich schon heute in hohem Maße verifizieren[204].

b) Einwanderung

Die Einwanderung soll hier nur insoweit berücksichtigt werden, als sie in Richtung der Verstärkung der Abwanderung vom Lande wirkt. Bei den großen Schwankungen im Arbeiterbedarf in der Landwirtschaft wandern ausländische Arbeitskräfte als Saisonarbeiter zu, nach Deutschland besonders Polen. Wanderarbeit führt aber ebenfalls zur Entvölkerung des platten Landes[205], und die „Ausländer des Ostens verdrängen selbst die Binnengänger in der Landwirtschaft immer mehr[206]".

Dieser kurze Hinweis mag genügen.

*

Fassen wir die Erkenntnisse des 2. Hauptteils unserer Arbeit kurz zusammen, so können wir feststellen, daß es — nach Ansicht der von uns als erweiterte Theorie der industriellen Reservearmee bezeichneten Theorienkomplexes — im wesentlichen bisher zwei Hauptfaktoren sind, die das Bestehen der industriellen Reservearmee beeinflußt haben: die Freisetzung und die Abwanderung vom Lande, erstere sich immer stärker durchsetzend mit der fortschreitenden Entwicklung zum reinen Kapitalismus hin, letztere als eine ständige Folge des Gesetzes vom einseitig sinkenden Druck bei der herrschenden Grundeigentumsverteilung.

Es schien, als ob die Theorie, der dieses Gesetz entsprang, eine immanente Kritik an der Freisetzungstheorie darstellte. Im Gegensatz zu Oppenheimer sehen wir in ihr aber nicht eine

---

[203] Der Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks.
[204] Vgl. Sternberg, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., a. a. O., S. 350—353.
[205] Vgl. Areboe, a. a. O., S. 10.
[206] Lüttgens, a. a. O., S. 14.

solche, sondern vielmehr eine Ergänzung der Theorie der industriellen Reservearmee.

Diese Theorie, als eine Theorie der Störungsfaktoren im kapitalistischen Wirtschaftssystem, wurde weiter ergänzt durch den Faktor Kapitalexport, der die Einhaltung der Spargrenze ermöglichte bei teilweisem Versagen eines der beiden Hauptfaktoren oder beider, und unterstützt von dem jetzt allmählich abebbenden Prozeß der Niederkonkurrierung des Handwerks und von der immer mehr steigenden Unmöglichkeit der Auswanderung.

Damit ist, wie schon hinreichend betont, bereits ein Komplex von Störungsfaktoren aufgezeigt, der im kapitalistischen Wirtschaftssystem auf die dauernde Erhaltung und Vergrößerung der industriellen Reservearmee hinwirkt.

„Die Darstellung der politischen Ökonomik als der reinen", wie sie Oppenheimer der reinen Ökonomie vorwirft[207], scheint sich mit zunehmender Deutlichkeit als theoretische Unmöglichkeit zu erweisen.

[207] Vgl. S. 19 dieser Arbeit.

DRITTER HAUPTTEIL

Die Theorie der Arbeitslosigkeit

Haben wir bisher zu zeigen versucht, wie sich die Theorie der industriellen Reservearmee allmählich über die Freisetzungstheorie, die Kompensationstheorie, die erweiterte Freisetzungstheorie und deren Kritik durch Oppenheimer zu einer Theorie der Surplusbevölkerung gewandelt hat, einer Theorie, die schon die verschiedensten Entstehungsgründe von Arbeitslosigkeit erkannt und in ein System zusammenzufassen versucht hat, so erfährt unser Problem jetzt noch eine weitere Wandlung zu einem Theorienkomplex, den wir die Theorie der Arbeitslosigkeit nennen, und der die bisherigen Ergebnisse teilweise kritisch, teilweise zusammenfassend, teilweise unter einem ganz anderen Gesichtswinkel zu sehen und zu erklären versucht. Das Grundlegende ist schon im ersten Kapitel des einleitenden Teiles gesagt. Es sei hier noch einmal kurz wiederholt unter dem Eindruck der heute in besonders hohem Maße in Erscheinung getretenen Arbeitslosigkeit.

I. ABSCHNITT

Die Tatsache der Arbeitslosigkeit im Lichte der neuen Theorie

1. Kapitel: Die Tatsache der Arbeitslosigkeit nach dem Kriege

Während wir vor dem Kriege zwar immer mit einer geringen Mindestziffer der Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten, die sich aus der „normalen Fluktuation" in den Arbeitsverhältnissen u. dgl. ergibt, als einer bekannten Erscheinung, „die den lebendigen Arbeitsprozeß der Wirtschaft begleitet[208]", haben sich die Arbeitsmarktverhältnisse nach dem Kriege so gestaltet, daß zeitweise anormal große Massen von Arbeitslosen auf den Arbeitsmarkt drückten.

[208] Zwiedineck S. 24 a. a. O.

Während vor dem Kriege die Arbeitslosigkeit nur einen Prozentsatz von 4,1 bis 4,4 Prozent der erwerbsfähigen Arbeitskräfte höchstens aufwies, sind nach dem Kriege Beschäftigungsausfälle von 10 bis 30 Prozent keine Ausnahmen mehr[209]. Die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit kann allerdings bisher nur eine sehr ungenaue sein. So sind die neu auftretenden Arbeitskräfte, die keine Beschäftigung finden, in den Erwerbslosenziffern nicht enthalten, da diese nur die bereits Beschäftigten und gegebenenfalls Unterstützungsberechtigten aufführen. Auch die Heranziehung der Ziffern bei den Arbeitsnachweisen kann die Erfassung der zahlenmäßigen Höhe der Arbeitslosigkeit nicht fördern, da hier auch die Kräfte mitgezählt werden, die bereits beschäftigt waren[210].

Die im folgenden schlagwortartig dargestellte Entwicklung der Nachkriegsarbeitslosigkeit in Deutschland von der Stabilisierung an — die Inflationszeit kann als außergewöhnliche Periode nicht zur Betrachtung herangezogen werden — kann daher auch nur ungefähre Schätzungen enthalten.

In der von der Industrie- und Handelskammer Berlin herausgegebenen Aufsatzreihe über das Problem der Rationalisierung finden wir in dem Hirschschen Aufsatz über Rationalisierung und Arbeitslosigkeit[211] einen kurzen Überblick, bei dem uns zunächst mehr die Ziffern der Arbeitslosigkeit als deren Erklärung interessieren.

Die Stabilisierung der deutschen Währung „begann als Nachwirkung der Ruhrkrise mit einer riesigen Arbeitslosigkeit. Die genaue Zahl wissen wir nicht; als wir Anfang 1924 wieder die Kontrolle über das Ruhrgebiet erhielten, mag es etwa 1 Million gewesen sein. Dann setzte das Wiedererstarken der inneren Kaufkraft und zugleich die Rationalisierung der Industrien ein; zunächst unter starker Mitwirkung der Auslandkredite. Das senkte die Arbeitslosenzahl, obwohl gegenüber der Vorkriegszeit wenigstens 4 Millionen Deutsche mehr erwerbstätig waren, auf ihren seit Kriegsende wohl niedrigsten Satz, ungefähr 200 000, Anfang 1925. Dann begann ruckartig das Ansteigen der Arbeitslosigkeit bis zur schwersten Arbeitslosenkrise, die ihren höchsten Stand im Januar 1926 erreichte, wo wahrscheinlich $2^1/_4$ Millionen deutscher Menschen völlig arbeitslos waren[212]."

---

[209] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 1/2.
[210] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 9.
[211] Berlin 1928 (siehe auch Literaturverzeichnis).
[212] Hirsch, a. a. O., S. 68/69.

Auf Grund welchen Materials Hirsch diese Ziffern geschätzt hat, wird nicht von ihm angegeben. Wenn aber auch die folgenden Zahlen, die Zwiedineck anführt, etwas von der Hirschschen Schätzung abweichen, so ist diese Abweichung für unser Problem recht nebensächlich, da wir erstens nur ein grobes Bild der Nachkriegsarbeitslosigkeit geben wollen und zweitens statistisches Material überhaupt nur zur Veranschaulichung, niemals zu Beweiszwecken heranziehen, auf Exaktheit in diesem Punkte also keinen allzu großen Wert zu legen brauchen.

Nach Zwiedineck betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge:

am 1. Juli 1925	rund	195 100
„ 1. Dezember 1925	„	675 000
„ 1. Januar 1926	„	1 485 000
„ 1. März 1926	„	2 056 000
„ 1. Juli 1926	„	1 742 000
„ 1. November 1926	„	1 308 000

Danach stieg diese Teilmasse der Arbeitslosen vom Juli 1925 bis Juli 1926 um rund $1^1/_2$ Millionen[213].

Vom 2. Viertel des Jahres 1926 an sinkt mit Schwankungen die Zahl der Arbeitslosen wieder dauernd; „im Oktober 1927 zählte man einen Stand von $^1/_3$ Million. Ganz gewiß haben zu der relativ schnellen Überwindung der deutschen Arbeitslosigkeit zwei außerdeutsche Momente beigetragen: der britische Bergarbeiterstreik, der für Deutschland dasselbe war wie eine große Auslandsanleihe, nur daß sie nicht zurückgezahlt zu werden brauchte. Und dann sehr stark der Auslandskredit, auch in den letzten 10 Monaten“ — bis August 1928 —, „der, wenn man ihm die eine Form sperrte, nun in der anderen erst recht hereinkam[214].“

Wie weit die Erklärungen, die Hirsch der Entwicklung der Nachkriegsarbeitslosigkeit gibt, von uns als zutreffend erachtet werden, wird erst an späterer Stelle deutlich werden. Die Tatsache: Arbeitslosigkeit — als ein auf einen Tatbestand der wirtschaftlichen Erfahrung abzielender Erkenntnisbegriff der ökonomischen Theorie — tritt uns heute mit zunehmender Deutlichkeit entgegen.

---

[213] Zwiedineck, a. a. O., S. 36.
[214] Hirsch, a. a. O., S. 68/69.

2. Kapitel: Die besonderen Merkmale der Nachkriegsarbeitslosigkeit

In seinem kürzlich erschienenen Werk über den Kreislauf der Wirtschaft erkennt Wilken das Problem der Arbeitslosigkeit als das aktuellste Symptom der gegenwärtigen, fast ununterbrochenen Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufs[215]. In ihr „bekundet sich eine Störung der Zirkulation, ein Versagen ihrer Verwirklichung"[216]. Die Zirkulation als gesamtwirtschaftliches, formbildendes Prinzip gestaltet die Struktur des wirtschaftlichen Lebensprozesses[217]. Sie kann aber das wirtschaftliche Endziel — einen Gleichgewichtszustand — nur erreichen, wenn sie die Arbeitskräfte, welche die Zirkulation ihrerseits verwirklichen, in das Gefüge derselben einordnet. In der Nachkriegszeit hat die zirkulatorische Organisation aber völlig versagt[217].

In den Gründen dieses Versagens, die zugleich Ursachenfaktoren von Arbeitslosigkeit sind, finden wir die besonderen Merkmale der Nachkriegsarbeitslosigkeit.

Für die heutige Arbeitslosigkeit ist festzustellen, daß das Arbeitslosigkeitsproblem nicht nur eine Besonderheit der Zeit nach einem großen Kriege ist. Die bisherige Analyse hat ergeben — und die weitere wird es in noch deutlicherer Weise ergeben —, daß nur diejenigen Ursachen von Arbeitslosigkeit einen vorübergehenden Charakter besitzen, die nicht in einer Verletzung der gesetzmäßigen Struktur der Kreislauforganisation ihren Grund haben und deshalb immer wiederkehren müssen[218].

Die Ursachen aber, die eine solche Verletzung der Zirkulation herbeiführen können — soweit sie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus am innerlichsten sind und in hervorragendem Maße als endogene bezeichnet werden müssen —, enthüllen sich erst aus der genügend fortgeschrittenen Analyse der wirtschaftlichen Zirkulation[219].

Diese Analyse, soweit sie bisher nur unvollständig gegeben werden konnte, zu vertiefen und ihr das Phänomen der Arbeitslosigkeit zuzuordnen, ist wesentlichste Aufgabe dieses dritten Teils unserer Untersuchung. Der Versuch einer exakten Problemstellung und Problemlösung gewinnt damit einen neuen Charakter.

---

[215] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 1.
[216] Wilken, a. a. O., S. 1.
[217] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 1.
[218] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 2.
[219] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 2/3.

3. Kapitel: Die Erweiterung der Problemstellung der neuen Theorie

Um eine möglichst exakte Problemstellung zu gewinnen, ist es zunächst nötig, die dem Aufbau dieses dritten Teils zugrunde liegende Gliederung in die Gruppen von Arbeitslosigkeit durch Freisetzung von Arbeitskräften und Arbeitslosigkeit durch Zusätzlichkeit von Arbeitskräften abzuleiten.

Im einleitenden Teil unterschieden wir in dem Abschnitt über den heutigen Begriff der industriellen Reservearmee drei Ursachenkomplexe von Arbeitslosigkeit: die Ausstellung von Arbeitskraft, die Freistellung von Arbeitskraft und das Auftreten zusätzlicher Arbeitskraft.

Stellen wir diese drei Ursachentypen der Arbeitslosigkeit einander gegenüber und betrachten ihren inneren Zusammenhang, so ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung ein neuer Gesichtspunkt.

Den Gegenpol zu den zuletzt genannten, zusätzlichen Arbeitskräften, deren Einstellung in die Wirtschaft ein besonderes zirkulatorisches Problem ist, bilden die Ausgestellten, die der Gesamtwirtschaft bereits eingeordnet waren, und auf deren Beschäftigung die Gesamtwirtschaft nach Lage ihrer Produktionsverfassung bereits eingerichtet ist.

Die zusätzlichen Arbeitskräfte erfordern zu ihrer Einstellung eine Erweiterung der gesamtwirtschaftlichen Grundlagen des bisherigen Produktionsstandards. Die ausgestellten Arbeitskräfte erfordern zu ihrer Wiedereinstellung eine Wiederherstellung der inneren Harmonie der Zirkulation.

Die Verwirklichung der Wiedereinstellung Ausgestellter bedeutet also die Verwirklichung s t a t i s c h e r Wirtschaftsverhältnisse auf gegebener Stufenleiter und mit den vorhandenen Produktionsmitteln. Die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte stellt die Gesamtwirtschaft vor die d y n a m i s c h e Aufgabe ihrer Expansion über die vorliegende Stufe hinaus[220].

Wilken spricht daher von statischer und dynamischer Arbeitslosigkeit, wenn auch die statische Arbeitslosigkeit — die Folge der Ausstellungen — ihren Grund in dynamischen Vorgängen, wie dem Konjunkturverlauf, hat. Denn diese konjunkturelle Arbeitslosigkeit „muß auf die durch den Konjunkturanstieg erreichte dynamische Stufe bezogen werden, welche ein tendenziell

[220] Vgl. zu den vorstehenden Ausführungen Wilken, a. a. O., S. 9/11.

zu verwirklichendes statisches Niveau darstellt“[221]. Die eigentliche Komplizierung erfährt das Problem aber erst durch die Rolle der Arbeitsfreistellung, denn diese hat teil sowohl an der Ausstellung schon beschäftigter Arbeitskräfte als auch am Auftreten zusätzlicher Arbeitskräfte. Sie besitzt statische und dynamische Züge.

Insofern es sich um freigestellte Arbeitskräfte handelt, deren Arbeitslosigkeit durch dieselben Bedingungen, durch die ihre Freistellung erfolgte, wieder kompensiert wird, vereinigen wir mit Wilken diese Freistellung mit der Ausstellung unter dem Oberbegriff der Freisetzung.

Insofern es sich um freigestellte Arbeitskräfte handelt, deren Arbeitslosigkeit nicht auf gegebener Stufenleiter der Produktion kompensiert werden kann, die also in der gegebenen Wirtschaftsverfassung überflüssig geworden sind, nicht aus Organisationsmängeln, sondern aus Produktivitätsfortschritten, stehen diese freigestellten mit den neu auftretenden Arbeitskräften — besonders aus der Bevölkerungszunahme und den inneren Wanderungen — unter dem Oberbegriff der Zusätzlichkeit. Gelingt es nämlich einer wirtschaftlichen Expansion — wie wir sie vor dem Kriege hatten —, zusätzliche Arbeitskräfte zunächst aufzusaugen, um sie beim Bruch der Expansion — Fortfall des nichtkapitalistischen Raums — wieder freizustellen, so liegt die Ursache dieser Freistellung schließlich doch bei dem primären Vorgang der erstmaligen Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte[222].

Zusätzlich sind diese Freigestellten eben deshalb, weil es als erfolglos gelten muß, eine infolge fehlerhafter Expansion freigestellte Arbeiterschaft in das fehlerhaft konstruierte Wirtschaftsgebilde wieder einzuordnen[223].

Die Erscheinungen der Arbeitslosigkeit durch Freisetzung: — Ausstellung und Freistellung — und Zusätzlichkeit: — Bevölkerungszunahme, Wanderung und Freistellung — sind Dauererscheinungen und Dauerursachen möglicher Arbeitslosigkeit[224].

Die erwähnten Ausführungen im einleitenden Teil stellten als einen Ursachenfaktor der Arbeitslosigkeit den Komplex von Arbeitsausstellungen infolge innerer Disharmonie der Zirkulation heraus, der nach Wilken eindeutig mit dem Worte Konjunktur umschrieben werden kann. Die Konjunktur ist die Ursache der

[221] Wilken S. 11.
[222] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 39, auch S. 72.
[223] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 12.
[224] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 39.

Arbeitslosigkeit, die aus dem Kern der modernen kapitalistischen Wirtschaftsdynamik selber geboren wird. Sie steht mit der Arbeitslosigkeit in einer engen Wechselbeziehung, die später noch deutlicher werden soll[225].

Von der Arbeitsausstellung unterschieden wir die Arbeitsfreistellung dadurch, daß wir ihr den Charakter der wirtschaftlichen Notwendigkeit zuerkannten. Ihr liegen, im Gegensatz zur Arbeitsausstellung, bei der es sich nur um eine Zerstörung des Ablaufs des wirtschaftlichen Kreislaufs handelt, die seiner inneren Logik zuwiderläuft, Vorgänge zugrunde, die die Erfüllung dieser Logik selber darstellen. Was hier für die Ausstellung und Freistellung von Arbeitskraft aufgezeigt werden konnte, gilt — nach dem Gesagten — ebenso für die Oberbegriffe der Freisetzung und Zusätzlichkeit.

Diese beiden Ursachenkomplexe möglicher Arbeitslosigkeit hatte bereits Zwiedineck erkannt und in seinen „Beiträgen zur strukturellen Arbeitslosigkeit" ähnlich formuliert; denn er teilt die Ursachen der Arbeitslosigkeit — die hervorgerufen wird durch gesellschaftliche Vorgänge und Zustände — in die Verminderung der Arbeitsgelegenheit und das Anschwellen des Arbeitskraftangebots[226].

Beide Ursachen sind in unseren Begriffen der Freisetzung und Zusätzlichkeit enthalten. Es ist aber auch die weitere Unterscheidung darin enthalten, die wir zwischen Arbeitsausstellung und Arbeitsfreistellung machten und die der Freistellung teilweise den Charakter der Zusätzlichkeit gibt, die schwierige Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Faktoren der Arbeitslosigkeit, die in unsere Theorie der industriellen Reservearmee einzuordnen von großer Wichtigkeit ist.

Zwiedineck gibt zunächst eine Ansicht wieder, die glaubt, von der konjunkturmäßig ausgelösten Arbeitslosigkeit nicht weiter sprechen zu brauchen, sondern nur die nichtkonjunkturellen Arbeitslosigkeitserscheinungen zum Gegenstand der Untersuchung machen zu können[227]. Dazu ist aber nötig, die beiden Gruppen

[225] Vgl. S. 108 ff.

[226] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 26.

[227] Für Zwiedineck selbst kann eine Ausscheidung der mit dem Konjunkturablauf auftretenden und mit den Aufstiegphasen desselben wieder schwindenden Arbeitslosigkeit nicht in Frage kommen, weil irgendwelche äußeren Anhaltspunkte für die Unterscheidung zwischen der mit dem Konjunkturablauf verknüpften Arbeitslosigkeit und der nicht-konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit bisher nicht — auch statistisch, also quantitativ nicht — erarbeitet sind. (Vgl. Zwiedineck S. 24 a. a. O.)

gegeneinander abzugrenzen, eine Aufgabe, die um so schwieriger ist, als manche Vorgänge, die sich ihrem Wesen nach als konjunkturbestimmend darstellen, durch die Häufigkeit, mit der sie auftreten, einen anderen, einen strukturellen Charakter gewinnen können[228].

Zwiedineck kennzeichnet — ohne damit eine exakte theoretische Erklärung gewinnen zu wollen — diejenige Kategorie von Faktoren als konjunkturell, die sich in den dimensionalen Schwankungen des Wirtschaftsablaufs darstellen, die aus dem Wirtschaftsverlauf selbst ihre Erklärung finden. Diese konjunkturellen Faktoren sind also als dem Wirtschaftsablauf der verkehrsmäßigen Sozialwirtschaft typisch eigentümliche und damit als normale Erscheinungen zu erfassen[229]. Zwiedineck sagt damit letzten Endes nichts anderes als Wilken in der Charakterisierung der als konjunkturell bezeichneten Faktoren, die Arbeitsausstellung auslösen.

Der Widerspruch, der darin zu bestehen scheint, daß Zwiedineck die Wirkung der konjunkturellen Faktoren als dem Wirtschaftsablauf eigentümliche, normale Erscheinungen kennzeichnet, während Wilken in der Wirkung der konjunkturellen Faktoren eine Zerstörung des Wirtschaftsablaufs sieht, die der inneren Logik dieses Ablaufs zuwiderläuft, läßt sich beheben, wenn wir die konjunkturellen Faktoren — soweit sie nicht einen strukturellen Charakter anzunehmen vermögen — in ihrer letztlichen Wirkung auf die Arbeitslosigkeit betrachten. Diese Wirkung ist nämlich, wie wir wissen, bei den dem Oberbegriff der Freisetzung untergeordneten Faktoren der Arbeitsausstellung und Arbeitsfreistellung nur eine vorübergehende, eine den Wirtschaftsverlauf nur vorübergehend — und nach einem bestimmten, mit Hilfe der Konjunkturforschung erkennbaren Ablaufsschema vorübergehend — störende Wirkung. Denn es handelt sich hier um eine Arbeitslosigkeit, die durch dieselben Bedingungn, durch die sie entstand, wieder kompensiert zu werden vermag.

Das Problem der Störung des Wirtschaftsverlaufs infolge konjunkturbestimmter innerer Disharmonie der Zirkulation, als eine der kapitalistischen Wirtschaft eigentümliche normale Erscheinung, ist als solche theoretisch dem Zirkulationsprozeß zuzuordnen und durch die Selbstregulierungsprinzipien dieses Prozesses zirkulatorisch lösbar.

---

[228] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 17.
[229] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 18/19.

Im Gegensatz zu den konjunkturellen Störungsfaktoren, die sich aus der Analyse des Wirtschaftsverlaufs ergaben, leitet Zwiedineck die strukturellen Störungsfaktoren[230] aus einer Disharmonie in der Verhältnismäßigkeit der Elemente des Wirtschaftsgefüges ab[231].

„Das eigentliche Problem bleibt die Durchforschung der Arbeitslosigkeit als sozial, d. h. durch gesellschaftliche Verhältnisse bedingte Massenerscheinung, deren mengenmäßige Steigerung und dauerhafter Bestand als Anzeichen einer Anpassungsunfähigkeit des Wirtschaftsgefüges an die auf irgendeinem Gebiete der Wirtschaftsgrundlagen eingetretenen Änderungen aufgefaßt werden müssen[232]."

Zwiedineck warnt nun ausdrücklich vor dem Fehler der Verwechslung wirtschaftlich gewollter und insofern aus der Wirtschaftsgestaltung heraus zu erklärender Strukturwandlungen mit gleichfalls wirtschaftsendogenen konjunkturellen Änderungen[233].

Liegt aber eine solche Verwechslung nicht gerade der Wilkenschen Begriffssystematik zugrunde und ergibt sich nicht daraus ein neuer Widerspruch?

Wir glauben das Bestehen eines solchen Widerspruchs verneinen zu können. Der scheinbare Mangel in der Übereinstimmung leitet sich aus der Zwiedineckschen Formulierung der „gleichfalls wirtschaftsendogenen konjunkturellen Änderungen" her. Diese konjunkturellen Änderungen sind — das weiß auch Zwiedineck — nur insofern endogen, d. h. aus dem Wirtschaftsverlauf selbst heraus geboren, als sie sich notwendig als wirtschaftliche Wirkungen an sich nichtwirtschaftlicher Ursachenfaktoren darstellen, nichtwirtschaftlich in dem Sinne, daß diese Ursachenfaktoren sich in Wirkungsvorgängen auslösen, die zwar wirtschaftlichen Charakter tragen, die aber, als von außen in den Wirtschaftsverlauf hineingetragen, dessen innerer Logik zuwiderlaufen, während die eigentlichen endogenen Änderungen sich in Vorgängen darstellen, deren Erfüllung — wie schon mehrfach dargetan — diese Logik selber zugrunde liegt.

Daß auch dieser Komplex von störungauslösenden Ursachenfaktoren — in Erfüllung der inneren Logik des Ablaufs des

---

[230] Der Begriff der strukturellen Änderung ist zweckmäßig nur im Sinne einer störenden Energie zu gebrauchen. (Vgl. Zwiedineck S. 22.)

[231] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 20.

[232] Zwiedineck, a. a. O., S. 25.

[233] Vgl. Zwiedineck, a. a. .O., S. 23.

kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozesses — nicht rein wirtschaftlich fundiert ist, erkannten wir bereits bei der Gegenüberstellung der reinen und politischen Ökonomie.

Wir glauben, nach dem Gesagten, den Zwiedineckschen Begriff der konjunkturellen Störungselemente dem Wilkenschen Begriff der Freisetzung, und den Zwiedineckschen Begriff der struckturellen Störungselemente dem Wilkenschen Begriff der Zusätzlichkeit ohne inneren Widerspruch unterordnen zu können.

Wir beziehen uns auf die Ausführungen im Kapitel über „die Tatsache der Kompensation im Lichte der erweiterten Freisetzungstheorie" und in der „Grundlegung" über einerseits die Dynamik des Systems und andererseits die Einordnung des Problems Arbeitslosigkeit in den Systemzusammenhang, wenn wir mit Wilken das Problem noch einmal stellen:

Es „ist so gelagert, daß man sich zunächst von den Perspektiven eines rein marktwirtschaftlichen Denkens, welches immer auf die formalen Bedingungen der wirtschaftlichen Verwirklichung konzentriert bleibt, völlig frei machen muß". Man kann es nicht „aus den sekundären Ausprägungen in den Marktverhältnissen irgendwie zureichend erkennen und wesenhaft formulieren". „Wenn man die Wirtschaftsprobleme der Nachkriegszeit aus der marktwirtschaftlichen Perspektive betrachtet, so bleiben sie verhüllt[234]."

Wilken geht damit über Zwiedineck hinaus, der seiner Ansicht nach in der marktwirtschaftlichen Betrachtungsweise befangen bleibt. Unserem Problem gegenüber „führt das marktwirtschaftliche Denken zur Blindheit, wie es überhaupt die Wirtschaftstheorie in den Zustand einer nunmehr schon recht lange währenden Stagnation geführt hat[235]". „Es gestattet zwar, das Gebiet der Wirtschaftswissenschaft in einer engen, bequemen und übersichtlichen Weise abzugrenzen, welche sogar dem Spiel mathematischer Formeln Raum gibt, aber es steht jenseits von jeder gesellschaftlichen und geistigen Entwicklungsproblematik, welche dem wirtschaftlichen Geschehen in jeder Lebenssekunde eingeschrieben ist und eine viel wesenhaftere bewegende Kraft desselben darstellt als die privaten Egoismen, welche den Markt gestalten[236]."

---

[234] Wilken S. 21.
[235] Wilken S. 22.
[236] Wilken S. 22/23.

II. ABSCHNITT

Die Notwendigkeit der Arbeitslosigkeit

1. Kapitel: Freisetzung und Arbeitslosigkeit

Wir hatten den Begriff der Freisetzung, wie wir ihn vorher in den ersten beiden Hauptteilen anwandten, dahin geändert, daß er die Ausstellung und einen Teil der Freistellung von Arbeitskräften umfaßt und daß die Freisetzung durch die Selbstregulierungsprinzipien der Kreislauforganisation kompensiert werden kann. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Freisetzung auch unbedingt kompensiert werden muß.

Stellen wir den Freisetzungs- und Kompensationsprozeß den Prozessen der Einkommens- und Kapitalbildung gegenüber, die zwar aus systematischen Gründen gesondert behandelt werden, aber teilweise ineinander übergehen, so ergeben sich weitere wesentliche Einwendungen gegen die Notwendigkeit dauerhafter Kompensation freigesetzter Arbeitskräfte.

a) Freisetzung und Einkommensbildung

Der Wert eines Produktes wird auf zwei Arten gebildet. 1. Der Produktwert privatwirtschaftlich als Kostenwert im Betriebe. 2. Der Tauschwert zirkulatorisch als der Niederschlag der anläßlich seiner Erzeugung direkt und indirekt gebildeten Einkommen.

Der Tauschwert schafft damit tendenziell eine Harmonie zwischen den für den Markt bereiteten Gütermengen in Gestalt einer bestimmten Produktwertgröße und den auf den Markt kommenden Einkommen, welche die Güter kaufen wollen. Dem idealen Produktwert nach müßten immer so viel Einkommen gebildet werden, als Güterwerte erzeugt und zum Markt geschickt werden[237].

Der Produktwert müßte also dem Tauschwert identisch sein, wenn das Kostenprinzip — im Casselschen Sinne — Verwirklichung finden soll.

Der Markt entfaltet nun aber dem Produktwert gegenüber eine eigene Bewertung gemäß dem Angleichungsprinzip von Angebot und Nachfrage. Die Produktwerte werden zu Warenwerten, die

[237] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 24/25.

Produkte zu Waren[238]. Mit dieser Bewertung können zirkulatorisch überflüssige Auswirkungen verbunden sein, denn die wahre Harmonie des zirkulatorischen Ausgleichs liegt primär beim Produktwert in der Sphäre der Einkommensbildung. Nur wenn die Dimension der gebildeten Einkommen — die gesamte Einkommensmasse also — eine Einschränkung (Totlegung, Akkumulation) oder Ausweitung (Inflation) erfährt und damit in Gegensatz zu den der Geldmenge bzw. der Erzeugung nach bestehenden Einkommensmöglichkeiten gerät, muß die Marktbewertung als unerläßliches Regulativ in Tätigkeit treten[239].

Nun gestalten sich die Austauschbeziehungen zwischen Sozialprodukt als Sozialeinkommen und den ihm entsprechenden Geldeinkommen nicht so, daß das Geldeinkommen einer Periode das Sozialprodukt derselben Periode kauft, sondern die in Geld ausgedrückte Einkommensmasse kauft das Produkt aus einer vorhergehenden Produktion und Einkommensbildung[240].

Daraus folgerten wir im Rahmen der Argumentation Rosa Luxemburgs die Notwendigkeit der Zirkulationsstörung und ihrer Folgen bei sinkender Lohnquote[241]. Es schien danach, daß die Lohnhöhe bzw. deren Schwankungen für die Gestaltung der industriellen Reservearmee von ausschlaggebender Bedeutung sei. Wir werden aber sehen, daß in Wirklichkeit die Lohnhöhe für die Beschäftigungsmöglichkeit nur unerheblich ist.

Wir sagten bereits, daß als Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Anpassung der Produktwert anzusehen ist. Die zirkulatorische Bewältigung dynamischer Wandlungen in einem vorher statisch ausgeglichenen Austauschverhältnis in Gestalt von Einschränkungen und Erweiterungen der Gesamtwirtschaft kann dabei ferner nur die Marktbewertung leisten. Auch sie kann aber einen dauerhaften zirkulatorischen Ausgleich nicht herstellen[242].

Wenn somit — wie wir sehen werden — die Unerheblichkeit der Lohnhöhe für die Beschäftigungsmöglichkeit auch erweisbar ist, so ist deshalb der zirkulatorische Ausgleich durch die Selbstregulierungsprinzipien der Marktbewertung auf die Dauer durchaus noch nicht sichergestellt.

---

[238] Vgl. Wilken a. a. O., S. 25.
[239] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 26.
[240] Ehe das vom Arbeiter hergestellte Produkt auf den Markt kommt, hat er seinen Lohn längst verausgabt.
[241] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 29.
[242] Vgl. S. 73 ff. dieser Arbeit.

„Der Arbeitskraft korrespondiert als wirtschaftliches Wertäquivalent der Lohn[243]." Der Lohn hat aber eine Doppelstellung in seinen zirkulatorischen Funktionen: der Wertbildung und Wertverwirklichung. In einem Falle wirkt er als Kostenelement bei der Bestimmung des Produktwertes mit, im anderen Falle stellt er Einkommen dar und dient zur Wertverwirklichung, indem er auf dem Markt die Produkte kauft. Das tauschwirtschaftliche Ideal der statischen Perspektive ist dann erfüllt, wenn die bei der Produktherstellung gebildeten Einkommen das Produkt oder ein gleichwertiges Äquivalent aus dem gesamten Sozialprodukt kaufen können.

Für die Kompensierung der Freisetzung — ebenso auch für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte — tauchen nun in der dem reinen Kapitalismus tendenziell zustrebenden Wirtschaftsverfassung zwei Hauptprobleme auf: der Absatz auf dem Inlandsmarkt und die Kapitalbildung.

Im einen Falle handelt es sich darum, daß Einkommen gebildet werden müssen, die das vermehrte Produkt kaufen können, im anderen Falle darum, daß durch Konsumverzicht Einkommensteile für die Produktion zur Verfügung gestellt werden. Damit findet ein objektiver Konsumausfall statt; die Produktion muß verbilligt werden, damit sie absetzbar bleibt. Geht diese Verbilligung auf Kosten der Kapitalisten, also der Neukapitalbildung der Unternehmer selbst, so stockt die Produktionserweiterung, wenn nicht aus der Sparersphäre neue Kapitaldisposition zur Verfügung gestellt wird. Das ist aber, wie wir wissen, erneuter Konsumverzicht und objektiver Konsumausfall.

Der zirkulatorische Ausgleich müßte zu seiner Verwirklichung also Lohnsenkung erfordern. Dadurch werden aber die Einkommen wieder vermindert, was in jedem Falle eine Verminderung der dem Sozialprodukt gegenübertretenden Kaufkraftmenge zur Folge hat.

Ähnliche Folgeerscheinungen hat aber auch die Lohnerhöhung. Mit ihr steigert sich der Produktpreis, so daß die vermehrten Einkommen eine Einbuße an realer Kaufkraft erleiden. Da dem Arbeiter, auch wenn er dazu geneigt ist, zu sparen, die materielle Voraussetzung fehlt, findet auch keine Kapitalbildung statt[244].

[243] Wilken, a. a. O., S. 29.
[244] Vgl. zu vorstehenden Ausführungen Wilken, a. a. O., S. 30.

„Die Einkommen vertreten die effektive Nachfrage und bestimmen insofern den Grad der marktmäßig verwertbaren Produktionserweiterungen[245]."

Die Einkommenssteigerung muß Hand in Hand gehen mit einer entsprechenden Kaufkraftsteigerung der Einkommensmasse, also das Preisniveau muß das gleiche bleiben, oder sie muß in Gestalt einer entsprechenden Kaufkraftsteigerung der nominell gleichgebliebenen Einkommensmasse durch Senkung des Preisniveaus erfolgen. Dies bleibt Voraussetzung jeder Mehrproduktion unter statischen Bedingungen[246].

Die dieser Voraussetzung zugrunde liegenden Vorgänge tragen aber durchaus utopische Züge. Jede entwickelte Volkswirtschaft ist derartig in der Weltwirtschaft verankert, daß sie ihr Preisniveau nicht ohne Rücksicht auf diese zu ändern vermag[247].

Die Lohnsenkung als Folge der Arbeitslosigkeit bedeutet — nach den bisherigen Ausführungen — sowohl für die Wiedereinordnung freigesetzter Arbeitskräfte — wie auch für die Neubeschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte — eine zirkulatorische Unmöglichkeit[248].

Die an den Begriff des Lohnfonds anknüpfende Gedankenfolge, daß Lohnsenkung die Beschäftigungsmöglichkeiten einer arbeitswilligen Volkswirtschaft erhöhe, ist zwar in sich einwandfrei und kann bei gleichzeitiger Produktverbilligung auch ein- oder zweimal verwirklicht werden, sie führt aber auf die Dauer, wegen der Unmöglichkeit fortschreitender Produktpreissenkungen, zu der entscheidenden Problemstellung, die das Lohnfondsproblem aufhebt, nämlich zum Problem einer organisierten Ausdehnung des Lohnfonds nach Maßgabe der notwendigen wirtschaftlichen Expansion[249].

Das Preisbildungsprinzip der reinen Theorie will die Lohnpreisbildung dem freien Spiel der Kräfte überlassen und damit auch die automatische Wiederbeschäftigung der unbeschäftigten Arbeitskräfte garantiert wissen. Bei der ganz verschieden gelagerten Form der Arbeitslosigkeit ist mit dieser einseitigen Konkurrenzperspektive nicht auszukommen. Denn, wenn es auf diese Weise auch gelingen mag, die freigesetzten Arbeitskräfte

---

[245] Wilken, a. a. O., S. 32.
[246] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 32.
[247] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 62/63.
[248] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 33.
[249] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 34.

im Rahmen der statisch-stationären Wirtschaft zu kompensieren[250], so muß diese Theorie — wie wir sehen werden — doch versagen beim Problem der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte.

Kann somit zwar die Unterkonsumtionstheorie eine Einschränkung ihres theoretischen Geltungswertes erfahren, da ihr die absolute Notwendigkeit ihrer Argumentation nicht zuerkannt werden kann, so ist deshalb noch nichts gegen eine Theorie der Arbeitslosigkeit gesagt, die die Notwendigkeit der kompensatorischen Wirkungen der Selbstregulierungsprinzipien des marktwirtschaftlichen Zirkulationsprozesses verneint.

Wir lösen uns vielmehr wiederum bewußt von der marktwirtschaftlichen Perspektive. Durch marktwirtschaftliche Erwägungen in Form einer immanenten Kritik an der Theorie der marktwirtschaftlichen Regulierungsprinzipien ist die reine Marktheorie überhaupt nicht wirksam zu kritisieren[251].

„Es ist die große Illusion der Zeit und ihres marktwirtschaftlichen Denkens, daß sie die Fragen der wirtschaftlichen Expansion und damit die Fragen der Einordnung der Arbeitslosen zu einem Wert- und Preisproblem gestempelt hat und von dieser Betrachtungsweise nicht sich freimachen kann. Das Verführerische dieser Denkweise liegt darin, daß von einer Lohnerhöhung zunächst eine Nachfragevermehrung, von einer Lohnsenkung zunächst eine Vermehrung der Kapitaldisposition ausgeht. Aber bei diesem ersten Impuls bleibt es. Die weiteren zirkulatorischen Auswirkungen führen in jedem Falle wieder zur Selbstaufhebung der anfänglich erzielten Wirkung[252]."

2. Einkommensbildung und Sozialpolitik

Wir sahen die Kompensationsnotwendigkeit in Frage gestellt durch das Versagen der marktwirtschaftlichen Selbstregulierungsprinzipien der Zirkulation. Die Kompensation wird aber noch auf eine andere Weise durchkreuzt.

Wir wissen, daß — wenn man von intranationalen und internationalen Bindungen absieht — die durch Produktivitätsfort-

---

[250] Vgl. die eingehenden Ausführungen Wilkens über die freigestellte Arbeitskraft und ihre Wiederbeschäftigung (a. a. O., S. 45/55).

[251] Wilken, a. a. O., S. 34/35.

[252] Wilken, a. a. O., S. 36/37. Vgl. auch Wilken, a. a. O., S. 45.

schritte mögliche Senkung des Preisniveaus zunächst theoretisch einen Kaufkraftzuwachs bei den nicht freigesetzten Konsumenten darstellen kann. Dieser Kaufkraftzuwachs in Gestalt der freigesetzten Einkommen braucht aber Zeit, um einen marktmäßig fühlbaren Druck auszuüben dadurch, daß die Mehrnachfrage sich in Preissteigerungen mit nachfolgender Produktionsvermehrung niederschlägt[253].

In dieser Zeit sind die Freigesetzten arbeitslos, beanspruchen Unterstützung und unterbinden daher jene Mehrnachfrage, da die Unterstützung aus der Einkommensmasse bezahlt wird. Damit wird die Freisetzung zur Zusätzlichkeit, die gänzlich außerhalb des wirtschaftlichen Kreislaufs steht. Wir werden uns im 2. Kapitel dieses Abschnittes weiter mit ihr zu beschäftigen haben.

Wie wir auch schon im vorigen Abschnitt über Einkommensbildung und Lohnhöhe sahen, stellt der Kaufkraftausfall — aus welcher Veranlassung er sich auch ableite — stets eine Einschränkung der Kompensationsgesetzlichkeit dar. Wenn nun auch die durch Zwangsbeiträge den arbeitenden Konsumenten entzogene Kaufkraft nicht voll ausfällt, sondern in der Verwendung der Unterstützungssummen teilweise wieder auftritt, so bleibt die Differenz zwischen Arbeitseinkommen und Unterstützungseinkommen immer Kaufkraftausfall.

Es ist allerdings davor gewarnt worden, diesen Kaufkraftausfall zu überschätzen. So gibt Heichen einen interessanten Versuch einer statistischen Berechnung der Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Nachfragebildung und glaubt, die Frage, wie groß der durch die Arbeitslosigkeit verursachte Kaufkraftausfall absolut und im Verhältnis zum Sozialeinkommen ist, ausreichend genau beantworten zu können[254].

Die „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" hat seit Anfang 1928 Monatsübersichten über ihre Finanzgebarung herausgegeben, die die Berechnung des Kaufkraftausfalls ermöglichen.

Bei den Berechnungen der Reichsanstalt über die auf den Kopf einer arbeitslosen Person entfallenden Ausgaben hat sich er-

---

[253] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 54.

[254] Vgl. für die folgenden Berechnungen den Artikel „Arbeitslosigkeit und Kaufkraftausfall" im Berliner Tageblatt Nr. 386 (1928).

geben, daß diese Ausgaben in der Reihenfolge der ersten fünf Monate des Jahres 1928 betragen:

M. 84,74 „ 79,65 „ 91,02 „ 69,24 „ 78,71	das ergibt einen Durchschnittsaufwand von M. 80,70 pro Monat

In dieser Summe von 80,70 M. sind noch die anteiligen Kosten der Arbeitsnachweise enthalten, ein Betrag, um den sich die Höhe der den Arbeitslosen zugehenden Barzahlungen, Krankenhilfen usw. vermindert. Die Kosten der Arbeitsnachweise sind ein ziemlich stabiler Ausgabenfaktor und haben im Durchschnitt der herangezogenen fünf Monate 6,85 Millionen Mark pro Monat betragen. Stellt man dieser Ziffer die Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung für den Zeitraum der fünf Monate in Höhe von 462,4 Millionen Mark bzw. 92,5 Millionen Mark monatlich gegenüber, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Kosten der Arbeitsnachweisverwaltung ungefähr 7,4 Prozent des Gesamtaufwandes ausmachen. Dieser Kostensatz entspricht ungefähr der Unkostenrate in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung; die Schwankungen zwischen den einzelnen Monaten werden in der Durchschnittsberechnung zu einem erheblichen Teil ausgeschaltet.

Wird der Unkostensatz von 7,4 Prozent durchschnittlichen Verwaltungsaufwands von den auf den Kopf der arbeitslosen Person durchschnittlich pro Monat entfallenden Gesamtausgaben in Höhe von 80,70 M. abgesetzt, so ergibt sich ein Betrag von 74,70 M., der nach den bisher vorliegenden Rechnungsergebnissen als Durchschnittsbetrag den Arbeitslosen bar oder naturaliter zufällt. Mit diesem Betrage von 74,70 M., also rund 75 M., erscheint auch der unterstützte Arbeitslose als kaufkräftiger Konsument auf dem Markt.

Um den Kaufkraftausfall berechnen zu können, muß man weiter die Kaufkraft des unterstützten Arbeitslosen der Kaufkraft des beschäftigten Arbeiters gegenüberstellen. Die genaue Höhe des Arbeitseinkommens des beschäftigten Arbeiters läßt sich zunächst nur für einen bestimmten Zeitpunkt angeben, weil die Einkommen Schwankungen ausgesetzt sind, die sich ergeben aus Veränderungen der Lohnhöhe bzw. der Lohntarife und aus der Beschäftigungsdauer, die ihrerseits vom Stande der Kon-

junktur im allgemeinen und der Branchenkonjunktur im besonderen abhängig ist.

Denn auch wenn die Lohntarife keine Änderung erfahren, sinken bei rückläufiger Konjunktur die Arbeitseinkommen, weil z. B. Überstunden abgebaut werden und die durchschnittliche Arbeitsdauer verringert wird entsprechend den zurückgehenden Auftragsbeständen.

Die Gegenüberstellung von Arbeitslohn und Arbeitseinkommen läßt sich daher schon aus diesem Grunde nur mit gewissen Einschränkungen verwerten. Hinzu kommt der Unterschied zwischen den Einkommen aus qualifizierter und unqualifizierter Arbeit.

Nach den amtlichen Feststellungen betrugen die durchschnittlichen tariflichen Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit (48 Wochenstunden) für ungelernte Arbeiter am 1. Juni 1928: 38,85 M., am 1. Juli: 38,90 M.; für gelernte Arbeiter am 1. Juni 1928: 51,40 M., am 1. Juli: 51,46 M.

Die Zahl der ungelernten Arbeiter ist sicherlich bedeutend größer als die Zahl der gelernten, und die ungelernten sind es, die (mit Ausnahme der Bauarbeiter) vorzugsweise von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, wie die starken Schwankungen der in der Statistik der Arbeitsnachweise aufgeführten Gruppe der „Lohnarbeit wechselnder Art" beweisen. Aber auch der Beschäftigungsgrad der gelernten Arbeiter wird von den Konjunkturschwankungen mit erfaßt. Bei der Berechnung des Kaufkraftausfalls muß also der Lohnstandard sowohl der ungelernten als auch der gelernten Arbeiter berücksichtigt werden.

Das Mischungsverhältnis zwischen den beiden Gruppen beschäftigungsloser Arbeiter läßt sich auch auf kurze Zeiträume nicht feststellen, bleibt somit einer etwas willkürlichen Annahme unterworfen. Um zu einem mittleren Arbeitsverdienst zu gelangen, nimmt Heichen daher an, daß von den Arbeitslosen $^1/_4$ den gelernten, $^3/_4$ den ungelernten Arbeitern angehören.

Verdient somit der gelernte Arbeiter nach den oben angeführten Wochenlöhnen monatlich rund 220 M., der ungelernte 165 M., so ergibt sich bei einem Verhältnis der Gruppen wie 1 : 3 ein mittlerer Arbeitsmonatsverdienst von rund 180 M.

Wird der Arbeitnehmer arbeitslos, so erhält er nach der oben angeführten Berechnung monatlich rund 75 M. Die Kaufkraftschwächung pro Kopf des Arbeitnehmers beträgt demnach rund 105 M. pro Monat.

Daraus läßt sich der Gesamtkaufkraftausfall an Hand einer Tabelle berechnen. Die Tabelle gibt an, wie groß der Kaufkraftausfall bei einem bestimmten Stand der Arbeitslosigkeit pro Monat und pro Jahr ist, ferner, wie groß prozentual der Kaufkraftausfall im Vergleich zum gesamten Volkseinkommen ist, das mit 50 Milliarden als unterer und 60 Milliarden als oberer Grenze angenommen wird. Veränderungen des Volkseinkommens um einige Milliarden über 60 oder unter 50 und Schwankungen in der Höhe des Kaufkraftausfalls pro arbeitslosen Arbeiter um einige Mark über oder unter 105 M. würden das Ergebnis nur geringfügig ändern.

Arbeitslose	Kaufkraftausfall			
	in Millionen Mark		in % des Volkseinkommens	
	pro Monat	pro Jahr	bei 50 Milliarden	bei 60 Milliarden
100 000	10,5	126	0,25	0,21
200 000	21,0	252	0,50	0,42
300 000	31,5	378	0,76	0,63
400 000	42,0	504	1,01	0,84
500 000	52,5	630	1,26	1,05
1 000 000	105,0	1260	2,52	2,10
2 000 000	210,0	2520	5,04	4,20

Es ergibt sich daraus, daß selbst eine ziemlich große Arbeitslosigkeit einen nicht übermäßig großen Kaufkraftausfall verursacht. Bei einer halben Million Arbeitsloser, also einer Arbeitslosigkeit von etwa 3 Proz., beträgt der Kaufkraftausfall monatlich nur etwa 50 Millionen. Im Vergleich zu einem Volkseinkommen von 50—60 Milliarden sind die Folgen eines solchen Ausfalls gering. Eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer um 100 000 bedeutet eine Konsumschwächung von nur etwa $^1/_4$ bis $^1/_5$ Prozent.

Heichen scheint mit dem Erklärungswert dieses Ergebnisses aber selbst nicht sehr zufrieden gewesen zu sein, denn er warnt trotzdem vor einer Unterschätzung der Rückwirkungen des Kaufkraftausfalles auf den Konsum. Die an sich nicht sehr große Konsumeinschränkung wirkt sich in vervielfachter Stärke auf einzelne Branchenkonjunkturen aus, weil sie nur sehr wenig den Zwangsbedarf an Nahrung, Wohnung u. dgl. trifft, sondern fast nur den sogenannten elastischen Bedarf an anderen Gütern, der in Krisenzeiten nicht nur eingeschränkt, sondern unter Umständen gänzlich zurückgestellt werden kann.

Die Richtigkeit der Anwendung der Methode, die Heichen seiner Untersuchung zugrunde legt, kann strittig sein. Heichen kommt zu seinem Ergebnis, indem er von den normalen mittleren Arbeitslöhnen die Netto-Arbeitslosenunterstützung in Abzug bringt. Ist dies richtig? Die Arbeitslosenunterstützungen selbst stellen kein primäres, sondern abgeleitetes Einkommen dar. Die Beträge werden aufgebracht auf dem Wege der Arbeitslosenversicherung durch Beiträge, die in Zeiten geringer Arbeitslosigkeit aufgesammelt, in Zeiten stärkerer Arbeitslosigkeit überwiegend ausgeschüttet werden. Im ersten Falle liegen sie wirtschaftlich nicht brach, sondern erscheinen auf dem Kapitalmarkt und üben in den Händen der Kapitalnehmer die Kaufkraftfunktion aus, Produktionsmittel zu übernehmen, während im zweiten Falle dieselbe Kaufkraft sich auf Konsumgüter richtet. Es findet daher eine Umlagerung in der Kaufkraft dieser Beträge statt. Werden sie als Unterstützung benötigt, so können sie nicht als Investitionskapital verwendet werden; man kann daher nicht nur den Betrag von 105 M. pro Kopf der arbeitslosen Personen als Kaufkraftausfall von der Gesamtkaufkraft in Abzug bringen. Schließt man den Kaufkraftausfall für Produktionsmittel in die Berechnung ein, so würde der Gesamtkaufkraftausfall um etwas mehr als $^2/_3$ größer sein als nach Berechnung Heichens[255].

Wir wollen die Untersuchung über die ziffernmäßige Höhe des Kaufkraftausfalls nicht weiterführen und uns mit den Erkenntnissen begnügen, die wir im Rahmen der Unterkonsumtionstheorie gewannen und die hier eine gewisse Bestätigung, zumindest Illustrierung fanden. Wichtiger ist im Rahmen der neuen „Theorie der Arbeitslosigkeit" die Frage nach den Bedingungen der Kapitalbildung, die soeben schon angeschnitten wurde. Wir werden im folgenden — und später im Kapitel über die Zusätzlichkeit noch deutlicher — sehen, daß auch hierfür die Argumentation der Kompensationstheorie sich auf die Dauer nicht behaupten kann.

Sehen wir von dem Phänomen des Kaufkraftausfalls ab, so ergibt sich aus der Notwendigkeit der Sozialpolitik auch eine weitere, dem Grade dieser Notwendigkeit entsprechende Begleiterscheinung. Während nämlich in einer Richtung die öffentliche Arbeitslosenfürsorge den Arbeitsmarkt entlasten will, verschlechtert sie ihn in anderer Richtung. „Sobald die Aufwendung für

[255] Vgl. zum Vorstehenden die Anmerkungen der Redaktion zu Heichens Artikel.

die Daseinsführung der Arbeitslosen, auch wenn sie unzulänglich bleibt, mit der Kopfzahl steigend durch Steuern oder steuerartige Abgaben gedeckt werden muß, wird sie ein Element der Kalkulation, rechnungsmäßiger Kostenfaktor, wirkt auf das Verhältnis zwischen Kosten und Erlös der Unternehmungen ein und bedroht damit deren Rentabilität, droht also auch immer in Richtung einer Steigerung der Arbeitslosigkeit zu wirken[256]."

Bevor wir auch aus diesen Zusammenhängen den Übergang der Freisetzung zur Zusätzlichkeit ableiten werden, ist zu untersuchen, ob nicht die der Kompensation nachteiligen Wirkungen einer der Freisetzung folgenden notwendigen Unterstützungspolitik überwogen werden von den Vorgängen auf seiten der Kapitalbildung.

b) Freisetzung und Kapitalbildung

Scheint es einerseits notwendig, daß mit der steuerlichen Belastung der Unternehmungen auch die Kapitalbildung erschwert wird, so hat andererseits die Kompensationstheorie bereits richtig erkannt, daß durch die Freisetzung von Arbeitskraft nicht nur Einkommen, sondern auch unmittelbar und in jedem Falle Kapital freigesetzt werden kann. „Die freisetzenden Unternehmer sparen bei dem erstmaligen Auftreten von Produktionsverbilligungen infolge von Produktionsfortschritten einen entsprechenden Lohn- bzw. Sachkapitaleinsatz[257]."

Die Bestimmung der infolge Freisetzung gleichzeitig freigesetzten Einkommen ist es — wie wir wissen —, diejenige Nachfrage zu entfalten, welche durch die Wiedereinstellung der freigesetzten Arbeitskräfte und das, was sie erzeugen, befriedigt werden soll. Diese Wiedereinstellung wird finanziert und ermöglicht durch die besonderen mit der Freisetzung notwendig verbundenen Freisetzungen von Kapital[258]. Die Wiederbeschäftigung scheint grundsätzlich zirkulatorisch möglich.

Es kann sich aber zeigen, daß der Kapitalbedarf für die Kompensation ein größerer ist als der Betrag des freigesetzten Kapitals, denn es gibt Produktionen — sie werden sogar mehr und mehr vorherrschend —, die nur erweitert werden können durch Erweiterung des Anlagekapitals. Diese Erweiterung kann aber nicht in beliebig kleinen Ausmaßen erfolgen, sondern verlangt

[256] Zwiedineck, a. a. O., S. 28.
[257] Wilken, a. a. O., S. 36/37; vgl. auch S. 45.
[258] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 51.

stets größere Kapitalinvestierungen, als infolge der Freistellung von Arbeitern und deren Einkommen gebildet werden können. Die Kompensation kann nur verwirklicht werden in arbeitsintensiven Betrieben oder solchen, die ihr Anlagekapital nicht voll ausnutzen und durch bloße Mehreinstellung von Arbeitskräften ohne weiteres noch eine Mehrproduktion erzielen können[259].

Wilken unterscheidet in teilweiser Übereinstimmung mit Zwiedineck[260] vier Betriebstypen nach dem Grade ihrer kompensatorischen Eignung:

1. Arbeitsintensive Gewerbe mit geringer Abhängigkeit der Produktionsausdehnung von der Sachkapitalausstattung.
2. Industrien mit annähernd konstanter Arbeiterschaft, in denen die Apparatur sehr verschieden stark genutzt werden kann (z. B. Hüttenindustrie).
3. Industrien, in denen zur Nutzung der Arbeitseinheit eine bestimmte Kapitaleinheit erforderlich ist, in denen Vermehrung der Arbeitseinheiten rationell nur mit Vermehrung der entsprechenden Kapitaleinheiten erfolgen kann, die dann aber auch schon recht erhebliche Kapitalmengen erheischt und auch nicht immer rasch bewirkt werden kann.
4. Gewerbe, in denen ein Mehrprodukt erzeugt werden kann ohne Vermehrung der Kapital- und Arbeitseinheiten (z. B. Verkehrsbetriebe).

Kann danach den ersten beiden Betriebskategorien eine kompensatorische Eignung zugesprochen werden, so ergeben sich für die letzten beiden große Bedenken für eine solche Eignung. Je mehr im dritten Falle die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung in Richtung der Kapitalintensivierung und -fixierung geht, die durch den Konzentrationsprozeß beschleunigt wird, um so größer werden auch die Bedenken gegen die Kompensationsnotwendigkeit überhaupt, da sich starrer Arbeitsbedarf und geringste Anpassungsfähigkeit an die Arbeitsmarktverhältnisse mit der Wiedereinordnung freigesetzter Arbeitskräfte unmöglich vertragen können. Die Freisetzung geht unmerklich in die Zusätzlichkeit über.

Wendet sich ferner bei Verbilligung der Produkte der freisetzenden Industrien durch Produktivitätssteigerungen die erhöhte Kaufkraft solchen Gewerben der vierten Art zu, so ist

[259] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 52.
[260] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 54/55.

durch die erhöhte Nachfrage überhaupt keine Mehrnachfrage nach Arbeitskräften gegeben[261].

In die Reihe der Erklärungsfaktoren der Arbeitslosigkeit ist somit folgende Erkenntnis aufzunehmen, mit der auch Zwiedineck das Problem als ein solches der Zusätzlichkeit stellt.

„Je mehr für einzelne Wirtschaftszweige nach dem jeweiligen Stand der Technik ein hoher Betrag von Kapital schon als Mindestmaß für eine wettbewerbsfähige, also rentable Verwendung der Arbeitskräfte gilt, um so weniger wird die Aufsaugung arbeitsloser Massen durch Verwendung in kapitalintensiven Industrien erwartet werden dürfen... Je höher eine Wirtschaft das allgemeine Niveau der Kapitalintensität ihrer Produktion entwickelt hat" — und die kapitalistische Wirtschaft hat die unzweifelhafte Tendenz, sich in einer solchen Richtung weiterzuentwickeln —, „um so langsamer wird die dauernde Resorbierung einer strukturell bewirkten Arbeitslosigkeit vor sich gehen, weil die je Kopf der verwendeten Arbeiter aufzubringende Kapitalmenge größer geworden ist[262]."

Wir sehen, wie schon des öfteren betont, daß die Freistellung von Arbeitskräften den Charakter der Freisetzung mit der darin enthaltenen Kompensationsmöglichkeit immer mehr verliert und zu einem Faktor der Schaffung zusätzlicher Arbeitskräfte wird. Damit stellen wir das Problem der Zusätzlichkeit erneut als das Wesentliche heraus und werden es im 2. Kapitel dieses Abschnittes weiter zu untersuchen haben.

Schon beim Problem der Freisetzung läßt sich also die Notwendigkeit der Arbeitslosigkeit teilweise verifizieren.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch schon auf ein Problem hinweisen und hinführen, das im nächsten Kapitel seine Behandlung und Analyse finden wird: das Sparproblem. Wir sagten: die je Kopf der Bevölkerung aufzubringende Kapitalmenge wird immer größer. Wenn nun trotz diesem Umstande es gelungen ist, vorübergehend einen verhältnismäßig großen Teil sowohl der freigestellten als auch der zusätzlichen Arbeitskräfte zu resorbieren — wir denken dabei an die deutschen Verhältnisse im Jahre 1927 —, so müssen wir fragen, woher kommen die hierfür notwendigen Kapitalmengen?

Hirsch, dessen Argumentation zum Freisetzungsproblem wir nachher darzustellen haben, sieht, daß z. B. der deutsche Kapital-

[261] Vgl. für das Vorstehende Wilken S. 52/53 a. a. O.
[262] Zwiedineck, a. a. O., S. 45.

markt aus sich heraus den Ansprüchen der außerordentlich gesteigerten Umsatzgrößen nicht genügen kann. Der deutsche Kapitalbedarf wird großenteils durch Auslandskapital ergänzt. Wie es immer Wesensgesetz jeder kapitalistischen Wirtschaft ist, daß bei Marktvergrößerung progressiv neuer Kapitalbedarf entsteht, so brauchte auch die deutsche Marktausweitung durch Rationalisierung zusätzliche Kapitalien und wird sie weiter brauchen. Die Kapitalbildung Deutschlands in der Zeit der Rationalisierung war sicher größer als vermutet. Die meisten Beurteiler kommen auf eine jährliche Neubildung an Kapital von $6^1/_2$—$7^1/_2$ Milliarden. Dieser Zusatzbedarf, den die Neuaufnahme der Menschen in die Wirtschaft im Jahre 1927 erzwang, kann keineswegs von der eigenen Kapitalbildung gedeckt werden. In der Vorkriegszeit brauchten wir für die Aufnahme von Menschen in Arbeit ungefähr $8^1/_2$ Milliarden M., in heutiger Kaufkraft mindestens 12 Milliarden M. Wir nahmen aber 1927 mehr Menschen auf als jemals in der Vorkriegszeit. Das dafür notwendige zusätzliche Kapital kann im Inland nicht gebildet worden sein. Auch widersprach die Politik am Kapitalmarkt der Notwendigkeit der Sparbildung. Durch unverhältnismäßige Senkung des Zinssatzes wurde das Sparen abgeschreckt, das Verbrauchen angelockt. Die Rationalisierung brauchte aber zusätzliche Kapitalien und wird sie weiter brauchen. Sie muß sich deshalb bei Versagen der Inlandskapitalbildung neue Quellen erschließen[263].

Wir werden aus diesen Schlüssen im Anschluß an die Wilkensche Behandlung des Sparproblems wesentliche Erkenntnisse für eine Verifikation der Notwendigkeit der Arbeitslosigkeit aus der Entwicklung der deutschen Nachkriegswirtschaft gewinnen, Erkenntnisse, zu denen Hirsch nicht gelangte, allerdings auch nicht gelangen konnte.

Es wird nämlich die Frage aufzuwerfen sein, ob der 1926 beginnende Rückgang der Arbeitslosigkeit erfolgte trotz der von Hirsch dargestellten Kapitalmarktpolitik, die das Sparen beeinträchtigte, oder gerade kraft dieser mangelnden Sparkapitalbildung.

Obgleich wir aus methodologischen Gründen, wie wir sie in der Grundlegung und im ersten Abschnitt dieses dritten Hauptteils darlegten, die Rationalisierung der Gruppe der Zusätzlichkeit schaffenden Faktoren zuzuordnen haben, muß vorher die weitere Hirschsche Argumentation betrachtet werden, die der

[263] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 70/72.

Arbeitslosigkeit infolge von Rationalisierung nur den Charakter der Freigesetztheit zuerkennen will, also die Kompensationsmöglichkeit der Rationalisierungs-Arbeitslosigkeit grundsätzlich für gegeben erachtet.

c) Freisetzung und Rationalisierung

Rationalisierung[264] ist ein der kapitalistischen Wirtschaft immanentes und unablässig wirksames Streben, das dem Interesse entspringt, jede mögliche Aufwands-, besonders Arbeitskraftaufwandsersparung durchzusetzen. Dies Rationalisierungsstreben ist nichts anderes als die uns bekannte Tendenz zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Die Frage also: Bringt Rationalisierung der Wirtschaft auf die Dauer erhöhte Arbeitslosigkeit? ist, das erkennt auch Hirsch[265], nicht so neu, wie manche Bearbeiter sie zu sehen scheinen. Hirsch versteht unter Rationalisierung die Verbesserung der Arbeitsmethoden, die Erhöhung des Arbeitsergebnisses, so, daß entweder das gleiche Ergebnis mit weniger Aufwand, insbesondere an Arbeitskraft, erzielt wird, oder so, daß bei gleichem Aufwand ein höheres Ergebnis erzielt wird[266]: die zwei Fälle der Formeln der Mannstaedtschen Analyse.

Im Lichte der Nachkriegsentwicklung schien sich die Analyse der Kompensationstheorie zunächst verifizieren zu können, wie wir es oben zeigten (S. 102 ff.). In den Jahren 1925/26 setzte — wie wir wissen — eine Massenarbeitslosigkeit von sehr großem Ausmaße ein. Nach Hirsch hatten wir in Deutschland wahrscheinlich einen Höchststand von etwa $2^1/_2$ Millionen Arbeitslosen, d. h. jeder fünfte in der Industrie tätige Arbeitnehmer war, obwohl arbeitsfähig und arbeitswillig, ohne Arbeitsmöglichkeit und auf ein geringes Unterstützungseinkommen gesetzt[267].

Es ist verständlich, wenn man zu dieser Zeit in der zunehmenden Rationalisierung die Gefahr einer Rationalisierungskrise herannahen sah. Wenn trotzdem die Lehre, auf der die Bejahung gegenüber der Rationalisierung beruht, nicht abgelehnt wurde, so beruht dies auf ihrer scheinbaren Verifikation in der Folgezeit

[264] Aus dem komplexen Begriff der Rationalisierung, der auch Vorgänge umfaßt, die den Arbeitsbedarf ganz unberührt lassen, sind hier nur diejenigen Merkmale herausgenommen, die mit dem Arbeitsbedarf mehr oder weniger, aber doch unter allen Umständen verknüpft sind.

[265] A. a. O., S. 53.

[266] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 53.

[267] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 57.

der Jahre 1925/26. Diese Lehre, die wir schon in der Mannstaedtschen Analyse kennenlernten, wird von Hirsch übernommen und an Hand eines einfachen Beispiels, das dem der Mannstaedtschen Formeln sehr ähnlich ist, noch einmal erläutert[268]. Das Ergebnis der theoretischen Betrachtung bleibt dasselbe.

Die durch Produktionsverbilligung gesteigerte zusätzliche Kaufkraft oder die mit der Profiterhöhung steigende Kapitalbildung stellen der Verminderung der Arbeitsgelegenheit an einer Stelle eine Vermehrung an einer anderen Stelle gegenüber[269]. Je schneller es gelingt, die Rationalisierung in neue Kaufkraft umzusetzen, desto weniger erheblich sind auch die Übergangsschwierigkeiten[270], die bis zu einem gewissen Grade immer unausbleiblich sind, denen aber kein theoretischer Wert beizumessen ist.

In die „sonst nicht übermäßig tiefe Debatte"[271] sind nach Hirsch zwei Gesichtspunkte gebracht worden, die geeignet scheinen, eine kritische Stellungnahme zur Kompensationstheorie zu ermöglichen: die Imperialismustheorie und der Zwiedineckschе Beitrag zur strukturellen Arbeitslosigkeit[272].

Die Imperialismustheorie, die von Hirsch nur äußerst oberflächlich gestreift wird, haben wir im zweiten Hauptteil ausführlich behandelt[273]. Der Zwiedineckschе Beitrag führte uns mit seiner Zuordnung zur Wilkenschen Theorie zu einer neuen Stellungnahme gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit, zu einer neuen Theorie der industriellen Reservearmee[274].

Wir stellten mit Wilken einen neuen Begriff der Freisetzung heraus und diesem Begriff den Begriff der Zusätzlichkeit gegenüber. Letzterer umfaßt auch die Zwiedineckschе Resorptionskraft der Wirtschaft[275]. Die der Marxschen Gesetzlichkeit zuwiderlaufende Entwicklung dieser Resorptionskraft der Wirt-

---

[268] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 58/59.
[269] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 59/61.
[270] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 61.
[271] Hirsch, a. a. O., S. 62.
[272] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 62/64.
[273] Der Hirschsche Einwand, daß die Steigerung der Massenkaufkraft fraglos nicht Folge des Imperialismus, sondern der Rationalisierung sei, ist eine von Hirsch unbewiesene Behauptung. In ihr können wir keinen neuen Ansatzpunkt zu einer wirksamen Kritik an der erweiterten Freisetzungstheorie finden.
[274] Der von Hirsch S. 63 a. a. O. dargestellte Zwiedineckschе Gesichtspunkt der Bewegung zur Kapitalintensivierung ist auch bereits in unserem Abschnitt über den Profitausgleich enthalten. (S. 76 ff. dieser Arbeit.)
[275] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 27/28.

schaft der Vorkriegszeit erklärten wir durch die Imperialismustheorie. Weil noch nichtkapitalistischer Raum vorhanden war, stieß das Gesetz des Wachsenmüssens der modernen Wirtschaftskörper nicht auf die Widerstände der Marxschen Akkumulationsgesetzlichkeit, sondern hat auch die zuwachsende Arbeitskraft beschäftigt und den Ertrag aus ihrer Anwendung gesteigert[276].

Die Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit sind aber, besonders wenn wir die deutsche Wirtschaft betrachten, stark verändert[277]. Trotzdem scheint mit der Gestaltung der Gesamtproduktivität die Produktion der Vorkriegszeit in dem heutigen deutschen Wirtschaftsgebiet in den letzten Jahren wieder erreicht zu sein, und das bei einer Vermehrung der Zahl der Erwerbstätigen, einem Sinken der Arbeitslosenziffer[278].

Hirsch fragt nun: Ist dies geschehen trotz Rationalisierung oder kraft Rationalisierung? und kommt im Einklang mit den Lehren der Kompensationstheorie zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung kraft Rationalisierung einen günstigen Verlauf nahm und weiter nehmen wird.

Aus der Entwicklung der deutschen Nachkriegsarbeitslosigkeit folgert Hirsch in erster Linie eine innere Resorptionskraft des deutschen Arbeitsmarktes, die in keiner zu beobachtenden Zeit auch nur annähernd gleich groß gewesen sei. Bei stabiler Währung habe es etwas Ähnliches noch nie gegeben: „1,8 Millionen war die Zahl — wenn man die Notstandsarbeiter mitrechnet — noch am 15. März" — 1927 — „dazu sind mindestens 400 000, wahrscheinlich aber 500 000 Neuankömmlinge am Arbeitsmarkt zu rechnen. Auch wenn man $^1/_2$ Million Arbeitsloser, vielleicht mehr, wieder abzieht, so bleibt es schon dabei, daß die deutsche Wirtschaft mindestens $1^1/_2$ Millionen Menschen 1927 zunächst einmal wiederaufgenommen hat. Mag sein, daß darin eben, wie ich es ansehe, die Wirkung der Hochkonjunktur sich ausdrückt, aber in der Vorkriegszeit lag zwischen Hochkonjunktur und Tiefkonjunktur eine Spanne von vielleicht 400 000 Menschen. Nimmt man es noch so groß, die Leistung der deutschen Wirtschaft in der Aufnahme der Menschen bleibt enorm: ihre ‚Resorptionskraft' ist vorhanden und keineswegs nur künstlich genährt[279]."

Mit der Entwicklung dieser Resorptionskraft kann bisher festgestellt werden, daß sich während der Auswirkungen der deut-

[276] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 65.
[277] Vgl. die Ausführungen S. 104 ff. dieser Arbeit.
[278] Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 68.
[279] Hirsch, a. a. O., S. 68/70.

schen Rationalisierung (auch durch Steigerung des Inlandumsatzes und der Ausfuhrkraft bei Fertigwaren) die Arbeitslosenzahl gesenkt, die in Arbeit befindliche Personenzahl um etwa 12 Prozent in einem einzigen Jahre erhöht hat.

Verliert auch der Erklärungswert dieser Feststellung bei Betrachtung des Kapitalmarktes, wie wir sie in dem vorigen Abschnitt über Freisetzung und Kapitalbildung bereits gaben und in dem Abschnitt über Zusätzlichkeit und Rationalisierung noch einmal anzustellen haben, so bleibt zunächst die Tatsache bestehen, daß wir 1927 mehr Menschen aufnahmen als jemals in der Vorkriegszeit .

Es ist — nach Hirsch — nicht einzusehen, warum die Arbeitskapazität der Wirtschaft des Jahres 1927 in der Folgezeit wieder eine so wesentliche Minderung erfahren soll, wie sie einer neuen Massenarbeitslosigkeit vorausgehen müßte. Denn, obgleich die Anzeichen der erhöhten Umsatzmöglichkeiten auf eine so rapide Zunahme von Arbeitsleistung und Arbeitsprodukt deuten, „daß eine derartige Bewegung, wie sie eine Zuwachsquote allein an Arbeitskraft von mindestens 12 Prozent in einem Jahr, an Arbeitsprodukt in bestimmt weit höherem Prozentsatz zeigt, nicht als Dauererscheinung angesehen werden darf," vielmehr eine Konjunkturdämmerung anzeigt, ist doch ein gut Teil der deutschen Rationalisierung Dauerwirkung.

Die letzte Entwicklung zeigt, daß schließlich doch diejenigen recht behalten, die behaupten, daß Rationalisierung zwar an einer Stelle Arbeit nimmt, an anderer Stelle aber Arbeit schafft, und durchweg mehr, als sie genommen hat[280].

Nach Hirschs Ansicht ist also gerade die Nachkriegsentwicklung geeignet, die Kompensationstheorie auf die Dauer wiederum zu verifizieren.

2. Kapitel: Zusätzlichkeit und Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit durch zusätzliche Arbeitskräfte bedeutet theoretisch ein Phänomen, das im geschlossenen interdependenten System der Statik oder komparativen Statik, wenn überhaupt als Problem herausgestellt, doch im Rahmen dieses Systems auf keine Weise fruchtbar gelöst werden kann, da dies Problem sich aus der kapitalistischen Produktionsweise und der Unvollkommenheit ihrer tauschwirtschaftlichen Regulierungsprinzipien immer wieder neu stellt[281].

[280] Hirsch S. 73/74 a. a. O.

[281] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 74.

Wir haben dabei zu unterscheiden zwischen Arbeitslosigkeit als Wirkung und Arbeitslosigkeit als Ursache neuer Arbeitslosigkeit, also dem besonderen Problem der ständigen Reproduktion der Arbeitslosigkeit — der industriellen Reservearmee — aus den Bedingungen ihrer Existenz selbst, die notwendig gleichzeitig Existenzbedingungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind.

a) Arbeitslosigkeit als Wirkung

1. Zusätzlichkeit aus Mängeln in Einkommens- und Kapitalbildung

a) Die Sozialpolitik

Wir hatten zuletzt die sich wechselseitig bedingenden und steigernden Hemmungen in Kapital- und Kaufkraftbildung aufgezeigt und damit zum Problem der Zusätzlichkeit hingeführt.

Im Gegensatz zu nicht mehr nachgefragten Produkten kann die zusätzliche Arbeitskraft die Chance der Unverkäuflichkeit und des Verderbens nicht tragen, muß vielmehr auf Kosten der übrigen Einkommensbezieher gegenwertlos mit Subsistenzmitteln versorgt werden[282].

Es gibt nun drei Möglichkeiten der Aufbringung der Unterstützungssummen:

1. Aus Beiträgen der beschäftigten Arbeiter. Hier bilden sie eine Form der vermehrten Aufsplitterung des Lohnfonds, wirken also in jeder anderen Richtung als der der Mehrbeschäftigung und des Mehrprodukts[283].
2. Aus dem Unternehmereinkommen. Hier erhöhen sich für die Kalkulation der Unternehmungen die Lohnkosten pro Produkteinheit, die Erzeugung wird verteuert oder der Kapitalersatz unmöglich[283].
3. Aus der allgemeinen Einkommensmasse. Hier wird aber dem durch die Freisetzung gleichzeitig freigesetzten Kapital sein zirkulatorisches Gegenspiel entzogen[284].

Umfangreiche Konsum- oder Kapitalverschiebungen sind in jedem Falle unausbleibliche Folge. Die großen, irgendwie steuerlich aufgebrachten Unterstützungsbeträge sind, solange die Unterstützung dauert, dauernde Ursache der Unmöglichkeit einer Kompensation. Dauernde Arbeitslosigkeit hieße nicht nur dauernde Unterstützung, die Unterstützung selbst verewigt die Arbeitslosigkeit[285].

---

[282] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 54/55.
[283] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 62/63.
[284] Ebenda.
[285] Vgl. Wilken S. 64/70 a. a. O.

Zusätzliche Arbeitskräfte können nur beschäftigt werden, wenn die Kapitalgrundlage für eine erweiterte Produktion gegeben ist. Das Neukapital wird auf der Einkommensseite gebildet durch Sparen, durch Verzicht auf mögliche Bedürfnisbefriedigung seitens der Einkommensbezieher.

Derselbe Prozeß aber, der zur Neukapitalbildung führt, der Sparprozeß, ist eine besondere säkulare Ursache der Arbeitslosigkeit.

„Es ist eine Forderung der Zirkulation, daß für jede Leistungseinheit, welche Bestandteil des Sozialprodukts wird, auch ein besonderes Einkommen gebildet wird, welches sie zu kaufen imstande ist[286]" Diese Forderung wird durch den Sparprozeß vorübergehend durchkreuzt. Während ihrer Durchkreuzung aber werden notwendig Arbeiter freigesetzt.

Jede Betriebsgründung oder Betriebserweiterung wird durch Spargeld finanziert. Abgesehen von der Verwendung für den Bezug langfristiger Produktivgüter verwendet der Unternehmer nicht nur die selbst gesparten, sondern auch die geliehenen, in der Konsumsphäre gesparten Kapitalien ebenfalls für die Bezahlung seiner Arbeiter, seiner eigenen Leistungen und des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen. Er hat Geldbeträge in Händen, welche zirkulatorisch bereits als Einkommen qualifiziert sind. Diese Geldbeträge werden von ihm aber nicht in der durch die Einkommensqualität funktionell festgelegten einzig möglichen Weise zirkulatorisch verwendet, sie machen vielmehr zum zweiten Male eine Einkommensbildung durch, indem sie die Erzeugung eines neuen Produkts finanzieren.

Im ersten Stadium funktioniert dieser Prozeß zwar noch funktionsgerecht, denn die Arbeiter verwenden die Einkommen, die gespart wurden, konsumtiv, um mit ihnen das Produkt zu kaufen, das der Sparer nicht gekauft hatte. Dadurch, daß sie sich aber dieses Spargeld als Einkommen erarbeiten mußten, haben sie das Sozialprodukt um ihre eigene Leistung vermehrt. Zwei Produkte stehen einem Einkommen gegenüber[287].

Wird das Mehrprodukt auf Kosten anderer Teile des Sozialprodukts, die vorläufig unabsetzbar bleiben, abgesetzt, so kann zwar der Sparer sein Darlehen zurückerhalten und damit den vorher nicht abgesetzten Rest des Sozialprodukts kaufen.

---

[286] Wilken, a. a. O., S. 324.

[287] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 326/27.

Aber dadurch, daß dieser Teil eine Zirkulationsperiode lang liegenblieb, hat er für diese Zeit mangels Kapitalersatzes zur Arbeitsausstellung in den Industrien — meist Betrieben mit älteren Produktionsmethoden — geführt, die diesen Teil herstellten[288].

„Was nutzt es aber," fragt Wilken, „wenn zugunsten besserer Produktionsmethoden die älteren Betriebe einfach ausgemerzt werden und deren Arbeiter zu Rekruten der Armee der Arbeitslosen werden[289]?"

Privatwirtschaftlich-ökonomisch kann eine Zirkulations- (Produktions-) Erweiterung auf Spargeldgrundlage gelingen, aber auf Kosten der Vermehrung der Arbeitslosen, zumindest unter einer, der Beschäftigung der zusätzlichen Arbeitskräfte entsprechenden Freisetzung. Bei solchen Finanzierungsmethoden, die aber dem anarchischen Charakter des konkurrenzbedingten Kapitalismus eigenartig, und notwendig eigenartig sind, also in der Finanzierung des Betriebskapitaleinsatzes durch Spargelder ist eine der Hauptgrundlagen der Arbeitslosigkeit zu erblicken[290, 291].

Weiter ist aber auch die Frage der Häufungserscheinung konjunktureller Überproduktion mit ihren unausbleiblichen Folgen für die Arbeitslosigkeit ebenfalls in der Spargeldfinanzierung von Betriebskapitaleinsätzen und -erweiterungen zu sehen[292].

„Wer sich zu diesen Einsichten bekennen kann, wer es erfaßt, daß die Arbeitslosennot und die allgemein bekannte katastrophale Überproduktion der Konjunkturen in einer zirkulationswidrigen Spargeldfinanzierung ihre tiefsten Ursachen hat[293], Ursachen, welche durch keinerlei Selbstregulierungsprinzipien der Wirtschaft aus der Welt geschafft werden können[294], der muß zu der Überzeugung kommen, daß man die Wirtschaftsverhältnisse der Gegenwart nicht in der bisherigen Weise weitertreiben lassen darf[295]."

„Bleibt es bei den bisherigen Finanzierungsmethoden, so wird Überproduktion und ihr soziales Äquivalent, die Massenarbeits-

---

288 Vgl. Wilken, a. a. O., S. 327/28.
289 Wilken, a. a. O., S. 328.
290 Vgl. Wilken, a. a. O., S. 329.
291 Sperrung im Original.
292 Vgl. Wilken, a. a. O., S. 329.
293 Vgl. auch Wilken, a. a. O., S. 336/37.
294 Sperrung im Original.
295 Wilken, a. a. O., S. 329.

losigkeit, als Norm der wirtschaftlichen Lebensgestaltung weiterbestehen[296]."

Glaubt man, oder kann man nachweisen, daß diese Finanzierungsmethoden dem Kapitalismus eigenartig und notwendig eigenartig sind und bleiben müssen, so muß man diesem Wirtschaftssystem gegenüber zu einer Einstellung kommen, wie sie von Marx und seinen Nachfolgern in der Vertretung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus gegeben wird.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung kann, so sehr man auch ihre Fehler bereits überall zu erkennen beginnt, organisatorisch keinen Schritt weitergebracht werden in Richtung der Vermeidung der diesem System notwendig eigenartigen Fehlbildungen[297].

*

Wir warfen — im Anschluß an die Hirschschen Ausführungen zum Problem der Kapitalbildung (S. 123 ff.) — die Frage auf, ob der zeitweise Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit erfolgte trotz einer Kapitalmarktpolitik, die die Sparbildung beeinträchtigte, oder gerade kraft dieser mangelnden Sparkapitalbildung.

Wir glauben, nach den Wilkenschen Ausführungen über das Sparproblem diese Frage dahin beantworten zu können, daß die — im Rahmen eines Systems der Statik oder komparativen Statik — systemwidrige Unterbrechung bzw. Einschränkung des Sparprozesses zwar eine Folge gezeitigt hat, die die Gültigkeit gerade dieses Systems zu verifizieren scheint. Die Verifikation bleibt aber auch hier, ebenso wie bei der Erklärung der Tatsache der Kompensation vor dem Kriege, nur eine scheinbare, weil eine Systemwidrigkeit — wie sie die Unterbrechung des Sparprozesses ebenso darstellt wie das aufgezeigte notwendige Fallenlassen der Geschlossenheit und Interdependenz — niemals einen Erklärungswert für das nämliche System besitzen kann, aus dessen Analyse sie sich ergab.

Kann der Wilkenschen Analyse des Sparprozesses zugestimmt werden, so ergibt sich vielmehr, daß eine Unterbrechung des Sparprozesses zwar geeignet ist, das Gesetz der Notwendigkeit in der „Theorie der Arbeitslosigkeit" zu modifizieren, daß aber bei systemgemäßem Ablauf des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses diese „Theorie" und die ihr eignende, als notwendig erkannte Zusätzlichkeit sich in zunehmendem Maße verifizieren muß.

---

[296] Wilken, a. a. O., S. 330.

[297] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 514.

Wir wissen, daß Rationalisierung direkt und indirekt auf Senkung des Arbeitsbedarfs hinwirkt. Die direkte Wirkung ist darin gegeben, daß stets die Tendenz zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals besteht. Sehen wir selbst ab von den Depressions- und Krisenwirkungen, die ihren Ausdruck in Zusätzlichkeit schaffender Arbeitsfreistellung finden, und betrachten wir nur die Chancen der Aufsaugung zusätzlicher Arbeitskräfte, die aus sonstigen Quellen stammen, so stoßen wir auf den Umstand, daß der Arbeitsbedarf eines industriellen, mit Sachkapital rationell ausgestatteten Betriebes nicht proportional mit der Erweiterung oder Verbesserung des Marktes und seiner Lage mitwächst. Mit der fortschreitenden Entfaltung und Vervollkommnung des technischen Apparates tritt vielmehr die Tendenz zur größeren Stetigkeit des Arbeitsbedarfs in zunehmendem Maße in Erscheinung[298]. Stetigkeit des Arbeitsbedarfs bedeutet aber die Grundlage der Unmöglichkeit der Einordnung zusätzlicher Arbeitskräfte.

Hinzu kommt, daß die meisten Rationalisierungsvorgänge zur Folge haben, daß die rationalisierten Betriebe in den Zustand einer relativen Unterproduktion in Ansehung der erweiterten Produktionsmöglichkeiten gesetzt werden, eine Unterproduktion, die absolut eine Überproduktion nicht auszuschließen braucht. Damit rechnen diese Betriebe aber bezüglich ihrer kompensatorischen Eignung und ihrer Eignung, zusätzliche Arbeitskräfte aufzunehmen, zu der vierten Art der oben (S. 122) angeführten Betriebstypen.

Die infolge von Rationalisierungsvorgängen auftretenden Produktivitätsfortschritte bringen also nicht nur eine stetig wachsende Arbeitsfreistellung mit sich, sondern wirken auch in Richtung eines Sinkens des Anreizes zur Wiederbeschäftigung seitens der Mehrnachfrage, wenn diese sich Produkten der rationalisierten Betriebe zuwendet[299].

Der Rationalisierung kann es auf die Dauer weder gelingen, die Freistellung vor der Wandlung zur Zusätzlichkeit zu bewahren, geschweige zusätzliche Arbeitskräfte aus anderen Quellen in den Produktionsprozeß einzuordnen.

Die indirekte Wirkung der Rationalisierung besteht ferner darin, daß die Tendenz vorherrscht, in zunehmendem Maße an

[298] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 49/50.
[299] Vgl. Wilken, a. a. O., S. 53.

Stoffverwendung zu sparen, damit letztlich aber auch an Arbeitskräften zur Stoffproduktion[300].

Der Arbeitsmarkt kann von Produktionssteigerungen, die ausschließlich in der besseren Ausnutzung der vorhandenen Apparatur liegen, fast ganz oder sogar vollständig unberührt bleiben[301].

Ist Rationalisierung nun eine dauernde — man möchte mit Zwiedineck versucht sein zu sagen: ewige — Kategorie, so ist sie auch dauernd wirksam in Richtung der Senkung des absoluten Arbeitsbedarfs, zumindest aber des Arbeitsbedarfs im Verhältnis zum Auftreten zusätzlicher Arbeitskraft.

Rationalisierung kann zwar — wenn wir von den bisherigen Erkenntnissen absehen — dann fruchtbar werden, wenn sie sich ungehemmt als Preisverbilligung bis zum letzten Konsumenten durchsetzt[302]. Unsere ganze bisherige Analyse zeigte aber, daß dieser Prozeß auf mannigfache Art durch die Wirkungen der Konzentrations- und Bindungsbewegung durchkreuzt wird.

Wir können daher hier, im Gegensatz auch zu Zwiedineck, der in ihr letztlich keinen Ursachenfaktor des Dauerzustandes der Arbeitslosigkeit sieht, die Rationalisierung zu den Faktoren rechnen, die — besonders in ihrer Einflußnahme auf die Bedingungen des Wirtschaftsgefüges — geeignet sind, die Zusätzlichkeit der Arbeitskräfte zu einer dauernden zu gestalten, die Existenz der industriellen Reservearmee zu verewigen.

*

Abgesehen von der sehr zweifelhaften Möglichkeit der Beseitigung struktureller Unverhältnismäßigkeiten durch Zurückbildung struktureller Veränderungen, kann jedoch das Problem dauernder Zusätzlichkeit an Schärfe verlieren dadurch, daß eine strukturelle Wandlung durch eine andere kompensiert wird.

Wir denken dabei an die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch die Gestaltung der Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen.

3. Zusätzlichkeit und Bevölkerungsbewegung

Die Bevölkerungsbewegung wirkt sich in Richtung mengenmäßiger Veränderungen auf der Seite des Arbeitskraft-Angebots aus, denn der Anteil der Erwerbsuchenden — jeweils bestimmt durch Geschlechtsgliederung und Altersaufbau — ist ein struk-

[300] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 57/58.
[301] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 54.
[302] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 59.

turelles Element, dessen Änderung das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt berührt[303].

Die Realität weist heute Erscheinungen auf, die geeignet sind, der Bevölkerungstheorie das Merkmal ausgesprochener Übervölkerung zu nehmen und das entgegengesetzte Merkmal der Untervölkerung in den Vordergrund der Untersuchungen nicht nur über die französische Volkswirtschaft, sondern auch über die Volkswirtschaften der anderen großen Kontinentalstaaten zu rücken. Trotzdem lassen die bisher vorliegenden Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 noch keinen Einfluß einer Untervölkerung erkennen, denn die absolute Zahl der arbeitswilligen Erwerbsfähigen ist heut merklich größer als in der Vorkriegszeit[304].

Dieser Umstand braucht aber nicht mit der Gestaltung der Bevölkerungsbewegung kausal verbunden zu sein.

Zwiedineck glaubt, diese strukturelle Wandlung für Deutschland vor allem in der Erhöhung der weiblichen Erwerbstätigkeitsziffer sehen zu können, die er für begründet hält durch die Nominalkapitalvernichtung im Zusammenhange mit der Inflation.

In dieser Begründung liegt aber gleichzeitig die Möglichkeit einer strukturellen Rückbildung unter der Voraussetzung eines entsprechenden Wiederaufstiegs des Mittelstandes mit wachsender Kapitalkraft. Als treibender Faktor dieser Rückbildung kann nach Zwiedineck die Aufwertung angesehen werden. „Sie ist, wenn auch kleinweise, gewiß eine Quelle für das Wiederaufkommen des Kleinrentnertums und insoweit für die Abnahme der Dringlichkeit, mit der manches Angebot auf dem Arbeitsmarkt auftritt, namentlich auf dem weiblichen Arbeitsmarkt[305]."

Sehen wir ab von dem theoretischen Wert eines solchen möglichen Rückbildungsprozesses, so bleibt die Verminderung des Anteiles der 0—15jährigen — die auch den Anstoß zum Problem der Untervölkerung gab —, wodurch zwar zunächst ein im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hoher Stand der allgemeinen Erwerbsfähigenziffer bewirkt wird, wodurch aber auf die Dauer eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch Verminderung der zusätzlichen Arbeitskräfte herbeigeführt werden kann. Es steht auch dies in Widerspruch zum Marxschen Populationsgesetz,

[303] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 29.
[304] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 29.
[305] Zwiedineck, a. a. O., S. 31.

und es bleibt der Weiterentwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorbehalten, die Marxsche Gesetzlichkeit zu verifizieren oder zu negieren.

Was bis heute für Deutschland angegeben werden kann, ist, daß bisher eine wesentliche Veränderung des Arbeitskraftangebots aus der Bevölkerungsbewegung und ihrem ziffernmäßigen Niederschlag nicht festzustellen ist, daß somit der Wirtschaft in dieser Hinsicht keine größere Aufsaugungs-Aufgabe gestellt wurde[306]. Woran die Wirtschaft krankt, ist die mangelnde und sich im Zweifel stets vermindernde Resorptionsfähigkeit, die allerdings geeignet ist, das Problem der Zusätzlichkeit zu einem dauernden zu gestalten.

4. Zusätzlichkeit und Wanderungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind die Wanderungen ein populationistischer Faktor, der auf den Arbeitsmarkt einen bestimmenden Einfluß ausüben kann.

Wie weit der Einfluß der Binnenwanderungen, besonders der Abwanderung vom Lande, gehen kann, zeigte uns die Oppenheimersche Theorie, wie weit die Ein- und Auswanderung bzw. deren Einschränkungen und Hemmungen in Betracht kommen, zeigte uns Sternberg.

Während nach Zwiedineck nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für eine erhebliche Steigerung des Arbeitskraftangebots durch die Gestaltung des Wanderungssaldos besteht, ein Saldo, der, sei er positiv oder negativ, im Verhältnis zur natürlichen Bevölkerungsvermehrung nur von geringer Bedeutung ist[307] und auch mit der jeweiligen Arbeitslosigkeit nicht in direktem Kausalzusammenhang zu stehen braucht[308], glauben wir, besonders nach unseren früheren Ausführungen über die Wanderung, ihre Bedeutung doch nicht unterschätzen zu sollen, zumal wenn nicht die positive, sondern die negative Seite des Problems in den Vordergrund tritt.

Sind es einerseits die Hemmungen in der Auswanderung, die eine wirksame Regulierung der Proportionalität von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verhindern, so kommen auf der anderen Seite innere Fluktuationshemmungen hinzu, die nicht unbeachtet gelassen werden dürfen.

Die Kompensationstheorie unterstellte, daß bei der fortschrei-

[306] Vgl. die ziffernmäßig belegten Ausführungen Zwiedinecks, S. 34—36.
[307] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 36.
[308] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 33.

tenden Mechanisierung der Arbeit der Übergang von einer Arbeitsstelle zur anderen keine Schwierigkeiten bietet. Solche Schwierigkeiten bestehen aber durchaus, und zwar liegen sie begründet 1. in der handwerksmäßigen Ausbildung des Arbeiters, mit der oft besonders physische Eigenschaften entwickelt sind, 2. in der zunehmenden Organisation der Arbeiterklasse selbst und 3. in der sozialen Verfassung der modernen kapitalistischen Wirtschaft.

Es leuchtet ein, daß ein Metallarbeiter nicht ohne weiteres Martinöfen mauern kann oder umgekehrt. Aber auch im selben Gewerbe bestehen oft Differenziertheiten, die einen unmittelbaren Übergang nicht gestatten. Ein Baumwollspinner z. B., der infolge seiner Arbeit notwendig rauhe Hände hat, ist zunächst unbrauchbar für die Seidenspinnerei, die eine glatte Haut der Hände erfordert. Derartige Beispiele ließen sich beliebig vermehren.

Die Tarifpolitik der gewerkschaftlichen Organisationen ferner, deren möglichen Einfluß innerhalb des Kampffeldes des Sternbergschen Schemas[309] wir kennen, hat eine regionale Nivellierung der Löhne gezeitigt, die allem anderen als einer ausgleichenden Fluktuation dienlich ist.

Die soziale Verfassung schließlich, wie sie sich z. B. besonders oft in der Verbindung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag über Werks- oder Siedlungswohnungen spiegelt, ist ein weiteres Hindernis der Fluktuation.

Der reibungslose Übergang von einer Arbeitsstelle zu einer anderen ist also auch für den Industriearbeiter, besonders den verheirateten, durchaus nicht garantiert. Fluktuationshemmungen verschiedenster Art durchkreuzen oder verhindern selbst den natürlichen Ausgleich innerhalb der Volkswirtschaft.

Zwar wenn man versuchen wollte, die Fluktuationshemmungen ziffernmäßig zu erfassen, um zu einem prozentualen Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit zu kommen, bzw. den so verursachten Übergang von Freisetzung zu Zusätzlichkeit zahlenmäßig zu erfassen, so würde man ein Ergebnis erzielen, in dem dieser Faktor im Verhältnis zu den übrigen Entstehungs- bzw. Erhaltungsfaktoren von Arbeitslosigkeit nur eine geringe Rolle spielte. Es war jedoch notwendig, ihn der Vollständigkeit halber den übrigen Faktoren anzugliedern.

Das Problem der Gesamtfluktuation bzw. ihrer Hemmungen in seiner Verbundenheit mit der Arbeitslosigkeit kann jedenfalls durch die inneren Fluktuationshemmungen nur verschärft werden.

[309] Vgl. S. 61 dieser Arbeit.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß sich keine strukturellen Veränderungen auf seiten des Arbeitskraftangebots feststellen lassen, die geeignet sind, die strukturellen Wandlungen, die uns zum Problem der Zusätzlichkeit führten, zu kompensieren.

5. Zusätzlichkeit und Grenzen des Industrialismus

Wir versuchten in unserem zweiten Hauptteil die Notwendigkeit der Freisetzung ohne Kompensationsmöglichkeit, also die Notwendigkeit dauernder Zusätzlichkeit im Rahmen eines konstruierten reinen Kapitalismus abzuleiten.

Wird zugegeben, daß sich bisher nirgends auf der Welt ein reiner Kapitalismus herausgebildet hat, ein Gebilde, das uns theoretisch im wesentlichen deshalb interessierte, um an ihm die Stellung des Kapitalismus und der Produzenten in diesem System zu studieren, wenn die Möglichkeit der Kapitalexpansion fortgefallen ist — wird auch zugegeben, daß sich die Existenzmöglichkeit eines solchen Systems nicht einwandfrei beweisen läßt bzw. etwas über die Zeit aussagen läßt, die bis zur Erreichung eines reinen Kapitalismus vergehen kann oder muß —, so ist damit immer noch nichts Endgültiges gegen die Behauptungen der Theorien der industriellen Reservearmee gesagt.

Im Gegenteil, es liefert uns gerade die neuere Konjunkturforschung Mittel und Wege, nicht nur eine Grenze der Kapitalisierung, sondern auch eine solche der Industrialisierung aufzuzeigen, die der Kompensation der freigesetzten Arbeitskräfte einen weiteren unmittelbaren Riegel vorschiebt.

Zunächst bietet sich eine neue Möglichkeit der Verifikation unserer Theorien an der Hand der amtlichen Statistik, die uns Sombart in seinen Schlußkapiteln zur Verfügung stellt.

Es wird hier festgestellt, daß in Deutschland bisher noch fast ebensoviel Menschen handwerksmäßig tätig sind wie industriellkapitalistisch. Nur etwa 30 Prozent aller Erwerbstätigen stehen direkt im Dienste des Kapitalismus; während sich auch heute noch für die ganze Erde die Bauernwirtschaft als wichtigste Wirtschaftsverfassung darstellt, sind auch in den Ländern des Hochkapitalismus, selbst in Nordamerika, die beginnenden Anzeichen einer industriellen Sättigung schon vielfach festzustellen.

Während wir bisher den Kapitalismus ausdrücklich durch den Absatz begrenzt sahen, tut sich uns ein etwas modifizierter Gesichtspunkt auf in der Begrenzung der Industrie durch den Boden, in dem Umstand, daß jedes Land nur ein gewisses Maß von

Industrie verträgt — ein Umstand, der einen immanenten Widerspruch zur kapitalistischen Entwicklungsdynamik darstellt. Neu ist dieser Gesichtspunkt keineswegs. Wir finden ihn schon bei Malthus und in den seinerzeit wirkungslos verhallten Warnungen des Konservativismus (Sismondis u. a.)[310].

Die freie kapitalistische Verkehrswirtschaft hat einen Doppelrhythmus von Konsumtion und Produktion geschaffen und als Bindeglied zwischen diese beiden eigendynamischen Sphären den Preis gesetzt, der bei freiem Kräftespiel die beiden Sphären aneinander binden und aufeinander abstimmen soll. Daraus folgt aber, daß in diesem Wirtschaftssystem nicht mehr produziert wird nach der Abstufung von Einzel- und Kollektivbedürfnissen, sondern nach der Abstufung der Kaufkraft, die die Bedürfnissphären zu entfalten vermögen.

Damit ist aber das organische Ineinandergreifen von Produktion und Konsumtion aufgehoben oder zum mindesten stark gelockert. Der Preis sieht nicht auf das Bedürfnis und die Zwecksetzung des Menschenlebens, sondern auf Tausch und Geld. Wenn Kaufkraft, die an einer Stelle fehlt — trotz des Vorhandenseins von Bedürfnissen —, an einer anderen doppelt auftritt, so in der Produktionssphäre selbst, so besteht die Möglichkeit, daß der Ablauf des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses glatt vonstatten geht, auch wenn manche Bedürfnisse auf dem Markte vollkommen unberücksichtigt gelassen werden.

Die Produktion der freien Verkehrswirtschaft kann, wenn sie findig und unternehmend genug ist, neue Wege einschlagen, Produktionsumwege beschreiten, alle Kaufkraftteile einfangen und dahin leiten, wohin es ihr beliebt. Das Kommando der Wirtschaft geht von der Konsumtion, die es naturgemäß besitzen müßte, zum großen Teil auf die Produktion über. Diese vollzieht sich aber auf anorganischer Grundlage — so schon auf der Basis der in der Erde aufgespeicherten anorganischen Stoffe. Im Imperialismus ist die fortschreitende Produktion auf anorganischer Grundlage noch teilweise möglich. Schließlich stößt die Produktionsausdehnung weltwirtschaftlich an die endliche Begrenzung der Erde[311].

Aber auch volkswirtschaftlich sehen wir eine Begrenzung. Schon Malthus hat wesentliche Gedanken in dieser Richtung geäußert, wenn er uns sagt, daß außer den beiden produzierenden

[310] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 140.
[311] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 94/95.

Ständen der Arbeiter und Unternehmer, deren Konsum nicht die genügende Nachfrage hervorbringt, namentlich wenn sie (die ersteren) von ihren Einkünften starke Ersparnisse machen müssen — akkumulieren —, um ihr Kapital zu vermehren, ein Land mit reichen Produktionskräften notwendig einer Klasse von Verbrauchern bedarf, die nicht selbst in der industriellen Produktion tätig sind[312].

Der Boden und sein Ausnützungsgrad sind gewiß eine in etwa elastische Größe. Sie bieten aber eine organische Grenze. Solange menschliche Nahrung und Bekleidung auf organische Grundlage angewiesen bleiben, verschärft sich immer mehr das Mißverhältnis, das darin besteht, daß sich der Kapitalismus auf anorganischer Grundlage entfaltet und deshalb notwendig früher oder später an die Grenze stößt, welche das viel langsamere, an die Natur streng gebundene Wachstum alles Organischen ihm zieht. Die neuere Konjukturtheorie erklärt hieraus die Krisen und belegt diese Erklärungen mit zahlreichen Tatsachen[313].

Diese Tatsachen der Gegenwart zeigen eine immer stärkere Kontingentierung der Produktion unter den großen Interessenten, immer weitergehende Kartellierung und Produktionseinschränkung.

Der Verwertungsprozeß des Kapitals wird gestört, und die Tugan-Baranowskische Theorie, die Hilferding einmal sehr treffend „verrückt gewordenen Marxismus" genannt hat[314], kann nie ihre Bestätigung finden.

Durch die fortschreitende Technik wird die Lage noch verschärft[315]. Mit der ganzen imperialistischen Entwicklung, wie wir sie aufgezeigt haben, geht Hand in Hand ein immer mehr zutage tretendes Einschrumpfen des Exportindustrialismus, der seine heutige Dynamik verliert, und ein immer stärkeres Zurückdrängen der einzelnen Kapitalismen und ihrer Industrien auf ihre territoriale landwirtschaftliche Grundlage[316]. Diese ist, wie wir wissen, durch den Boden und seinen Ausnützungsgrad begrenzt.

Als Ausweg aus der notwendig immer schärfer werdenden Absatzkrise bliebe dann theoretisch nur die Bevölkerungsvermehrung. Dieser sind aber ebenfalls Grenzen gesetzt. Adolf

[312] Vgl. Malthus, Grundsätze der politischen Ökonomie, S. 479, 520. Zitiert bei Jostock.

[313] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 140/41.

[314] Finanzkapital S. 355 Anm.

[315] Vgl. die Zahlen Jostocks (S. 142), die einem Bericht des Arbeitsministeriums der U. S. A. — Davis — entnommen sind, der in der industriellen Entwicklung die Wurzel von 90 Prozent aller Arbeitslosigkeit sieht.

[316] Vgl. Jostock S. 141.

Wagner betonte bereits, daß es auch für den Industriestaat zutrifft, daß „auf einem gegebenen Gebiet über kurz oder lang endgültige Grenzen für Volkszahl und ‚Dichtigkeit' vorhanden sind"[317].

Außerdem sagt, wie wir wissen, die Bevölkerungsvermehrung noch nichts aus über die zahlungsfähige Kaufkraft.

Es wird also nichts anderes übrigbleiben, als daß das Tempo des Kapitalismus vermindert und der Expansionsdrang zum Absterben gebracht wird.

Die Kompensationstheorie sieht, um die große Entwicklungslinie noch einmal zusammenzufassen, die Richtung, in der sich der Kapitalismus entwickelte und weiter entwickelt im Lichte harmonischen Ausgleichs:

Der im Mittelalter bestehende Zustand einer stationären Wirtschaft wird abgelöst durch eine Epoche der Dynamik, eben des Kapitalismus, die sich äußert in der Störung des Gleichgewichts durch Einsetzen technischer Entwicklungstatsachen an den verschiedensten Stellen, die sich gegenseitig überschneiden, so daß eine Gesamtschau vorerst nicht möglich ist. Die Kompensationstheorie glaubt aber, die Entwicklung doch folgendermaßen voraussehen zu können:

Solange noch Expansionsmöglichkeit besteht, ist der Revolutionierung der Technik keine Grenze gesetzt. Im reinen Kapitalismus findet aber die Produktivität ihre natürliche Grenze. Wenn es nach dem Wolffschen Beispiel gelingt, ein Produkt, das vorher 50 Einheiten gekostet hat, durch höhere Produktivität für 10 Einheiten herzustellen, so ist eine nochmalige Ersparnis von 40 Kosteneinheiten undenkbar. Die Unternehmer, die einsehen, daß sie bei ungehemmter Entfaltung der Produktion im reinen Kapitalismus ihre Produkte nicht absetzen können, kommen von allein zu einer Einschränkung und Organisierung der Produktion, die sich nach dem Bedarf orientieren muß. Damit wird ein Zustand herbeigeführt, wie ihn Cassel in seiner gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft sieht. Die Störungen im Gleichgewicht treten in immer geringerem Umfange auf, die hohen Extraprofite, die der Vorstoß in den nichtkapitalistischen Raum gewährte, verschwinden, eine Angleichung der Vermögenslage findet statt. Die Marxsche Verelendungstheorie müßte sich in ihr Gegenteil verkehren.

Wir sind, im Gegensatz zu diesen Erkenntnissen der Kompensationstheorie, der Ansicht, daß eine solche Entwicklung in der

[317] Adolf Wagner, Agrar- und Industriestaat, Jena 1902, S. 82.

Empirie nie ihre Verifikation wird finden können. Unsere ganze Untersuchung stellt im übrigen eine immanente Kritik an solcher Entwicklungsnotwendigkeit dar.

Die erweiterte Marxsche Theorie gewinnt unserer Ansicht nach schon heute immer mehr an Gültigkeit, ja selbst die ursprüngliche Theorie der Freisetzung erlebt wieder eine Epoche ihrer ausgedehntesten Durchsetzung, denn die notwendige ökonomische Folge einer Entwicklung, die dem Wirtschaftsgefüge dieselben Grundlagen gibt bzw. entzieht wie der reine Kapitalismus, wäre ein ständig zunehmender Freisetzungsprozeß, beschleunigt in doppelter Hinsicht durch die Einschränkung der Produktion bei gleichzeitiger Anwendung vollkommener technischer Mittel.

Wenn auch machtpolitische Momente diese ökonomische Folge in ihrer schärfsten Wirksamkeit noch vorübergehend einzuschränken vermögen, so bleiben sie doch nur ein vorübergehender Notbehelf[318].

Bleibt als letzte Hoffnung der Kompensationstheoretiker[319] die Bedarfsausweitung des einzelnen Konsumenten, soweit er einer anderen als der Kapitalisten- oder Arbeiterklasse angehört, denn diese muß akkumulieren, jene bleibt notwendig im Kapitalismus „frei". Aber auch diese Bedarfsausweitung hat nur beschränkte Ausdehnungsfähigkeit. Denn der Hauptteil des menschlichen Bedarfs bleibt sich schließlich im wesentlichen gleich, nur zweitrangiger Bedarf wird stets neu hinzuerfunden und gedeckt.

Als erschwerend kommt hier ganz besonders hinzu die fortschreitende Verdrängung von Handarbeit durch die Maschine, der Prozeß der fortschreitenden Verproletarisierung, wodurch die Kluft zwischen Warenmenge und Lohnsumme sich nur erweitert.

Mit dieser Entwicklung, die, wie wir sehen, keine graue Theorie ist, sondern sich wiederum auf bemerkenswerte Tatsachen berufen kann, ist auch die Kompensationstheorie als gänzlich überwunden zu betrachten; denn sie konnte im wesentlichen nur auf dem durch Bevölkerungszuwachs erzwungenen und getragenen Ausweiten des Produktionsapparates begründet werden, und daher ein Ausgleich nur möglich sein, wenn beide parallel lägen. Daß aber diese Kompensationstheorie höchstens für einige Jahrzehnte erstmaligen technischen Ausbaues, keineswegs für Jahrhunderte und länger oder überhaupt ganz allgemein Gültigkeit besitzt, ist für Jostock damit erwiesen.

---

[318] Vgl. Jostock S. 147.

[319] Wir lehnen uns im folgenden weiter an Jostock an.

Ist das Maschinenwesen einmal so weit, daß es mit einem kleinen Arbeiterstamm den groben Lebensbedarf herstellt, so darf es als ausgeschlossen gelten, daß die anderen Gewerbe so ausgebaut und beschäftigt werden können, daß alle Arbeiter dort unterkommen — möge auch die Maschine eine hier viel geringere Rolle spielen[320].

b) Arbeitslosigkeit als Ursache von Arbeitslosigkeit

Die Frage: Birgt eine bestehende Arbeitslosigkeit, eine bestehende industrielle Reservearmee, die Notwendigkeit ihrer eigenen Reproduktion in sich? trat uns schon in den verschiedensten Zusammenhängen gegenüber. Sie liegt dem Marxschen Populationsgesetz ebenso zugrunde wie der Untersuchung Zwiedinecks über die strukturelle Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit.

Zunächst liegt es nahe, daß eine Summierung der Wirkungen der verschiedenen Entstehungsfaktoren von Arbeitslosigkeit deren Höhe maßgeblich beeinflußt. In dieser Summierung haben wir aber nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitätsänderndes Element der Arbeitslosigkeit zu erblicken. Denn das gleichzeitige Wirken von Faktoren, die, isoliert betrachtet, eine Kompensation der Freisetzung nicht ausschließen, also als Ursache konjunktureller Arbeitslosigkeit betrachtet werden können, ändert durch die Gleichzeitigkeit und Stärke ihres Auftretens ihren Charakter und wirkt nunmehr in Richtung einer strukturellen, nicht in das gestörte Wirtschaftsgefüge einzuordnenden Zusätzlichkeit.

Für unsere auf die Erfassung der nichtregulierbaren Störungserscheinungen abzielenden Untersuchungen ist es von Wichtigkeit, festzustellen, unter welchen Umständen Strukturänderungen vorliegen, und unter welchen Umständen diese Strukturänderungen störend wirken. Eine vergleichende Betrachtung der Strukturänderungen der Vor- und Nachkriegszeit ergibt nun, daß die Gehäuftheit der Vorgänge, die Stärke, die Wucht, aber auch das Zeitmaß, in denen sie aufgetreten sind, entscheidend dafür waren, ob sie Störungen im Wirtschaftsablauf ausgelöst haben. Es verschiebt sich durch das Eintreten des Häufigkeitsmoments die Grenze zwischen störenden strukturellen Wandlungen und

[320] Vgl. Jostock, a. a. O., S. 137/138.

anderen, insbesondere etwa Trendwirkungen auslösenden, Veränderungen[321].

Diese Verschiebung in Richtung einer Verstärkung der strukturellen Störungen verleiht der Nachkriegsarbeitslosigkeit ihr besonderes Gepräge. Sind nämlich einerseits die Summierung der Wirkungen und das Häufigkeitselement Verstärkungsfaktoren der Arbeitslosigkeit, so kommt andererseits zu diesen Faktoren, die mit dem Aufhören ihrer Häufung an sich eine Rückbildung der Arbeitslosigkeit zulassen könnten, die Arbeitslosigkeit selbst als Entstehungs- und Erhaltungsfaktor ihrer eigenen Erscheinung. Denn die besondere Stärke der Arbeitslosigkeit zeitigt ihrerseits Wirkungen — wie das notwendige Unterstützungswesen und Sozialversicherungswesen und deren Folgen für Unternehmerkapitalbildung und Sparkapitalbildung, für Produktion und Zirkultion —, die zu Entstehungsfaktoren neuer Arbeitslosigkeit werden, wenn nicht wiederum zirkulationswidrige Eingriffe — wie die Unterbrechung des Sparprozesses[322] — vorübergehend Kompensationsvorgänge einleiten, die aber nicht von Dauer sein können, da sie eben zirkulationswidrig sind.

Die Arbeitslosigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem scheint durch ihre eigene Erscheinung zur Ewigkeit verdammt, das Marxsche Populationsgesetz scheint sich in Verbindung mit seiner Akkumulationsgesetzlichkeit in zunehmendem Maße verifizieren zu müssen.

Schlußwort

Unsere Erkenntnisse

Wir fassen die Erkenntnisse, die wir in Verfolg unserer „Theorie" gesammelt und geordnet haben, in ihrem wesentlichsten Gehalt noch einmal kurz zusammen. Dies geschieht, um darzutun, wie wir unter Zugrundelegung besonderer Daten und mit einer Zielsetzung, die eine besondere Methode der Untersuchung vorschrieben, notwendig zu diesen Erkenntnissen gelangen mußten. Damit wird ein relativ abschließender Standpunkt gewonnen und dessen theoretischer Wert umrissen.

Wir hatten es bei unserer Untersuchung mit einem umfangreichen, mannigfach gegliederten Theorienkomplex zu tun, der

[321] Vgl. Zwiedineck, a. a. O., S. 21/22.

[322] Vgl. die Ausführungen über das Sparproblem S. 129 ff., besonders S. 131/32.

sich um die Tatsache und die Frage nach der Notwendigkeit wachsender Arbeitslosigkeit kristallisiert. Diese Notwendigkeit wurde bezogen auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem, in dem der Produktions- und Zirkulationsprozeß sich unter Voraussetzungen vollzieht, die wir als solche nicht nur ökonomischen, sondern wesentlich politisch-rechtlichen Charakters erkannten. Damit waren Zielsetzung und Methode in ihrer gegenseitigen Bedingtheit gegeben.

Wir erkannten den Gegensatz zwischen dem abstrahierenden System der reinen Ökonomie und dem System einer politischen Ökonomie und leiteten aus dieser Erkenntnis Zielsetzung und Methode ab, gleichzeitig deren theoretische Notwendigkeit begründend.

Wir gingen in der Analyse des Problems Arbeitslosigkeit sodann aus von der Marxschen Freisetzungstheorie, die mit jenem System unlöslich verbunden ist, das durch seinen ausgesprochensten Vertreter — eben Karl Marx — der politisch-ökonomischen Forschung die entscheidende Richtung gegeben hat. Das Ergebnis der Untersuchung ist eine Bekräftigung dieser These unserer Zielsetzung. Ausgehend von Marx und aufbauend auf seiner Freisetzungstheorie erforschten und ordneten wir systematisch alle wesentlichen Entstehungsgründe von Arbeitslosigkeit. Wir gelangten damit zu einem System von Störungsfaktoren, die es mit logischer Notwendigkeit verhindern, daß der Arbeitsmarkt eines kapitalistischen Wirtschaftsgebildes ins Gleichgewicht kommt, die vielmehr eine dauernd wachsende Arbeitslosigkeit bewirken.

Es kann darauf verzichtet werden, die Ergebnisse der verschiedenen Fassungen unserer Theorie im einzelnen zu wiederholen. Wie wir bereits im Vorwort betonten, ist die Untersuchung so aufgebaut, daß ein Teil nicht ohne den anderen verstanden werden kann, daß sie als Ganzes betrachtet werden will. So wird manches, das in der Grundlegung und in der Behandlung der Einzeltheoreme zunächst noch problematisch erschien, erst nunmehr ganz verständlich, nachdem die ganze Materie vorgelegen hat. Unter diesem Gesichtspunkt erübrigt es sich, die Teilergebnisse noch einmal gesammelt hervorzuheben, da weder der Überblick noch das Verständnis davon eine Bereicherung erfahren.

Das Ziel war, darzutun, daß unser Problem nur im Rahmen der politischen Ökonomie gestellt u n d gelöst zu werden vermag, und zu erkennen, welche Bedeutung die Theorie der industriellen Reservearmee für diese besondere Systemkategorie gewinnt.

Objekt und Methode unserer Untersuchung haben sich als un-

trennbar erwiesen, denn es ist, um mit Mombert zu sprechen, „nicht nur die Aufgabe wissenschaftlicher Theorien, vorhandene Erscheinungen einer solchen Theorie gemäß zu erklären, als solche Theorien auch auf neue Erscheinungen und Fälle, die ja immer wieder auftreten, anzuwenden.

Vielfach gelingt dies ohne weiteres, in anderen Fällen ist es unmöglich. Hier versagt die Theorie, die bisherige allgemein begriffliche Formulierung. Hier ist es dann die Aufgabe der Wissenschaft, diesen neuen und andersartigen Erscheinungen gegenüber zu einer neuen Erklärung, einer neuen Theorie zu kommen, oder die bisher vorhandenen so zu fassen, daß damit auch das Neue begrifflich einbezogen und erklärt werden kann. Denn genau wie der Begriff ist auch die Theorie immer nur ein Hilfsmittel unseres Denkens, und wir erkennen ihren Wert daran, ob wir sie der Wirklichkeit gegenüber brauchen und mit Erfolg anwenden können. Theorien als solche Hilfsmittel unseres Denkens enthalten niemals eine absolute Wahrheit, sie sind aus den Vorgängen der Wirklichkeit gewonnen und haben an ihrer Brauchbarkeit, diese zu erklären und zu verstehen, ihren wichtigsten Prüfstein[323]."

Das ist der Wert dessen, was wir als eine Verifikation durch logische Kritik bezeichnet und gefordert haben.

Die Erkenntnisse unseres theoretischen Gedankenganges sind somit nicht absolut zwingend, sondern nur im Rahmen unserer historisierenden Betrachtungsweise, die sich die Analyse einer Erscheinung im Kapitalismus zur Aufgabe stellt. Wie weit in diesem Wirtschaftssystem trotz dem nachgewiesenen Komplex von Störungsfaktoren durch Organisation Ausgleichstendenzen geschaffen oder verstärkt werden können, wie weit also auch der Arbeitsmarkt zum Ausgleich zu tendieren vermag, bleibe dahingestellt. Eine Durchsetzung solcher Tendenzen ist im Kapitalismus unmöglich. Es ist damit nicht behauptet worden, daß einem Ausgleich absolut unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen — zielt doch der politisch-ökonomische Kampf mit der Überwindung des Kapitalismus ebenfalls auf einen Ausgleich —, es wurde jedoch versucht, zu erweisen, daß der Ausgleich in diesem Wirtschaftssystem eine theoretische Unmöglichkeit ist. Auf unser besonderes Problem angewandt heißt dies, daß wir versuchten, die Notwendigkeit wachsender Arbeitslosigkeit im Kapitalismus zu verifizieren.

---

[323] Mombert, a. a. O., Bd. 2, S. 8.

Literaturverzeichnis

Aereboe, Friedrich. Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege. Berlin 1918.

Bernstein, Eduard. Voraussetzungen des Sozialismus. Stuttgart 1899.

Brentano, Lujo. Amerika—Europa, in „Die Gesellschaft", 3. Jahrg. Bd. I.

Cassel, Gustav. Theoretische Sozialökonomie. Leipzig-Erlangen 1923.

Dietzel, Heinrich. Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit. 1923.

Friedberg, Arth. Der wiederbelebte Marx und der lebendige Marxismus, in „Die Gesellschaft", 2. Jahrg. Nr. 5.

Heimann, Eduard. Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Berlin 1922.

Heinrich, Walter. Grundlagen einer universalistischen Krisenlehre, als V. Band der „Deutschen Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftslehre". Jena 1928.

Hilferding, R. Das Finanzkapital. Berlin 1909. — Als 3. Band der „Marxstudien". Wien 1923.

Hirsch. Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, Aufsatz in „Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben". Herausgegeben von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, 1928.

Jostock, Paul. Der Ausgang des Kapitalismus. Berlin 1928.

Löwe, Adolf. Wie ist Konjunkturtheorie überhaupt möglich? in „Weltwirtschaftliches Archiv", 24. Band, 1926, II.

Lüttgens, K. M. Der zwischenbezirkliche Arbeitsmarktausgleich. Essen 1921.

Luxemburg, Rosa. Die Akkumulation des Kapitals. Berlin 1923.

Malthus. Grundsätze der politischen Ökonomie. (Zitiert bei Jostock.)

Mannstaedt, H. Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie. Jena 1915.

Marx, Karl. Das Kapital, I, II, III. Verschiedene Auflagen. (Angegeben in den einzelnen Anmerkungen.)

Marx, Karl. Das kommunistische Manifest. 8. Auflage. Herausgegeben von K. Kautsky. Berlin 1917.

Mombert, P. Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis, in „Die Handelshochschule, Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften". Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin 1928.

Muhs, Karl. Anti-Marx. Jena 1927.

Oppenheimer, Fr. Theorie der reinen und politischen Ökonomie. 5. Auflage. Jena 1923. Als 3. Band, 1. Halbband des „System der Soziologie".

Oppenheimer, Fr. Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre. Jena 1926.

Oppenheimer, Fr. Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus. Jena 1919.

Oppenheimer, Fr. Fritz Sternbergs „Imperialismus", in „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", 57. Band, 2. Heft.

Rodbertus-Jagetzow. Das Kapital. Vierter sozialer Brief an v. Kirchmann. Berlin 1884.

Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Leipzig 1912.

Sismondi. Neue Grundsätze, I und II. 2. Auflage. Übersetzt von R. Prager, Berlin 1901. (Bei Jostock zitiert.)

Sismondi. Études sur l'Économie politique, II. Paris 1837. (Bei Jostock zitiert.)

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1927.

Sternberg, Fr. Der Imperialismus. Berlin 1926.

Sternberg, Fr. Reservearmee, Lohn und Krise im Imperialismus, in „Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik", 59. Band, 2. Heft.

Sternberg, Fr. Imperialismus und wirtschaftliches Gleichgewicht, in „Kölner Sozialpolitische Vierteljahrsschriften", 7. Jahrg. Nr. 1.

Wagner, Adolf. Agrar- und Industriestaat. Jena 1902.

Weber, Adolf. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1910.

Wernsing. Die Wanderungen auf dem Deutschen Arbeitsmarkt in der Nachkriegszeit. Münster 1927. (Dissertation.)

Wilken, Folkert. Der Kreislauf der Wirtschaft. (Zirkulation.) Jena 1928.

v. Zwiedineck-S., Otto. Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, in „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", 2. Jahrgang, 1927, Ergänzungsheft 1.

v. Zwiedineck-S., Otto. Macht oder ökonomisches Gesetz? in „Grundriß der Sozialökonomik", 4. Abt., I. Teil.

Zinsser, R. Vergleich der deutschen und englischen Arbeitslosigkeit nach dem Weltkriege. Leipzig 1920. (Dissertation.)